

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 20. April 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einmalige Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Einmalige Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer 10 Pf. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Interlions-Gebilde

Bericht für die hochgeheilte Kolossalgestalt oder besten Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (jeweils gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anfragen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vom Schwein und vom Reichskanzler.

Vor einigen Wochen sang im Landwirtschaftsrat der deutsche Reichskanzler das hohe Lied des Schweines. „Mit Recht hat mein Freund, Herr v. Oldenburg“, sagte der Kanzler, „darauf hingewiesen, daß wir dem braven Schwein Dank schulden. Gar manchen Abgeordneten hat es durch den reichenden Wohlstrom getragen. Schon darum gebe ich es nicht preis, sondern schätze es vor Bestien.“

Zubelnd stimmten ihm die Agrarier zu. Also das Schwein hat die Wahlen gemacht — neben Dernburg, selbstverständlich! Würden diese Wahlen nicht als Rettung des Vaterlandes vor der sozialistischen Gefahr gepriesen? Das Schwein hat es also gerettet. Das Schwein hat Kaiser und Reich wieder vereinigt.

Nunmehr wissen wir es auch aus dem Munde des Reichskanzlers selbst, weshalb die Viehsperre aufrecht erhalten bleibt: man braucht die teureren Fleischpreise, um die agrarischen Stimmen bei den Wahlen beisammen zu halten. In der Industrie Liberalismus oder gar Sozialpolitik? Redensarten! Der Hauptpunkt bleibt — Schweinepolitik! Niedrige Preise und hohe Fleischpreise! Magere Menschen und fette Schweine! Gepriesen sei das Schwein und gepriesen sei die Best! Denn ohne Viehsperren könnte man auch keine Viehsperren errichten. Sie erst ermöglichen es, unter dem Vorwand einer veterinären Maßregel die Handelsverträge, auf die man sich verpflichtet hat, gräßlich zu verletzen.

Doch das Schwein kümmert sich nicht um das Lob des Reichskanzlers, das Schwein denkt nicht daran, daß es zum Stiefkind der ganzen Reichsherrschaft geworden ist; wie alles in Deutschland, wie selbst die Offiziere z. B., macht auch bereits das Schwein Opposition. Gerade in diesem Augenblick spielt es der Reichsregierung einen bösen Streich. Wir befinden uns mitten in einer Schweinekrisis.

Wie das kam, ist sehr interessant zu verfolgen.

Das Schwein ist dasjenige landwirtschaftliche Haustier, welches am schnellsten wächst, sich am raschesten vermehrt und bezüglich des Futters am wenigsten wählerisch ist. Besonders wichtig ist die Schweinehaltung für die ländlichen Tagelöhner, welche gleichzeitig einen eigenen kleineren landwirtschaftlichen Haushalt haben. Die Haltung von wenigen Schweinen bietet das wohlfeilste und geeignetste Mittel, den Bedarf von Fleisch und Speck zu befriedigen oder durch Verkauf eines Schweines ihre baren Einnahmen über den Tagelohnverdienst hinaus erheblich zu steigern.“ Also ist es lesen in den landwirtschaftlichen Lehrbüchern.

Es sei uns gestattet hier einzuschalten, daß das Schwein den ältesten Tieren gehört, die der Mensch gezähmt hat. Erst später ging er zur Züchtung von Großvieh über. Wie man auch jetzt noch unter den primitivsten Völkern die Großschäfer auf die Kleinviehzüchter mit Verachtung hinstarrt und diese noch unterwerfen, wie jetzt in Südafrika die Hereros und Bortentotten die Wafamänner und Bergdamaras, so ist wohl auch die Verordnung, mit der die Bibel von den Göttern, die sich von Schweinefleisch ernähren, spricht, veranlaßt aus diesem Gefühl der wirtschaftlichen Überlegenheit abzuleiten und darauf zum Teil das Verbot des Genusses von Schweinefleisch zurückzuführen.

Der wirtschaftliche Unterschied zwischen dem deutschen Gutsherrn und dem deutschen Tagelöhner ist kein geringerer, als zwischen dem herdenreichen Herero und dem Bergdamara, der nur über etliche Ziegen verfügt, oder zwischen dem Juden der Bibel, der mit Ochsen aderte und Knechte hielt, und seinem verschuldeten Nachbar, der nur Schweine züchtete, doch unsere höheren Kulturzustände offenbaren sich darin, daß die reichen Gutsherren den armen Tagelöhnern auch in der Schweinezucht Konkurrenz machen.

Die Tagelöhner und die Kleinbauern überhaupt waren die ersten, die sich auf die Schweinezucht warfen, um den steigenden Fleischbedarf der Städte zu befriedigen. So sehen wir denn, daß die Zahl der Schweine, die 1878 in Preußen 4,8 Millionen betrug, von Viehzählung zu Viehzählung wächst, um 1902 bereits 12,7 Millionen zu erreichen. Darauf trat eine Stagnation ein und 1904 wurden 12,6 Millionen gezählt.

Um die weiteren Zusammenhänge vollkommen zu würdigen, müssen wir noch einer Eigenschaft des Schweines gedenken. „Das Schwein gilt nicht umsonst als Wild überschwänglicher Zeugungskraft, es zeigt oft eine ganz exorbitante Fruchtbarkeit. Ru est erwähnt einer 2 1/2-jährigen Zuchtsau, die in drei Stunden 22 Ferkel warf. Schmalz erwähnt einer Oldenburger Sau, die in zwei Würfen 59 Ferkel zur Welt brachte. Nach der Berechnung eines Engländers können zwei Schweine, deren jedes ein Jahr alt ist und die in zwei Würfen zusammen jährlich zehn Junge ferkeln, sich binnen zehn Jahren auf 99 Millionen vermehren.“

Nun tritt bei jeder Knappheit der Fleischzufuhr, jeder Steigerung der Fleischpreise, wie sie besonders plötzlich bei Follerhöhen oder Viehsperren sich einstellen, folgendes ein:

Die Schweinezüchter erscheinen zuerst am Platze und machen gute Geschäfte. Daraufhin vermehren sie rasch ihren Schweinebestand. So sehen wir denn, daß von 1904 bis

1906 die Schweinezahl Preußens auf 15,3 Millionen, d. i. um über 22 Proz. sich vermehrt hat. Aber nunmehr zeigt sich eine Umkehrung des Verhältnisses. Erstens, nach einiger Zeit gewinnen auch die Rindviehzüchter die Möglichkeit, ein stärkeres Angebot zu machen. Zweitens, die Schweinezucht wird, ohne daß er es merkt, für den Kleinbauern selbst unvorteilhaft.

Nehmen wir wieder das landwirtschaftliche Jahrbuch zur Hand: „In größerem Umfange ist die Schweinezucht nur dort vorteilhaft, wo erhebliche Mengen von Futtermitteln, welche anderweitig gar nicht oder doch minder zweckmäßig verwendet werden können, zur Disposition stehen. Namentlich gilt dies von Molkereiwirtschaften, welche Butter und Käse fabrizieren, in denen daher Molken und Buttermilch in großer Menge gewonnen werden. Außerdem können Wirtschaften, welche über Abfälle von Brennereien, Brauereien oder Mälzereien verfügen, eine umfangreiche Schweinezucht betreiben. Dagegen ist es nicht vorteilhaft, die Schweinezucht vorzugsweise auf die Verabreichung solcher Futtermittel zu begründen, welche ebenso gut an andere Haustiere verabreicht oder gar verkauft werden können, z. B. auf Kartoffeln, Getreidekörner, angekauftes Kraftfutter.“ Mit anderen Worten, die Schweinezucht ist nur vorteilhaft, wenn sie mit den Abfällen der Wirtschaft stattfindet, wenn die Futtermittel nicht verrechnet oder nur zu einem geringen Betrage verrechnet werden.

Da die Abfälle beim Kleinbauern nicht weit reichen, so verkauft er die Ferkel und verkauft das junge Schwein. Wenn er aber, angelockt durch die hohen Fleischpreise, das Schwein groß zieht und überhaupt seine Schweinezucht vermehrt, so muß er veräußerte Futtermittel verwenden, weshalb ihm dann das Schweinefleisch selber viel zu teuer zu stehen kommt. Indessen hat er bereits der Konkurrenz des Rindviehzüchters zu begegnen und auch der Konkurrenz des großen Schweinezüchters, der Molkereien, Zuckerraffinerien usw., die erst den kleinen Züchter haben vorangehen lassen, aber nunmehr mit ihren wohlgenährtesten Schweinen auf dem Markte erscheinen. Obendrein tritt bei jeder Fleischteuerung ein Punkt ein, da das konsumierende Publikum durch Verminderung des Verbrauchs die Nachfrage heruntersetzt. Die Preise sinken. Was tun? Das Schwein frisst und frisst viel. Der Kleinbauer kann nicht warten, denn das Schweinefleisch wird ihm selbst immer teurer, auch braucht er Geld, — so muß er denn loschlagen. Nunmehr sinken die Preise erst recht.

Wir haben gegenwärtig die charakteristische Erscheinung vor uns, daß die Schweinepreise rapid sinken, während die Rind- und Kalbfleischpreise stabil bleiben. Und was weiter? Es liegen bereits klar sprechende Beispiele vor, um einen Vergleich zu bekommen. So war es zuletzt 1903. Vorher während mehrerer Jahre stiegen die Schweinefleischpreise sehr bedeutend. Dann sanken sie. Darauf trat eine Verminderung der Schweinezucht ein und die Preise gingen wieder in die Höhe. So wird es auch jetzt sein. Da die ausländische Konkurrenz so gut wie ausgeschlossen bleibt, so ist es der einheimische Großzüchter, der die geringsten Produktionskosten hat, und nicht, wie der Kleinbauer, gezwungen ist, schnell zu verkaufen, sondern ruhig abwarten und das Schwein weiter mästen kann; er ist es, der die Preise bestimmt. Diesem großen Züchter war die Schweinekrisis gar nicht unwillkommen — denn er hat ja den Augen davon, wenn die vielen Kleinbauern jetzt veranlaßt werden, ihre Schweinezucht einzuführen.

Darum erklärten die Agrarier im preussischen Landtage, erst durch die Krisis seien die Schweinepreise auf das „normale Maß“ gebracht worden. Nunmehr möchten sie freilich dem Preisrückgang, obwohl die Fleischpreise noch immer höher stehen, als sie jemals waren, ein Ende machen. Allein die Schweine der Kleinbauern müssen erst weggejagt werden. Dabei stößt man aber auf den fatalen Umstand, daß der Fleischverbrauch der Bevölkerung sich nicht nach ihrem Appetit, sondern nach ihrem schmalenbeutel richtet, der überdies von den Land- und Hausagrarern und vom Staat fortgesetzt ausgepreßt wird. Unter diesen Umständen erinnern sich die Agrarier an die patriotische Pflicht — der Fleischermeister, die Preise entsprechend herunterzusetzen.

Und nun das Schlusergebnis. An Stelle des amerikanischen Schweinezüchters tritt in Deutschland selbst der kombinierte landwirtschaftliche Großbetrieb mit Brennerei resp. Zuckerraffinerie und der weitgehendsten Ausnützung der landwirtschaftlichen Nebenprodukte, darunter auch Schweinezucht. Die Fleischpreise bleiben hoch. Allein der Kleinbauer hat nunmehr das Nachsehen. Durch die Krisis erlitt er direkten Schaden. Auch weiter kommt er unsofortiger vorwärts, als zugleich die Futtermittel im Preise steigen, die Bodenpreise steigen und die Viehpreise steigen. Um seine geringe Schweinezucht aufrecht zu erhalten, sucht er, wie auch früher schon, an dem Unterhalt seiner eigenen Familie zu sparen: er entzieht seinen Kündern die Milch und verfüttert an das Schwein die Kartoffeln, die er selbst braucht. Er läßt seine Familie sich aufheben, füttert das Schwein und macht doch niemand fett, als nur den Gutsherrn und den reichen Viehzüchter.

Gestützt auf Dernburg und das Schwein, wollte Graf v. Bülow das Jahrhundert in die Schranken fordern. Allein das grunzende Vorstehvieh erweist sich, wie wir sehen, als ein selbst für Agrarier nicht immer geeignetes politisches Reittier — und was aus Dernburg ward, das ist zwar auch eine lustige Geschichte, doch steht sie auf einem anderen Blatt.

Fanfare-Schamade.

Dem wütenden chauvinistischen Entrüstungsorgane ist — wenigstens in einem Teil der Regierungspresse — wieder einmal lachender Sonnenschein auf dem Fuße gefolgt. Namentlich die „Kölnische Zeitung“, die sich neben der „Deutschen Tageszeitung“ in der Englandhete besonders hervorhebt, wiegelt wieder einmal ganz beträchtlich ab. Sie läßt sich offiziös melden, daß die deutsche Regierung zurzeit keinerlei Anlaß zu haben glaube, Wasserstrahlen nach London zu entsenden; wonach ihre früheren Wutergüsse als nicht offiziös anzusprechen wären. Diese nachträgliche Abwiegung entlastet freilich weder die rheinische Offiziös noch die Regierung in den Augen des Auslandes. Hat doch gerade die „Deutsche Tageszeitung“ dieser Tage erst der freisinnigen Presse ein Privatissimum darüber gelassen, in welcher Art nach Wismarischem Rezept sich die Regierung offiziöser Sprachrohre zu bedienen pflege, ohne doch die äußere Verantwortung für die Ergüsse solcher offiziöser Organe zu übernehmen!

Die neueste offiziöse Erleuchtung des rheinischen nationalliberalen Organs besteht in der Mitteilung, daß nach der Auffassung der „maßgebenden Kreise“ das Zusammentreffen der Könige von England und Italien in Gaeta keineswegs einen Charakter trage, der für die „Ruhe Deutschlands“ oder für den „Frieden der Welt“ bedrohlich werden könnte. Die Zusammenkunft Wilhoms mit Tittoni und die jetzige Zusammenkunft der gekrönten Häupter von England und Italien hätten nichts miteinander zu tun. Die Monarchenbegegnung sei schon seit geraumer Zeit in Aussicht genommen worden. Man glaube in den „maßgebenden politischen Kreisen“, daß die Zusammenkunft nur den Charakter einer freundschaftlichen Begegnung der beiden Könige trage. Es sei sogar nicht überflüssig, wenn König Eduard auch noch mit dem König von Griechenland zusammentreffen werde.

Die gleiche Veruhigungswort ist auch in den Wiener Blättern zu finden, die ganz im Stile der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ sich gegen den „Eintrittsver such“ Deutschlands gegendert haben.

Das ist alles schön; aber durch solche Lobsuchtsausbrüche eines deutschen Chauvinismus in der Regierungspresse muß natürlich im Auslande die Auffassung entstehen, als ob derartige Scherzartikel von der Regierung inspiriert worden seien oder mindestens gebilligt wurden. Nachträgliche Dementis vermögen dann den üblen Eindruck kaum noch zu beseitigen. Fürst Bülow, der sich von seinen Geheimräten sozialdemokratische Auslassungen in so tendenziöser und entstellter Weise zusammenstellen läßt, um sie bei Gelegenheit gegen die Sozialdemokratie im Reichstag auszuspielen, sollte doch die Möglichkeit finden, die in Regierungskreisen verbreitete Auffassung rechtzeitig zur Kenntnis der Regierungsorgane gelangen zu lassen! Sollten aber Blätter vom Schlage der „Kölnischen Zeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ ungeachtet solcher Orientierung eine die Regierung frondierende und diskreditierende Politik betreiben, so böte ja immerhin noch die „Nordd. Allg. Zig.“ welches Papier genug, um In- und Ausland über die Meinung der „maßgebenden Kreise“ zu informieren! —

Die russische Revolution.

Spannung.

Die Meldungen, die von allen Seiten einlaufen, deuten darauf hin, daß Revolutionäre und Reaktionäre ihre Kräfte von neuem scharf anspannen. In Sewastopol soll eine große Niederlage von Waffen und Patronen entdeckt, es sollen 13 Personen verhaftet worden sein.

Gemäß einer — allerdings offiziösen — Mitteilung aus Petersburg sollen die dort in letzter Zeit vorgenommenen Hausdurchsuchungen zu der Entdeckung geführt haben, daß in Petersburg eine weitverzweigte Organisation zur Agitation unter dem Militär besteht. Diese Organisation führe den Namen „Militärverband“ und besitze mehrere Druckereien, in denen ihre Schriften gedruckt werden. Bei den Hausdurchsuchungen wurden, so heißt es, etwa 30 Personen, darunter mehrere Frauen, verhaftet. Gegenwärtig werden in der Umgegend von Petersburg und allen Hauptplätzen Russlands Nachforschungen nach Zweigabteilungen des „Militärverbandes“ angestellt.

In einem Petersburger Gefängnis stellten am Donnerstag die Sträflinge in 12 Werkstätten die Arbeiten ein und erklärten, auf Speise und Trank zu verzichten. Da sie außerdem die Fenster einschlugen, sich an die auf der Straße angefallene Menge wandten und lärmten, wurden zwei Kompagnien Infanterie herbeigerufen, worauf der Lärm verstummte. Es stellte sich heraus, daß die Arbeitseinstellung eine Sympathie- und Gebung für die politischen Gefangenen in diesem Gefängnis bezweckte, die seit drei Tagen aus Unzufriedenheit mit der Gefängnisverwaltung den Hungerstreik begannen und auf ihren Spaziergang verzichteten. In der Nacht hatte sich die Lage im Gefängnis noch nicht geändert.

Auf die Nachricht von den blutigen Zusammenstößen, die am Mittwoch in Odessa zwischen Angehörigen der Kampforganisation des Verbandes wahrhaft russischer Leute und Kasenarbeitern stattfanden, hat Stolypin angeordnet, die „Schuldigen“ den Verurteilten zur strengen Bestrafung zu überantworten und die energischsten Maßnahmen zur Verhütung weiterer Unruhen zu treffen. Der Minister bringt in seinem Erlaß an den Generalgouverneur erneut in Erinnerung, daß keinerlei bewaffnete Organisationen gebildet werden dürfen.

Das heißt natürlich: Arbeiter, Juden und ähnliches „Gestübel“ hat sich von den Pogrommännern, Stolypins intimen Freunden, ohne Gegenwehr hinnehmben zu lassen. Das geht deutlich aus einem anderen Erlaß, den der Minister des Innern geboren hat, hervor, laut welchem alle in der Bildung begriffenen Organisationen des jüdischen Selbstschutzes an Orten, wo zu Oftern Pogrome erwartet werden, aufgelöst und ihre Tätigkeit zu verhindern ist! Er verbot der Redaktion des offiziellen Charlomer Regierungsorganes, in dem nichtoffiziellen Teil zu Pogroms aufreizende Artikel zu veröffentlichen!

Im offiziellen Teile also sind sie gestattet!!
Es gärt unter den Matrosen, die von Kosaken „behütet“ werden. Aus Odessa wird gemeldet:
Die Arbeiter beschloßen, falls ihre Forderung, die Mitglieder des Verbandes echt russischer Leute zu entlassen, nicht erfüllt wird, in den allgemeinen Ausstand zu treten. Der Ausstand gleicht einem Kriegslager. In der Stadt herrscht gedrückte Stimmung.

Nach einer anderen Meldung soll die Arbeit im Hafen von Odessa wieder aufgenommen sein. — Die Regierung beschönigt ihre Repressions-Vorbereitungen in sehr naiver Weise. Sie läßt z. B. das Gerücht ausstreuen: die Strafisenbahnzüge, über deren Instandsetzung wir dieser Tage berichteten, seien nur mit „Ersatzmaterial“ für etwa beschädigte Strecken versehen, allerdings militärisch besetzte Züge, welche im Falle von Unruhen sofort zur Wiederherstellung der Ordnung in die betroffenen Gebiete abgefahren werden. Die Meldung von der Mobilisierung derselben bedeute, daß man, obwohl zurzeit nichts Beunruhigendes bekannt sei, doch mit der Möglichkeit eines Eisenbahnstreiks oder „anderer Unruhen“, wenn auch nicht für die nächste Zeit, rechne. —

Die Pogrom-Taktik.

Die „Russ. Korresp.“ erhält das nachstehende Telegramm: Petersburg, 19. April. Die Aufmerksamkeit wird durch die Gerichtsverhandlung nochmals auf den Pogrom in Bialystok zurückgeleitet. Allenmäßig festgestellt wurde einerseits die volle Untätigkeit der Behörden während des Pogroms, andererseits die Begünstigung der am Pogrom Beteiligten durch die Behörden. Die Zeugenaussagen ergeben, tätelten Pöbeln viele Personen in Gegenwart von Offizieren! Der Stationskommandant Schröder, welcher um Hilfe bittende Juden verjagte, ist nach dem Pogrom zum Obersten befördert worden! Niemand von den Mördern wurde verhaftet. Eine ganze Reihe von Beamten, welche vom Untersuchungsrichter wegen eines Verbrechens verfolgt worden sind, wurden gleichwohl nicht zur Verantwortung gezogen, sobald sie jetzt im Prozeß als Zeugen figurieren können! Unter diesen Umständen können über das Ergebnis des Prozesses keine Illusionen bestehen.

Die Schenklichkeiten von Klatni.

Gestern (Freitag) verhandelte die Reichsduma über die von unserem Privat-Korrespondenten tags zuvor telegraphisch mitgeteilten Gefängnis-Greuel. Bei der Beratung der betreffenden Interpellation erklärten die sozialistischen Abgeordneten, daß sie für die Interpellation stimmen werden, um zu zeigen, daß die Duma mit dem Volke gegen die Regierung ist. Die Redner der Rechten, besonders Graf Bobrinski, erklärten, daß sie ebenfalls für die Interpellation stimmen werden, aber wegen der Ungeschicklichkeit der von der Gefängnisverwaltung begangenen Akte, nicht wegen der von den Sozialisten dargelegten revolutionären Gründe. Bobrinski protestierte gegen die Verherrlichung politischer Mörder und erinnerte daran, daß in der französischen Kammer Minister Pichon nicht gestattet habe, daß man von der Ermordung des Großfürsten Sergius als von einer „Hinrichtung“ sprach, sondern diese Tat „einen abscheulichen Mord“ nannte! Die Interpellation fand einstimmige Zustimmung! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. April 1907.

Blut-Angst und Blut-Eile.

Der Blut hatte gestern Velleinungen, daß bei der schlechten Befehung des Hauses der Versuch für die Sozialistensburg abgelehnt werden könnte. Darum hatte er die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen lassen. Inzwischen hat man per Telegraph alle Blutbrüder herangeholt, und richtig: sie waren als Ketter vor kaiserlicher Ungnade heute zur Stelle. Gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Sozialdemokraten wurde die Forderung, bewilligt. Die Freisinnigen stimmten früher gegen die Forderungen für die kaiserliche Burg, heute stimmten sie als Rekruten des Regierungsblochs bewilligungslustig dafür.

Beim außerordentlichen Etat des Reichsamtes des Innern forderte Genosse Brühne, die Regierung solle durch Verordnung das Wohnungseld der Gärtnergehüfen beseitigen.

Die erste Beratung des Nachtragsetats, Subventionen an südwestafrikanische Farmer betreffend, füllte den Rest der Sitzung aus. Der Kolonialdirektor Dernburg befuhrwortete die Vorlage und erörterte die Frage, ob die ausgemorgenen Summen (zirka 1 1/2 Millionen Mark) ganz oder teilweise als Darlehen an die subventionstüftigen Farmer gegeben werden sollen, und er kam zu dem Schlusse, daß in Rücksicht auf die durch den Aufstand entstandenen Schäden Subventionen gewährt werden sollten.

Der Abgeordnete Spahn neigte unter vielen „Benn“ und „Aber“ der entgegengesetzten Auffassung zu, obgleich er für bestimmte Fälle auch direkte Unterstützungen zulassen will.

Die Streitfrage „Subventionen oder Darlehen?“ verweist den wahren Zweck dieser kolonialpolitischen Akten. In Wahrheit wird die Entschädigungsfrage nur vorgeschützt, um durch die Ausweisung reicher Mittel eine künstliche Aufpöppelung von Ansiedlungen in diesem Kolonialgebiet zu erzielen. Bebel hängt den schlauen „Schiebern“ die Schelle an, und er konnte sich mit Recht auf die vorhergehenden Ausführungen des Gouverneurs für Südwestafrika, v. Dindequist, berufen, der sich in schier endlosen Vobeserbungen über die jetzigen politischen Zustände in den Kolonien ergangen hatte. Aber Bebel wies auf die Konsequenzen hin, die eine derartige Subventionierung nach sich zieht, und kontrastierte mit dieser Subventionsucht die Teilnahmslosigkeit der preussischen Regierung nach dem durch die bekannte Koburik-Explosion in Annen-Witten herbeigeführten Unglück. Dort stehen heute noch viele zerstörte Häuser als Ruinen da, weil die Betroffenen nicht die Mittel zum Wiederaufbau haben!

Ferner konstatierte Bebel, daß auf jeden in Afrika zu entschädigenden Farmer eine Summe von rund 13 000 Mark käme, während doch feststehe, daß mancher ohne jedes Vermögen in die Kolonien gegangen sei, daß an viele große

Strecken Landes verschenkt worden seien und daß der Krieg gegen die Eingeborenen den Gändlern große Profite gebracht habe! In der weiteren Erwägung, daß die beabsichtigten Subventionen ja aus den die arbeitenden Klassen drückenden Steuern aufgebracht werden müssen, wird, so schloß Bebel, die sozialdemokratische Fraktion die Forderung abzulehnen.

Die Kolonialfrage à la Semler sowie Kopsch vertraten noch schnell für die Subvention ein, und der Nachtragsetat wurde sodann an die Budgetkommission verwiesen.

Gegen die noch heute beabsichtigte Beratung des Justizetats erhob Bebel Einspruch, und er beantragte die Vertagung. Er führte aus, daß die vom Blut beliebte Durchpeitschung der Vorlagen eine gründliche Beratung verhindere und unerhörte Anforderungen an die Arbeitskraft und die Gesundheit der Abgeordneten stelle. Die Journalisten sollen bereits einen Streit in Aussicht gestellt haben, falls der Blut die Sitzung wieder so ungebührlich ausdehne wie gestern.

Die Sitzung wurde vertagt. —

Der sozialpolitische „Gammellauf“ im Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Lesung des Etats des Ministeriums für Bauten und öffentliche Arbeiten fort. Zunächst wurden noch zwei Kanalfragen vorweggenommen: das Kanalprojekt Campé-Dörpen im Ruhrrevier und die Erleichterung von Wasserstraßenbetrieben. Das neue, von den Interessenten lebhaft betriebene Kanalprojekt wurde natürlich von den Konservativen aufs schärfste bekämpft, weil ihnen einmal jeder Verkehrsfortschritt zuwider ist. Auch der Nationalliberale Fürbringer schloß sich ihnen an. Andererseits aber entpuppte sich Dr. Dieberich Hahn vom Bund der Landwirte plötzlich als ein — Kanalschwärmer, weil nämlich der Ausbau gerade dieser Strecke seinem Wahlkreise zugute käme! Die Regierung nahm vorläufig keine Stellung; sie unterhandelt noch mit Oldenburg über dessen Beitrag zu den Kosten.

Die Wasserstraßenbeiräte sollen nach einer Erklärung des Ministers vor allem die Verwaltung der durch die Schiffsabgaben erzielten Einnahmen übernehmen und „die soziale Fürsorge für die am Kanalbau beschäftigten Arbeiter fördern“. — In Wahrheit sollen sie aber genau so wenig Einfluss auf den Lauf der Verwaltung haben, wie etwa der Landes-eisenbahrat auf die Gestaltung der Eisenbahntarife hat, sie sollen nach einem Worte des verstorbenen Eisenbahnministers b. Thielens wie Schaumböden auf der Suppe sein. Ihrer Bedeutunglosigkeit wird die Geringschätzung der sozialpolitischen Leistungen der preussischen Regierung für die Kanalarbeiter entsprechen. Mit einem bishigen Arbeiterwohnungsbauprogramm und Verteilung von Reichskredit gegen den Alkoholismus will die preussische Regierung darüber hinwegtäuschen, daß sie für ihre Kanalbauten Italiener, Galizier und Russen als Bohndrücker ins Land zieht und sie in den erbärmlichsten Verhältnissen dahingevegetieren läßt. Die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses betonten ausdrücklich ihre Forderung, daß das so bleiben solle. Unter keinen Umständen sollen der Industrie oder der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen werden; denn diese „nationalen“ Parteien fürchten ja ein Steigen der Löhne der deutschen Arbeiter viel mehr als die Einschleppung Tausender von Ausländern nach Deutschland.

Bei der allgemeinen Debatte über das Ministergehalt regte der Abg. Dr. Krause (natl.) die Schaffung eines besonderen Wasserbauministeriums an. In der Tat ist der jetzige Zustand, daß Eisenbahnverwaltung und Schiffsverkehrsverwaltung in einer Hand vereinigt sind, wegen der Konkurrenz der beiden nicht unbedenklich; bei einer Trennung fürchtet man aber, daß der Wettbewerb zwischen ihnen noch schärfer werden könnte. Und weil dadurch vielleicht der Verkehr gewinnen würde, muß es in Preußen beim jetzigen Zustande bleiben.

Von den Freisinnigen und vom Zentrum wurden die Forderungen der Bauarbeiter auf Verbesserung der Bauarbeiterkontrollen in die Debatte geworfen. Der konservative Abg. Hammer, ein Innungsmeister, der nach eigenem Geständnis „zeitlebens nur mit großen Pinseln zu tun gehabt“ hat, war über die bloße Erwähnung des Wortes „Bauarbeiterkontrollen“ so empört, daß er den Freisinnigen die bittersten Vorwürfe über ihre Beteiligung an dem sozialpolitischen „Gammellauf“ machte, wie er's in seinem Jargon nannte.

Unterstaatssekretär Holle wiederholte die Versicherung, daß die Regierung sich in Zukunft etwas eifriger um den Bauarbeiter-schutz bemühen werde, lehnte aber natürlich das einzig wirksame Mittel zu seiner Verbesserung, die Heranziehung von Arbeitern zur Bauarbeiterkontrolle, ab!

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Eine neue Justizaktion im Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Ged.

In der Mannheimer „Volkstimme“ vom Donnerstag befindet sich eine „Verächtigung“ des Ersten Staatsanwalts und eine des Untersuchungsrichters. Beide „Verächtigungen“ wenden sich, so schreibt unser badisches Parteiblatt, gegen die Erklärung unseres Kollegen und Genossen Oskar Ged., Untersuchungsrichter wie Staatsanwalt wissen ganz genau, daß er, Ged., weder der Verfasser noch der sonstige Urheber der unter Anklage gestellten Notiz des „Schmupstabs“ ist. Untersuchungsrichter wie Staatsanwalt erklären in ihren Verachtigungen, diese Behauptung Gedes sei unmaß.

Das sind ja hochinteressante Behauptungen der Männer, die nun seit mehr als zwei Monaten eine ganze Reihe von Mannheimer Bürgern wegen eines lapidaren Karnevalscherzes mit Konfiskationen, Hausdurchsuchungen, Vernehmungen, Verhaftungen und schließlich mit der Zeugnishaft plagen! Herr Erster Staatsanwalt Jungmann, der Entprenter der hochnotpeinlichen Anklage gegen den „Schmupstabs“ wegen „Majestätsbeleidigung“, und der Herr Untersuchungsrichter Dr. Haas wußten also gestern, am 17. April, noch nicht, was am 19. März, also volle vier Wochen zuvor der wichtigste Zeuge in der Sache, Redakteur Adolf Ged., vor dem obengenannten Untersuchungsrichter Haas unter Eid ausgesagt hat, nämlich: daß keiner der drei Angeklagten Appel, Ling und Dietrich wie auch keiner der Redakteure der „Volkstimme“ (also auch Ged. nicht!) der Verfasser des infrimierten Karnevalscherzes sei! Das ist uns — gelinde gesagt — unverständlich; denn man sollte doch glauben, daß der öffentliche Ankläger, insonderheit in einer Strafsache, die soviel Staub aufwirbelt wie die vorliegende, sich über die Ergebnisse der Voruntersuchung Zug für Zug auf dem Laufenden erhält, weil seine ganzen weiteren prozeduralen Maßnahmen von diesen Feststellungen abhängen.

Wenn aber Ged. bei diesen Herren wirklich unter dem Verdacht der Läterschaft steht, warum richten sie denn nicht die Anklage gegen ihn, anstatt drei völlig Unbeteiligte, deren Unschuld durch Zeugeneis bewiesen ist, unter Anklage zu stellen und über Ged., den angeblich Verdächtigen, die Zeugniszwangshaft zu verhängen?!

Wie stimmt zur „Verächtigung“ dieses Zeugniszwangsverfahren gegen Ged.? Wenn in der Ideenfunktion der Herren wirklich Raum vorhanden war für den Verdacht, Ged. könnte der Täter sein: wie wollen sie es begründen, daß Ged. die Zeugniszwangsdaumsträuben angelegt werden, da dieser sich, mit der Zwangschaft zu entgehen, dann doch nur selbst bezichtigte hätte, — ein Verfahren, das die Strafprozessordnung mit Recht völlig verwirft! — Man sieht: alles Fragen, die die Zahl der „Unstimmigkeiten“ und Unbegreiflichkeiten in dem seltsamen „Majestätsbeleidigungs“-Verfahren nur noch vergrößert, mit dem der erste Repräsentant der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft Mannheim das Jubelfest der Stadt für die Justiz einleiten zu müssen glaubte.

Ged. hat durch seine eidlichen Aussagen vor dem Untersuchungsrichter Haas jeden Verdacht der Läterschaft eines Mitgliedes der „Volkstimme“-Redaktion an dem „Schmupstabs“-Artikel ausgeschlossen er hat in der Versammlung des Journalisten- und Schriftstellersvereins bereits am 25. März d. J. vor den versammelten Kollegen ausdrücklich und in aller Form erklärt, daß er der Täter nicht sei, er hat endlich vor aller Öffentlichkeit in der Presse vorgestern diese Erklärung bekräftigt: jeder anständig Denkende wird also ihn, der sich in der ganzen Angelegenheit als Mann von Ehre gezeigt hat, Glauben schenken, und auch Herr Jungmann wie Herr Haas werden sich dieser Pflicht nicht entziehen können. Wenn dem aber so ist, d. h. wenn Ged. — wie auch wie bestimmt wissen wir auch eidlich zu bekräftigen in der Lage sind — an der unter Anklage gestellten Notiz wirklich völlig unschuldig ist, wie wollen wir Staatsanwalt und Untersuchungsrichter dann noch länger verharren, daß er seiner Freiheit beraubt, von seiner Familie getrennt und seinem Beruf entzogen wird in einer Sache, die, selbst wenn man den Täter erwierte, aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer Freisprechung enden würde!?

Der Herren Vermutung, Ged. könnte am Ende doch der Täter sein, hätte der Zwangschaft, unter der Ged. nun schon die dritte Woche leidet, wenigstens noch einen Schein von moralischer und rechtlicher Verleihen; nun die Herren von Gedes Schuldlosigkeit zeugt sein müssen, ist die Haft vollends zur barbarischen Unverschämtheit geworden.

Aus Mannheim erhalten wir zu obiger Angelegenheit folgendes Telegramm:

Ged. wurde heute aus der Zeugnishaft entlassen, weil der Verdacht der Läterschaft ausgeschlossen erscheint.

Deutsches Reich.

Der Markford für Roeren und Erzberger.

Ein Hamburger Blatt behauptete, daß die Zentrumskfraktion denjenigen Abgeordneten, deren Auftreten vor dem 13. Dezember vorigen Jahres den Konflikt mit der Regierung verursachte, nämlich den Abgeordneten Roeren und Erzberger, kürzlich ausdrücklich durch ein Schriftstück größere Zurückhaltung auferlegt habe. Die „Königliche Volkszeitung“ gibt gewissermaßen die Richtigkeit dieser Meldung zu, indem sie schreibt:

„Daß viele Mitglieder des Zentrums, bei der Anerkennung der hervorragenden Eigenschaften und der großen Verdienste dieser beiden Herren (der Abgeordneten Roeren und Erzberger), mit ihrem parlamentarischen Vorgehen nicht immer einverstanden waren, ist seit langer Zeit so bekannt, daß man es nicht einmal als öffentliches Geheimnis bezeichnen kann, und daß Mitglieder der Zentrumskfraktion auch neuerdings versucht haben, sie zur Zurückhaltung zu bestimmen“, ist leicht möglich.“

Es scheint danach, als ob das Zentrum trotz aller Ruhmredigkeit das Schicksal, fürs erste aus dem Regierungsbloch verdrängt worden zu sein, schwer empfinde. Offenbar will man speziell auf kolonialpolitischem Gebiete alle neuen Zusammenstöße ersterer Natur vermeiden.

Es ist also anzunehmen, daß das Zentrum auch die Denkschrift über die Kolonialskandale nicht mit dem Ernste, der Gewissenhaftigkeit und der Sachkenntnis behandeln wird, mit der sie nach der Wissenschaft der Herren Roeren und Erzberger behandelt zu werden verdient. Gerade die Herren Roeren und Erzberger sind noch in höherem Maße als verschiedene freisinnige Abgeordnete in der Lage, durch Verwertung des ihnen bekannt gewordenen Tatsachenmaterials an der Denkschrift gegen die Regierung wenig angenehme Kritik zu üben! Es bleibt deshalb abzuwarten, ob die betreffenden Zentrumskfraktion abgeordneten sich mehr nach dem Ruhebedürfnis der Volksschweigekammer à la Hertling beeinflussen oder vor einer öffentlichen Bloßstellung scheuen werden! —

Abides bleibt vorgemerkt.

Die gelegentlich offiziell bedienten „Münch. Revue“ behaupten, es sei richtig, daß Herr Abides auf Veranlassung des Chefs des Reichsamtes v. Lucanus nach Berlin berufen worden sei und mit ihm hier verhandelte. Wörtlich schreibt der Berliner Korrespondent des Münchener Blattes sodann:

„Der Name Abides für das Kultusministerium hat zuerst, und zwar schon im Januar, der Minister des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, dem Reichstagler genannt, Herr Bilow hat diesen Vorschlag aufgegriffen und dem Kaiser vorgelegt. Darauf ist dann Abides nach Berlin berufen worden; er hat erklärt, daß er zurzeit sein Amt in Frankfurt a. M. nicht zu verlassen wünsche. Damit aber ist seine Kandidatur nicht erledigt, auch ist ja im Augenblick kein Posten frei, da Herr v. Stadt den Posten seines Nachtritters noch nicht festgesetzt hat. Für ein anderes Ministerium als das des Kultus und des Unterrichts ist unferes Wissen Herr Abides nicht in Frage gekommen.“

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ behauptete bekanntlich, daß Abides wohl als Nachfolger Posadowsky's, nicht aber als künftiger Kultusminister in Frage gekommen sei. Das mag sein, ist natürlich nicht festzustellen. Die Hinterwäldler des politischen Intrigantentums unserer herrschenden Klassen ergötzen in Verherrlichung mit den unerschöpflichen Einfällen des persönlichen Kurzes eine politische Wirrnis, in der sich kein Mensch zurecht zu finden vermag. Die Grundlinien der Politik des Reiches (wobei wie der preussischen Politik) werden freilich durch die Improvisierung irgendwelcher Kamarilla in keiner Weise berührt. Ob Stadt oder Abides, oder Posadowsky oder Abides — der Kurs bleibt der alte! —

Bergherren-Terrorismus.

Aus Essen wird uns geschrieben:
Den Bergherren genügt es anscheinend nicht mehr, nur ihre Arbeiter zu mahregeln, auch die unteren Beamten bekommen jetzt die Krante zu fühlen. Es stehen nämlich die Beamten des Bochumer und Dortmund Reviers ganz besonders in dem Geruch, unferen Genossen Gus und Wömelburg bei der verflochtenen Reichstagswahl ihre Stimme gegeben zu haben, und darum wird ihnen jetzt ihre Abhängigkeit vom Kapitalismus, nämlich zu Gemüte geführt. Seit dem 25. Januar müssen nämlich Steiger und sonstige kleine Beamte, die sich um Stellungskandidaten, angeben, welcher Konfession sie angehören, eine Konfession, die vor der Wahl nie beachtet wurde. Hat nun ein Stellungskandidat das Unglück, katholisch zu sein, so bekommt er überhaupt keine Antwort, geschweige

dem eine zuzugende, denn von den katholischen Beamten wird in erster Linie angenommen, daß sie „antinationale“ gewählt haben. So treiben es die Herren, die jahraus jahrein in ihrer Presse über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus wänseln und die Arbeiterbewegung unter Ausnahmesehe stellen möchten. Natürlich wissen die Beherrscher des Ruhrkohlenbergbaues sehr genau, welcher Sympathie die Genossen Hue und Bömelburg sich nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Beamten des Bergbaues erfreuen und welches lebhaftes Echo die Neben unserer Genossen, die sie bei der Interpellation über die „Vorussia-Katastrophe“ im Reichstage am 10. Februar 1906 hielten, im Ruhrkohlenrevier weckten. Sie wissen ebenfalls, daß die Mehrzahl der Beamten „Bravo“ sagte, als sie lasen, daß Hue nicht ihnen die Schuld an den Mißständen im Vergleichebetrieb beizumessen, sondern den Herren, die in den Bureaus der Banken saßen, und daß ihre — der Unterbeamten — Interessen besser in den Händen unserer Genossen gewahrt sind als bei den kapitalistischen „Vollk“-Vertretern. Die Bergherren sind jedenfalls eifrig dabei, durch ihre jetzigen Maßnahmen die Wahrheit dieser Ausführungen für die Begriffsstutzigen zu erweisen.

Sächsische Justiz in Baden. Die „Mannheimer Volksstimme“ meldet: Das Groß-Landgericht Mannheim hat auf Antrag der Störchenbrauerei in Speyer verfügt, daß bei einer Geldstrafe von 300 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung öffentliche Aufforderungen und Kundgebungen jeder Art, welche auf die Boykottierung der Brauerei „Zum Störchen“ abzielen, zu unterbleiben haben. Die Wirkung dieses echt sächsischen Entscheides dürfte von den Antragstellern kaum beachtet sein.

Die Kandidatur Perverts für den Wahlkreis Ralmedu-Montjoie-Schleiden ist nunmehr gesichert. Am Mittwoch fand eine zahlreich besuchte Vertrauensmännerversammlung des Kreises statt, die sich einmütig für die von dem Wahlkreisomitee vorgeschlagene Kandidatur Perverts aussprach.

Die „Rheinische Volksstimme“, das zentrums-agrarische Blatt, vermag sich immer noch nicht zu beruhigen. Sie schreibt in ihrer Nummer vom Donnerstag: „Es handelt sich hier nicht darum, welchen Kandidat der kleine Eifelkreis in den Reichstag schickt, sondern die Bauern der ganzen Rheinprovinz, von denen ein großer Teil seine Wünsche durch den Vorstand des Rheinischen Bauernvereins der Leitung der Rheinischen Zentrumspartei und den Vorsitzenden der drei einzelnen Kreise hat unterbreiten lassen, wollen jetzt wissen, ob die Versprechungen, die ihnen während der Wahlperiode der letzten Monate gemacht wurden, als ein Manneswort gehalten werden oder bereits vom Winde wieder verweht sind.“

Furcht, blinde Furcht hat man in Breslau. Aus Breslau wird uns unterm 19. d. M. geschrieben: Die für heute abend, am Jahrestage der Polizeischlacht gegen wehrlose Proletarier auf dem Striegauer Platz geplanten vier Gedächtnisversammlungen wurden in letzter Stunde noch polizeilich verboten. Den Veranstaltern, dem Metallarbeiter- und Transportarbeiter-Verband, ging im Laufe des Vormittags folgender Bescheid zu:

J.-Nr. 8a, B. 3299.
Zur Eingabe vom 17. d. M.
Die für Freitag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Saale (folgen Versammlungsorte) angemeldete öffentliche Versammlung wird hierdurch zur Wahrung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit gemäß § 10, Teil II, Titel XVII des Allgemeinen Landrechts verboten.
Der königliche Polizei-Präsident.
J. A.: Frost.

Die Erinnerung an die blutigen Vorgänge wird durch das Verbot der vier Gedächtnisversammlungen sicher nicht vernichtet werden.

Husland.

Belgien.

Die Krise und die Sozialdemokratie.

Brüssel, 18. April. (Fig. Ver.)

Die Zurückziehung des Vergesetzes hat in Belgien stärksten Widerhall gefunden. Die Aufregung über den unerhörten Gewaltstreik spiegelt sich unausgesetzt in einem großen Teil der fortschrittlichen bürgerlichen Presse, und Politiker und Journalisten machen in diesen Tagen von der belgischen Freiheit, über den König ungeniert die Wahrheit zu sagen, ziemlich ausgiebigen Gebrauch. Nebenbei hat sich Leopold, wie um Instanz zu zeigen, wie wenig er sich aus dem ganzen „Rummel“ macht, ohne jede äußere Notwendigkeit nach dem Ausbruch der Krise noch ein paar Tage Aufenthalt auf Kap Ferrat zugegeben, hat erst nach ein paar Tagen privaten Diners teilgenommen, und auf der Heimreise machte er noch einen kleinen Abstecher nach Paris. . . . Wer wird sich denn um ein bißchen Verfassungsbrech und Krise nach Hause beilassen?

Die tiefste Wirkung hat die letzte Wendung der Dinge naturgemäß in den Kreisen der belgischen Arbeiterschaft hervorgerufen; denn der königliche Erlaß bedeutet eine Herausforderung der Arbeiterschaft, welcher mit einem sivilen Federzug ein Gefäß vernichtet wird, das für sie die Anerkennung einer ihrer wichtigsten Forderungen: des Prinzips der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit darstellt. Die Politik des Königs und der Regierung geht in diesem Falle offen und direkt gegen die Arbeiter.

Die Versammlung des Generalrates der sozialdemokratischen Partei war denn auch von dieser Stimmung getragen. Ja, einige der Redner, vor allem der Abgeordnete Destree, vertraten die Meinung, daß man das persönliche Regiment, das Leopold II. immer mehr zum Regierungsprinzip mache, nun mit einer stärkeren Betonung des republikanischen Gedankens beantworten müsse. Dieser Meinung traten jedoch Vertrand, Anseele und Denis entgegen, die eine derartige Taktik im gegenwärtigen Augenblick als einen politischen Fehler darstellten. Im Vordergrund stehe, so meinen diese, die ökonomische Frage, der Achtstundentag, und über diese Frage sei die Regierung gefallen. Natürlich sind auch die Anhänger dieser Auffassung nicht wider eine ausgiebige Agitation gegen den König, der ja schließlich in der Frage des Achtstundentages nur als oberstes Haupt der Bourgeoisie spricht.

Der Generalrat einigte sich auf Grund der Verhandlungen Vorschläge auf die Abfassung eines Manifestes über den Achtstundentag und die Zurückziehung des Vergesetzes, zu dessen Redigierung die Genossen Lafontaine, de Drouckere, Beken und Jurnémont bestimmt wurden. Außerdem beschloß die Versammlung, an der fast sämtliche sozialistische Abgeordnete und Senatoren teilnahmen, Achtstundentagskundgebungen für den 28. April und 1. Mai. Die sozialistische Parlamentsgruppe wird die Zurückziehung des letzten Erlasses in der Kammer fordern.

Die belgischen Bergarbeiter haben folgenden Aufruf erlassen:

„Genossen! Wenn die bürgerliche Regierung den Kapitalisten gratis für 80 Milliarden Konzessionen für die Bergwerke in der Campine gibt, so genehmigt der König und unterzeichnet.“

Die Bergwerkkonzessionen, die der Bourgeoisie zwanzig Milliarden Gewinn bringen und den Arbeitern nichts, billigt der König!

Wenn die Regierung unsere Millionen für den Kongostaat ausgibt und für uns nichts, so unterzeichnet's der König!

Wenn die Regierung unnötig 100 Millionen für Festungen und Kanonen ausgibt, womit man Arbeiter töten kann, so unterzeichnet der König auch.

Wenn die Regierung vier Stimmen den Bürgerlichen gibt und eine den Arbeitern, so unterzeichnet der König!

Wenn das Parlament, von den Sozialisten getrieben, für den Achtstundentag stimmt, dann unterzeichnet der König nicht mehr und verweigert seine Genehmigung!

Es hat sich wieder gezeigt, daß wir nur auf uns selber zählen können. Nur wenn die Bergarbeiter stark genug sind, können sie es durchsetzen, daß ihre Löhne im Verhältnis zu dem Gewinn, den sie erzeugen, steigen. Dann nur können sie den Achtstundentag erreichen.

Also, Genossen! Wir konstatieren wieder, daß die ganze Welt gegen die Arbeiterklasse steht. Wir können darauf nur antworten, durch eine starke Organisation.

Wer von Euch, Genossen, noch nicht organisiert ist, der soll sich jetzt anschließen, wenn er nicht ein Verräter an seiner Klasse werden will. Dann werden wir auch stark genug sein, um das zu bekommen, was man uns verweigert.

Es lebe die Arbeiterunion! Es lebe die Organisation!

Brüssel, 19. April. (V. D.) Der König hat gestern lange Zeit mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten de Smet de Naeyer auf Schloß Laeken konferiert. Smet de Naeyer war fest entschlossen, auf seiner Demission zu bestehen; der König hat darauf die Entlassung des gesamten Kabinetts angenommen. Man nimmt an, daß der zurückgetretene Minister des Innern de Trooz die Kabinettsbildung übernehmen werde und daß der jetzige Kammerpräsident Schollaert sowie der Baron de Camps, der zu gleicher Zeit den Titel „Staatsminister des Kongostaates“ führt, in das neue Kabinett berufen werden. Wie jedoch die Zusammensetzung ausfallen möge, so ist es dennoch klar, daß jenes Kabinett anlässlich der notwendigen Verhandlung der Kongoangelegenheit nur von kurzer Dauer sein wird, falls nicht der König bedeutende Konzessionen macht!

Wanderbelde, der Führer der Sozialisten, erklärte in einer Unterredung, daß der König zwar durch sein Verhalten gegen die monarchische Institution leidiere, aber bis zu einer republikanischen Aktion seien die Wege noch weit. Wanderbelde ist gegen eine Auflösung der Kammer.

England.

Englischer Etat und Handel.

London, 18. April. (Fig. Ver.)

Der Schatzkanzler Mr. Asquith wird am 18. d. M. den Etat für das Finanzjahr 1907/08 dem Parlament vorlegen. Das verfloßene Finanzjahr war sehr günstig und schloß mit einem bedeutenden Ueberschuß ab. Die Einnahmen überstiegen den Voranschlag um mehr als 50 Millionen Mark, hauptsächlich infolge der größeren Sterblichkeit von reichen Leuten (Erbchaftsteuer), und die Ausgaben waren infolge von Ersparnissen um mehr als 66 Millionen Mark geringer als im Voranschlag, so daß ein Ueberschuß von rund 107 Millionen Mark bleibt. Derartige und vorerwähnte Ueberschüsse fließen nach altem Gebrauch, der deshalb als ein Teil der Verfassung zu betrachten ist, in den Rücklagenfonds der Staatsschulden und werden zum Ankauf von Konsols verwendet.

Im einzelnen stellen sich die Einnahmen im Finanzjahre 1906/1907 wie folgt:

Einnahmequellen.	In 1000 Pf. Sterl.
Verbrauchssteuer	85 704
Zölle	83 115
Erbchaftsteuer	19 084
Stempel	7 850
Grund- und Haussteuer	2 600
Einkommensteuer	31 000
Post und Telegraphen	21 425
Verschiedenes	3 580
Insgesamt	155 037

Demgegenüber standen Ausgaben für Staatszwecke und für Lokalregierungszuschüsse:

Staatsausgaben	189 424 000 Pf. Sterl.
Lokalregierung	10 222 000
Insgesamt	199 646 000 Pf. Sterl.

Der Etat für das verfloßene Finanzjahr stellte sich also wie folgt:

Einnahmen	155 037 000 Pf. Sterl.
Ausgaben	149 646 000
Ueberschuß	5 391 000 Pf. Sterl.

Da hier mit runden Zahlen gerechnet wurde, während der Schatzkanzler die genaueren Zahlen angeben wird, so dürften die beiden Resultate keine Abweichungen zeigen.

Mit Ausnahme der Biffern des konsolidierten Fonds und des Schuldendienstes sind die einzelnen Posten des Ausgaben-Voranschlages für das kommende Finanzjahr 1907/08 bereits bekannt. Diese Posten sind:

Armee	27 780 000 Pf. Sterl.
Flotte	31 419 500
Staatsdienst	30 107 000
Zölle	958 500
Steuern	2 299 800
Post und Telegraphie	17 867 700
Insgesamt	109 912 000 Pf. Sterl.

Hinzu kommen der konsolidierte Fonds und der Schuldendienst von ungefähr 81 350 000 Pfund sowie die Lokalregierungszuschüsse von ungefähr 10 Millionen Pfund. Der Ausgaben-Voranschlag für das kommende Finanzjahr dürfte sich demnach auf etwa 151 260 000 Pfund belaufen. Da die Einnahmen des verfloßenen Finanzjahres zur Basis des neuen Einnahmehoranschlages genommen werden, so darf der Schatzkanzler mit einem bedeutenden Ueberschuß rechnen.

Wie er den Ueberschuß verwenden wird, ist noch nicht bekannt. Der Schatzkanzler hat mit dreierlei Ansprüchen zu rechnen. Das Großkapital verlangt, daß der Ueberschuß in den Rücklagenfonds der Staatsschulden fließt, damit der Staatskredit, d. h. der Preis der Konsols, befestigt wird. Die Mittelklassen verlangen eine Herabsetzung der Einkommensteuer. Die Arbeiter verlangen, daß der Ueberschuß zur Grundlag einer Alterspensionskasse gemacht wird.

Der Ueberschuß wird zwar nicht so groß sein, wie im verfloßenen Finanzjahre, da inzwischen der Kohlenausfuhrzoll abgeheftigt wurde und da auf eine große Sterblichkeit der Millionäre nicht gerechnet werden kann, aber er wird immerhin bedeutend sein, wenn die Lage des Handels ebenso günstig bleibt, wie sie in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres war. Im Gegensatz zum Außenhandel des Deutschen Reiches zeigt der Außenhandel Englands eine ununterbrochene Steigerung. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres belief sich der Wert der Einfuhr auf 171 192 542, der Wert der Ausfuhr auf 123 196 852 Pf. Sterl. Die Zunahme gegen die gleiche Periode des verfloßenen Jahres beträgt bei der Einfuhr rund 17 Millionen, bei der Ausfuhr 14,8 Millionen Pfund Sterling.

Am Donnerstag gab Asquith im Unterhause sein Exposé: Der Ueberschuß für 1906/06 beträgt genau 5 399 000 Pf. Sterl.

Die Ausgaben für 1907/08 schätzt er auf 140 957 000 Pfund, das heißt 1 664 000 weniger als 1906/07! Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Rückgang sich gar noch steigern werde! Die Einnahmen werden auf ungefähr 144 190 000 Pfund geschätzt.

Aus Asquiths allgemeinen Ausführungen ist hervorzuheben, daß er sagte: Er sei kein Sozialist, aber es gebe nichts, was so dringend erforderlich sei wie die sozialen Reformen bezüglich der Altersversicherung. Er erkläre sich nicht für ein bestimmtes Schema, aber alles, was unternommen werde, müsse mit Rücksicht auf die finanzielle Lage nur schrittweise getan werden. Die Regierung betrachte diese Frage als eine der brennendsten der Sozialreform und hoffe, daß es ihr gelingen werde, noch vor Schluß der nächsten Tagung die Grundlag dieser Reform festzulegen.

Sodann schlug der Schatzkanzler vor, die Einkommensteuer auf Arbeitseinkommen, das 2000 Pfund Sterling jährlich nicht übersteigt, von ein Schilling per Pfund auf neun Pence herabzusetzen, sie im übrigen aber unverändert zu lassen. Andererseits solle die Erbschaftsteuer bei Vermögensobjekten von mehr als 150 000 Pfund Sterling Wert erhöht werden. Die erstere Maßnahme bringe einen Ausfall von zwei Millionen Pfund Sterling, die zweite eine Einnahmeerhöhung von 600 000 Pfund Sterling mit sich. Die nationale Schuld würde im gegenwärtigen Finanzjahr um fast 15 Millionen Pfund Sterling verringert, einen Betrag, wie er einzig dastehende in der Geschichte des Landes.

Amerika.

Die städtische Wahl in Chicago hat der sozialistischen Partei nur 15 000 Stimmen gebracht, bei einer Stimmenabgabe von 338 000. Vor einem Jahre erhielt die Partei 23 000 Stimmen. Der starke Rückgang wird zum größten Teil durch die Straßenbahnfrage erklärt, deren Entscheidung nur bei den Republikanern oder den Demokraten liegen konnte, und von diesen beiden Parteien wurden für die Wahl- agitation über 200 000 Dollar ausgegeben.

Eine größere sozialistische Stimmengahl hatte man immerhin schon aus dem Grunde erwartet, weil Chicago jetzt eine tägliche Parteizeitung in englischer Sprache besitzt.

Der Prozeß gegen die Arbeiterführer in Idaho ist auf den 9. Mai verlegt worden. Der Verteidigungsfonds für die Angeklagten ist auf 87 000 Dollar angewachsen. Davon sind bereits 74 000 Dollar ausgegeben. Viele Arbeiterorganisationen haben noch Beiträge zugesichert.

Gewerkschaftliches.

Und das Alles pro nihil!

Die heftigen Frühjahrstürme, die jetzt wehen und namentlich auch den gewerkschaftlichen Teil unseres Blattes durchtoben, haben irgendetwas das folgende Blatt aufgewirbelt und sanft auf unseren Redaktionstisch fallen lassen:

Verband Berliner Metall-Industrieller.

Eingetragener Verein.

Geschäftsstelle Berlin N. 4, Gartenstr. 16/17.

J.-Nr. 452/07. Berlin, den 18. April 1907.
Rundschreiben Nr. 7/1907.

Wir geben Ihnen nachstehend Kenntnis von dem in unserer außerordentlichen Hauptversammlung am 17. d. Mts. gefaßten Beschluß:

„Die außerordentliche Hauptversammlung beschließt, dem Antrag der Vertrauenskommission, eine Umlage in Höhe bis zu 1 M. pro 1000 M. Lohnsumme des Jahres 1906 zur Unterstützung des im Arbeitskampf befindlichen Holzgewerbes zu erheben, Folge zu geben und ermächtigt die Vertrauenskommission, die erhobenen Summen nach bestem Ermessen zu verwenden; die Erhebung der Summe soll nach Bedarf in Raten erfolgen.“

In Ausführung dieses Beschlusses bitten wir Sie um Angabe der im Jahre 1906 von Ihnen gezahlten Lohnsumme und sogleich um Einzahlung von ein Viertel des auf Sie entfallenden Betrages, d. h. von 25 Pf. auf je 1000 M. Lohnsumme an die Hauptkasse der Firma W. Vorstg. Berlin N., Chausseestr. 6, für unsere Rechnung. Verband Berliner Metallindustrieller.

Zu spät! Du rettest den Freund nicht mehr!

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Drahtarbeiter.

Die Handliffe in der am Freitag abgehaltenen Versammlung der Streikenden berichtete, hat sich die Situation im allgemeinen wenig geändert. Bemerkenswert ist, daß eine Firma aus dem Verein der Drahtindustriellen ausgetreten ist und den Tarif bewilligt hat. Diese Firma beschäftigt zwar nur wenige Arbeiter, aber ihre Bewilligung ist insofern von Erfolg, als sie zeigt, daß man selbst in den Reihen der Mitglieder des Vereins der Drahtindustriellen eingeschlagen hat, es geht nicht länger mit dem Widerstande gegen die Forderungen der Arbeiter. Die Fabrikanten sind in der Tat in einer bedrängten Lage, denn sie wissen nicht, wie sie die von den Kunden verlangten Arbeiten fertigstellen sollen, denn Arbeitswillige finden sich nicht, obgleich sie durch Inserate in auswärtigen Zeitungen fortwährend gesucht werden. — Die „Arbeitgeber-Zeitung“ hält den Streik schon als für die Arbeiter verloren. Diese Annahme wird am besten durch die Tatsache widerlegt, daß Fabrikanten die bei ihnen streikenden Arbeiter aufsuchen, um sie zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Das würde doch nicht nötig sein, wenn die Fabrikanten, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ behauptet, Arbeiter genug hätten. Die 18 Firmen, welche bis jetzt bewilligt haben, bestehen nun seit 14 Tagen recht gut trotz der erhöhten Löhne, ja sie machen sogar glänzende Geschäfte. Hiermit ist die Behauptung der Unternehmer widerlegt, daß es nicht möglich sei, die Forderungen zu bewilligen. Was die achtzehn Fabrikanten tun, das können die anderen auch. Aber die Forderungen werden nicht deshalb abgelehnt, weil sie unerfüllbar sind, sondern weil den Fabrikanten der Streik aus geschäftlichen Gründen willkommen ist. Wie der Referent bemerkte, sagte ihm vor dem Streik ein Fabrikant, den Unternehmen sei es sehr erwünscht, wenn die Arbeiter streiken, denn so könnten sie den Kunden sagen, die Forderungen der Arbeiter bedingen höhere Preise der Fabrikate. — Nach Lage der Sache wird der Streik nicht so bald beendet sein. Die Drahtarbeiter werden diesmal den 1. Mai als Streikende feiern können. Aber auch die längere Dauer des Kampfes wird keinen der Streikenden müßlos machen. Die Diskussionsredner gaben derselben Meinung Ausdruck.

Friede im Steinschergewerbe.

Eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der drei Filialen des Verbandes der Steinsetzer, Plasterer und Verputzgenossen Deutschlands“ Groß-Berlins tagte Donnerstagsabend bei Wille, Brunnenstraße, um zu den Vereinbarungen in der Schlichtungskommission Stellung zu nehmen. Der große Saal und die Vordränge waren überfüllt, Rische und Stühle entfernt, so daß Steinsetzer, Hammer, Steinschläger und Hülfsarbeiter Kopf an Kopf gedrängt standen und selbst das Podium dicht besetzt hielten. Scheffe als Obmann der Schlichtungskommission erhaltete den Bericht über die Verhandlungen, deren Resultat von den Anwesenden mit lautm. Inwillen aufgenommen wurde. Eine Lohnzulage von nur 5 Pf. die Stunde sei zu gering, nachdem sie seit dem Jahre 1900 keine Lohnaufbesserung erfahren. Demals sei ihnen ohne Kampf ein sofortiger Lohnzuschlag von 10 Pf. (von 65 auf 75 Pf.) zugesprochen worden. Warum das nicht auch heute möglich sein sollte, wo fast alle Verbrauchartikel wesentlich im Preise gestiegen sind? Den Unternehmern seien bereits von den Berliner Behörden höhere Preise bewilligt worden, doch nur im Hinblick darauf, daß höhere Löhne

gezählt werden müßten. Viele Arbeitgeber zahlten schon freiwillig 5 Pf. Stundenlohn mehr. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei eine Notwendigkeit und müßte sofort eintreten, schon aus dem Grunde, weil sich die Arbeitsgelegenheiten immer mehr und mehr auf die Peripherie unseres Tarifgebietes ausdehnen. Daher müßten viele Kollegen bereits morgens 5 Uhr ihre Wohnungen verlassen, um rechtzeitig an ihrer Arbeitsstelle zu sein. Die Vorschläge der Schlichtungskommission seien nicht annehmbar und abzulehnen. Während dieser Ausführungen war die Versammlung immer unruhiger geworden, die Zwischen- und Zustimmungskräfte immer lebhafter, so daß der Vorsitzende sich genötigt sah, um einer polizeilichen Auflösung vorzubeugen, die Versammlung auf 10 Minuten zu vertagen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ergreift der Verbandsvorsitzende Knoll das Wort, der einen schweren Stand hatte, die Massen zu beruhigen und zu überzeugen, daß eine Zustimmung zu den Vorschlägen der Schlichtungskommission nach der ganzen Sachlage im Haugewerbe und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Arbeitgeber jetzt gegen früher viel stärker daständen, da sie auch geschlossene Organisationen hätten, das einzig Richtige für die Arbeitnehmer sei. Sie erhielten ohne Kampf, ohne Kosten eine sofortige Zulage von 5 Pf. die Stunde und nach 3 Jahren weitere 5 Pf., so daß dann der Stundenlohn 85 Pf. betrage. Ebenso trete sodann eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 1/2 Stunden ein, das sei immerhin ein Erfolg. Beschließe die Versammlung den Streik, so sei er übergenügt, daß ein solcher 18 Wochen und darüber andauern könne, und ob dabei etwas Besseres herauskomme, sei mehr als fraglich. Ein Streik koste jede Woche 20 000 M. Ein Kampf könne im besten Falle doch nur einen teilweisen Erfolg haben. Das Angebot, was die Schlichtungskommission mache, sei doch darauf, daß es angenommen werden könne und auch angenommen werden muß. Nach längerer Diskussion wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und nun stellt es sich heraus, daß noch 21 Redner sich zum Wort gemeldet hatten. Es erfolgt nunmehr Abstimmung über die Vereinbarungen in der Schlichtungskommission, deren Resultat die Annahme derselben gegen eine starke Widerheit ergab. — Nachdem noch den Hamburger Hafenarbeitern eine Unterstützung von 500 M. zugesprochen war, erfolgt mit einem Hoch auf die Organisation der Schluß der ziemlich stürmisch verlaufenen Versammlung.

Die Brunnenbauer und Hülfsarbeiter kamen am Donnerstag bei Meyer, Dranienstr. 103, zu einer Beratung über ihre Lohnbewegung zusammen. Sie fordern 70 Pf. Stundenlohn bei neunmündiger Arbeitszeit für Gesellen und Kolonnenführer, 55 Pf. für Hülfsarbeiter; Ueberstunden sollen mit 25 Proz., Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Prozent Aufschlag bezahlt werden. Bisher wurden 60 resp. 45 Pf. Stundenlohn bezahlt. Einige Firmen hoben in der letzten Zeit 5 Pf. zugelegt, aber das genügt den Arbeitern nicht. Rib o w referierte über die gegenwärtige Lage und trat dafür ein, die gestellten Forderungen hochzuhalten. Die Innung sowie einzelne Unternehmer, die vom Verbandsrat gefragt wurden, welche Stellung sie den Wünschen der Arbeiter gegenüber einnehmen, haben nicht einmal eine Antwort erteilt. Die Versammelten wurden ermahnt, sich zu einem Kampf zu rufen und bereit zu sein, wenn die Organisation sie ruft.

Der Lohnkampf in der Landschaftsgärtnerei nimmt mit jedem Tage immer schärfere Formen an. Am Freitag früh, so berichten die Streikposten, hatten sich am Königin Luisepark in Dahlem neun Gendarmen, darunter drei Perisiten, eingefunden, um die Arbeitswilligen zu schätzen. Da es der dort die Arbeiten ausführenden Firma Budacker nicht gelungen ist, Gartenarbeiter zu erhalten, so setzt sie sich ins Einvernehmen mit der Gartenverwaltung der Gemeinde Steglitz und das Unglaubliche wird eintreten: die Gartenverwaltung schickt Gartenfrauen nach dem Königin Luisepark, damit die Anlage, so schlecht es eben geht, fertiggestellt wird. Wir wissen zurzeit nicht, ob den Gartenfrauen der von uns für Gartenfrauen geforderte Stundenlohn, pro Stunde 30 Pf. gezahlt wird; ob die Gartenverwaltung Erlaubnis von höherer Instanz zum Verleihen von Streikarbeiten erhalten hat. Dasselbe haben wir von der Gartenverwaltung der Stadt Rixdorf zu berichten. Es ist ein bei der Gartenverwaltung zu Rixdorf angestellter Gärtnergehilfe zur Beaufsichtigung der Gartenarbeiter verwendet worden, welche die Firma Späth zur Herstellung der Gartenanlage „Herzbergplatz“ angemordet hat. Nachdem nun die Arbeitswilligen sich mit den Streikenden auch solidarisch erklärt haben, übernimmt die Gartenverwaltung die Ausführung dieser Anlage und berichtet damit Streikarbeit. Die Gründe, welche die Gartenverwaltung zu Rixdorf hatte, als sie die Herstellung des Schmuckplatzes in private Hände gab, wollen wir hier nicht unteruchen. Wir wollen aber gleich bemerken, daß, wenn die Kostenfrage ausschlaggebend war, das Rechenexempel zweimal gemacht werden wird. Ein geübter, geleiteter Arbeiter wiegt zwei solche Arbeitswilligen auf wie die Gartenverwaltung eingestellt hat und ist demnach billiger. Der Gedanke, den Schmuckplatz mit gebrechlichen Invaliden und ungelerten Arbeitern fertigstellen zu können, ist der Gartenverwaltung erst gekommen, als die Landschaftsgärtnerei und Gartenarbeiter bei der Millionenfirma L. Späth (Westiger Delonomie- rat L. Späth) um einen Stundenlohn von 60 Pf. in den Streik treten müßten. Andere Firmen des Verbandes der Arbeitgeber, Körner u. Brodersen, Koh. Müller, Koch u. Rolfs haben mit ihren Arbeitswilligen und polnischen, galizischen Arbeitern bisher wenig Freude erlebt. Auf der Reuanlage in der Hildebrandstraße 16 haben sich die organisierten Bauarbeiter mit den Streikenden solidarisch erklärt und die Bauleitung veranlaßt, den Arbeitswilligen die Arbeitsstelle zu verweisen.

Achtung, Kupferschmiede! Wie uns durch Zirkular mitgeteilt wird, sind in Kopenhagen 30 Kollegen ausgesperrt und sollen in einigen Tagen sämtliche auf den Schiffswerften beschäftigte folgen. Die Kollegen ersuchen uns, den Zugang fernzuhalten. Wir erwarten daher, daß alle Arbeitsangebote nach dort strikte abgelehnt werden und auch sonst jeder Zugang fern gehalten wird. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. **Verband der Kupferschmiede Deutschlands, Filiale Berlin.**

Achtung, Friseurgehülfen! Die im Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfen Berlins herausgegebene Kontrollkarte ist nur gültig, wenn sie die Namensunterschrift Baumgart trägt und die laufende Woche abgestempelt ist. Gleichzeitg machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß sich der Arbeitsnachweis nicht mehr Schillingstraße 15-18 befindet, sondern derselbe ist nach Wegners Restaurant, Dirschenstraße 46, hin verlegt worden. Bureauzeit von 10-11 Uhr. Telefon Amt 3, 1824. Unter den Arbeitgebern, die bewilligt haben befinden sich noch Puhle, Rüderrdorferstraße 43, Schöberl, Schröderstraße 7 und Marxowski, Neuhelmstraße 7. Differenzen sind entstanden bei Schmolz, Ratiborstraße 18. **Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfen Berlins.**

Der Vorstand, J. A.: Baumgart.

Deutsches Reich.
Der Kampf im Ostengebirge.
In drei riesig besuchten Versammlungen nahm die Textilarbeiterchaft des Reichsbader Bezirks Stellung zu der ihr aus Anlaß der von den Liehr'schen Arbeitern in Langenbielau eingereichten Kündigung angebotenen Aussperrung. Von Auslosigkeit war nirgends eine Spur zu entdecken. In allen Versammlungen gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme:

Die heute am 17. April 1907 tagenden Textilarbeiter verteilten aufs schärfste das Verhalten der Textilindustriellen des Reichsbader Industriebezirks. Die vereinigten Industriellen beabsichtigen, durch ihr rigoroses Vorgehen die Organisation der Arbeiter, den deutschen Textilarbeiter-Verband, zu zerstückeln, um jede

Lohnforderung illusorisch zu machen. Da die Löhne in der schlesischen Textilbranche, selbst nach amtlichen Berichten, noch weit hinter den Löhnen anderer Bezirke Deutschlands zurückstehen, braucht die Textilarbeiterchaft eine entschiedene Interessenvertretung. Als solche gilt heute einzig und allein der Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

Die Versammelten erklärten, sich durch keine Drohung von Seiten der Unternehmer beirren zu lassen und an ihrer Organisation für alle Zeit festzuhalten. Die Versammelten erklärten ferner, ihren Kollegen bei der Firma W. Liehr in Langenbielau, die um wenige Pfennige Lohnzulage kämpfen, die Zurücknahme der Kündigung nicht durch die von den Unternehmern geschaffene Situation empfehlen zu können, sondern ihnen die Entscheidung selbst zu überlassen.

Die Versammelten bedauern auf das lebhafteste, daß die vereinigten Textilindustriellen aus einem so geringen Anlaß von 15 Pf. Lohnzuschlag eine solche Massenausperrung vornehmen wollen. Sie sind der Meinung, daß eine Verständigung bei einigermassen Entgegenkommen möglich ist. Sie beauftragen daher die Verbandsleitung, Schritte einzuleiten, durch die eine Einigung erzielt werden kann.

Der Streik der Gärtner in Frankfurt a. M. ist beendet. Durch Vermittelung des Gewerbegerichts kam eine Einigung zustande, die allerdings den Arbeitern keine bestimmt festgesetzten Vorteile bietet. Da aber schon 200 Gärtner zu den neuen Bedingungen arbeiten und nur noch 65 ausständig waren, wurde der Streik aufgehoben.

Zum Streik bei Seidel und Raumann. Die Polizeidirektion in Dresden tritt aus ihrer bisher in anerkannter Weise beobachteten Reserve heraus. Sie hat jetzt das Streikpostenleben vor dem Betrieb der Firma verboten und droht jedem Streikenden, der sich auf der Hamburgerstraße, auf der sich außer einigen Fabrikten keine Häuser befinden und auf der tagsüber fast gar kein Verkehr herrscht, sehen läßt, zu sistieren. Und der Anlaß zu diesem Frontwechsel? Donnerstag nachmittag kam ein Arbeitswilligentrupp aus Berlin, der durch einen Leiterwagen von der kleinen Station Stehlich, einige Stationen vor Dresden, abgeholt und nach der Fabrik überführt wurde. Da um diese Zeit gerade eine Versammlung der Streikenden zu Ende gegangen war, befanden sich die in den Vororten Cotta usw. wohnenden auf dem Heimweg und begegneten dem Arbeitswilligentrupp gerade vor dem Fabriktor. Dadurch entstand eine kleine Ansammlung. Die Streikposten machten die Arbeitswilligen auf die Situation aufmerksam und ein Arbeiter soll den Pferden in die Jügel gefallen sein. Er wurde verhaftet.

Die bürgerliche Presse baut sich diesen harmlosen Vorfall kolossal auf und läßt, daß die Streikenden verurteilt hätten, die Streikbrecher vom Wagen zu zeren und fesseln von mehreren Verhaftungen. Diesen Vorgang hat die Polizei zum Anlaß ihres nach der bekannten Reichsgerichtsentscheidung ungeschlichen Streikpostenverbots genommen. Es sind sofort von der Leitung des Metallarbeiterverbandes resp. dem Streikomitee die nötigen Schritte bei den höheren Behörden getan, um die Aufhebung des Verbots zu erlangen.

Die Maler und Anstreicher in Leipzig haben, nachdem die Verhandlungen mit der Innung gescheitert sind, am Donnerstag die Arbeit niedergelegt. Die Gehülfen halten ihre Lohnforderung ermäßigt von 65 auf 62 Pf. die Stunde und auch die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit fallen gelassen, die Innung wollte nur einen Zuschlag von 3 Pf. auf den gegenwärtig geltenden Minimallohn von 58 Pf. gewähren. Im Auslande befinden sich etwa 1000 Mann.

Zur Lohnbewegung in den Offenbacher Maschinenfabriken. Die Metallindustriellen Offenbachs drohen den Arbeitern, die am 27. April in den Auslande treten wollen, in einem Zirkular indirekt an, eine Metallarbeiterausperrung in Frankfurt a. M. und Umgebung vorzunehmen. In dem Zirkular sagen die Unternehmer, daß sie den Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes als Vertreter aller ihrer Arbeiter nicht anerkennen. Sie wären jedoch bereit, auf dem Wege gültiger Verständigung mit den Arbeitern zu verhandeln, aber nur, wenn die Arbeiter ihre Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit bis auf neun Stunden, Einführung von Minimallöhnen und einer allgemeinen Lohnerhöhung von 15 Proz., fallen lassen. Hätten ihre Arbeiter dagegen andere Wünsche vorzubringen, so sollen sie dieselben ohne Vermittelung außerhalb ihres Betriebes stehender bis zum 18. d. M. einreichen. Zum Schluß machen dann die Herren darauf aufmerksam, daß hinter den Offenbacher Arbeitgebern die Mitglieder des Verbandes der Metallindustriellen von Frankfurt a. M. und Umgegend mit 15 000 Arbeitern stehen, welche laut einstimmigem Beschluß vom 12. d. Mts. ihr Einverständnis mit dem Vorgehen der Offenbacher Metallindustriellen bekundet haben.

Die Unternehmer wollen es also zum Streik kommen lassen. Wenn sie aber meinen, den Arbeitern mit der verdeckten Drohung einer Aussperrung bange zu machen, so treten sie sich. Eine überfüllte Versammlung der Offenbacher Metallarbeiter nahm nach Besprechung des Zirkulars der Unternehmer einstimmig eine Resolution an, in der es heißt, daß die Arbeiter noch wie vor den Metallarbeiterverband als ihren berechtigten Vertreter bezeichnen müßten, und „andere Wünsche“, wie die vorgebrachten, nicht hätten.

Ausland.
Der Streik der Kaffeehanstellner. Paris, 18. April. (Eig. Ber.) Seit gestern steht ein Teil der „garçons-limonadiers“ — der Kellner der Café-Restaurants — im Streik. Der Ausstand war im geheimen vorbereitet worden, und wenn auch in den Agitationsversammlungen natürlich darüber gesprochen wurde, so kam der Ausbruch für die Unternehmer ganz unerwartet. Genau um 7 Uhr abends legten die Kellner in einer Anzahl der vornehmsten Boulevardlokale und in anderen großen Etablissements die Arbeit nieder. In manchen konnten die Geschäftsführer mit den Aufsichtsräten und den „Chasseurs“, die schon die Rolle der „Piccolos“ vertreten, notdürftig die Bedienung der Gäste fortführen, manche Lokale mußten indes gesperrt werden. Heute wurde tagsüber der Betrieb von dem Koperpersonal so gut es ging aufrechterhalten. Vor allen Cafés waren Polizeiposten zum Schutze der „Arbeitswilligen“ aufgestellt, ohne übrigens „Arbeit“ zu bekommen. Dafür wurden die Streikenden, als sie von einer Versammlung zurückkehrten, von der Polizei gewalttätig aneinandergepresst.
Das Streikomitee legt in einem Manifest die Ursachen des Ausstandes und die Forderungen der Ausständigen dar. Sie bestehen in folgenden Punkten:
Einhaltung des gesetzlichen Ruhetages.
Abkündigung der Trinkgeldbüchsen.
Abkündigung der Kostendeckung.
Das Recht auf das Tragen eines Schnurrbartes.
Zur Erklärung der zweiten und der dritten Forderung diene folgendes: Die Kellner waren bisher gehalten, die Trinkgelder in einer Metallkassette bei der Kasse zu deponieren. Diese Kassette wird alle 14 Tage oder jeden Monat geöffnet. Von dem Inhalt nimmt der Unternehmer zunächst einen Betrag für das abgenutzte oder beschädigte Material in Anspruch, außerdem den für die Bezahlung der Unterkellner und Lehrlinge erforderlichen Betrag, der für den Unterkellner ungefähr 100 bis 120 Fr. ausmacht. Das ist aber noch lange nicht alles. Bei 10 Kellnern z. B. wird ein erster Teil für den „Maitre d'Hotel“ und vier bis fünf Teile für den Unternehmer selbst abgezogen, so daß mehr als 60 Proz. vom Trinkgeld dem Unternehmer zufließen! Es ist also nicht dieser, der die Arbeiter bezahlt, vielmehr bezahlen die Arbeiter

den Unternehmer! Ueberdies haben die Kellner auch für die Zeitungen und Zeitschriften, für Briefpapier und Tinte usw. aufzukommen.

Die „Humanität“ schildert heute die trübe Seite des glanzvollen Bourgeoisluzus, die die Existenz der Kellner darbietet. Im eleganten „Café de la Paix“ z. B., dem Stellbühnen der reichen Bourgeois und aller Halbwellen, bekommen die Angefesselten zur Hauptmahlzeit einen einzigen Gang — dazu in ungenügender Quantität — vorgelegt! Als „Speiseaal“ dient ihnen ein 6 Meter langer und 3 1/2 Meter breiter Raum, der nur durch ein Kellnerfenster Luft erhält und direkt an der Mistgrube und bei den Abtritten gelegen ist. Hier nehmen 43 Menschen innerhalb einer Stunde ihr Mahl ein! In denselben Raum befinden sich die Garderobenschränke, so daß sich die Kellner hier auch aus- und anziehen müssen. So geht es in den „vornehmen“ Lokalen zu. In den minderen ist noch viel schlechter.

Ein Manifest der Arbeitskonföderation.
Die Arbeitskonföderation hat ein scharfes Manifest gegen die Regierung erlassen, die die gewerkschaftliche Organisation zu vernichten trachtet und sich sogar nicht scheut, die „Lois socialistes“, die „verbrecherischen Gesetze“ anzuwenden, die die Clémenceau, Briand und Viviani ehemals selbst mit den stärksten Worten verdammt haben. Aber die organisierte Arbeiterchaft wird sich ihr Recht nicht rauben lassen und ihre Solidarität wird über die verbrecherischen Regierungen triumphieren.

Die Farbigen inairo
beginnen sich ebenfalls gegen die kapitalistische Ausbeutung zu wehren. Vor einiger Zeit streikten die Hafenarbeiter und Kohlenverlader. Dieser Tage war in der ganzen Stadt keine Drofschle zu mieten, infolge des Ausstandes der Droschkenkutscher. Morgens kam es zu erregten Szenen zwischen Trupps von Ausständigen und einigen Arbeitswilligen. Die Ausständigen zerschlugen das Geschirr der Pferde, beschädigten die Wagen und schlugen die Kutscher und Pferde. Zu weiteren Zusammenstößen kam es gegen Abend, als etwa tausend Araber lärmend durch die Straßen zogen und die Omnibusse anhielten; doch sind ernste Beschädigungen nicht vorgekommen. Verittene Polizeipatrouillen halten die Ordnung aufrecht; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Eingegangene Druckschriften.
Nachblatt für Holzarbeiter. Heft 4 des 2. Jahrgangs, April 1907. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Stuttgart.
Blatts. Heft 16. Herausgeber: G. Bernhardt. Vierteljährlich 3,50 M. Verlag: Charlottenburg, Goethestraße 69.
Zur nächsten intergouvernementalen Konferenz im Haag von Berla v. Suttner. 50 Pf. — **Ein mitteleuropäischer Zirkular** von N. v. d. Lippe. 50 Pf. Verlag: W. Scherrell. Berlin W. 30. — **Mein Kampf** um die Wahrheit. Preis: 1,20 M. Konstantin, Deutsche Verlagsgesellschaft, Herrn Ebel, Berlin W. 50. — **Verwaltungsbericht** der gemeinsamen Ostpreussischen Straßburg i. O., 1906. 56 Seiten. Selbstverlag.

Letzte Nachrichten und Depeschen.
Die Genickstarre in Kamerun. Berlin, 18. April. (B. L. B.) Im Bezirk Kribi (Kamerun) ist jüngst eine durch Kränkungen aus Monrovia eingeschleppte kleine Epidemie von Genickstarre ausgebrochen. Es handelt sich um etwa zwanzig Fälle, von denen ein größerer Teil tödlich verlief. Nach einem späteren vom 6. März datierten amtlichen Bericht scheint jedoch die Epidemie bereits wieder erloschen zu sein.
12 000 Textilarbeiter ausgesperrt. Breslau, 19. April. (B. L. B.) Die 150 Arbeiter der Firma W. Liehr in Langenbielau haben ihre Kündigung nicht zurückgezogen; die Folge ist, daß morgen allen im Textilarbeiterverband organisierten und bei den vereinigten Fabrikbesitzern beschäftigten Arbeitern für den 4. Mai gekündigt wird. Die Zahl der Aussperrten wird etwa 10—12 000 betragen.
Wahlrechtsänderung. Frankfurt a. M., 19. April. (B. L. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Darmstadt, die hessische Regierung werde in den nächsten Tagen den Ständen einen abgeänderten Wahlrechtsentwurf vorlegen, der wieder das direkte Wahlrecht bringen werde.
Die Ueberschwemmung der Donau. Budapest, 19. April. (B. L. B.) Die Ortschaften Borefa und Baranos in der unteren Donaubucht sind überschwemmt. Die Einwohnerschaft wurde durch Schlepptschiffe gerettet.
Organisiertes Epizelwesen. Paris, 19. April. (Meldung der „Agence Havas“.) In der Angelegenheit der Montagnini-Papiere hat die Subkommission heute nachmittag mit der Unteruchung begonnen. Nach den Mitteilungen eines Kommissionsmitgliedes dürfte durch einzelne Aktenstücke hergestellt werden, daß die Runtiatier ein regelrechtes System von Angebetzeln durchgeföhrt hatte, besonders mit Bezug auf gewisse Offiziere.
Generalstreik. Mailand, 19. April. (B. L. B.) In Savonna ist der Generalstreik der Arbeiter aller Branchen ausgebrochen. Auch die Hafenarbeiter haben sich den Ausständigen angeschlossen. Die Stadt wurde militärisch besetzt; alle Versammlungen sind polizeilich verboten.
Englischer Besuch! London, 19. April. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der Lordmayor und die Sheriffs von London werden sich auf Einladung des Berliner Oberbürgermeisters im Mai oder Juni dieses Jahres nach Berlin begeben. Die Einladung ist in Erwiderung der Gostfreundschaft ergangen, welche den deutschen Bürgermeistern im vorigen Jahre in London erwiesen worden ist.
Aus der Reichsduma. Petersburg, 19. April. Die Beratung über einen Antrag, den Unwillen der Duma über die politischen Verbrechen auszudrücken, wird auf die nächste Sitzung verschoben. Bei der daran folgenden Besprechung des Antrages auf Ungültigerklärung der Wahlen im Gouvernement Tambow kommt es zu einigen Zwischenfällen. Roditschew greift in heftigen Ausdrücken die Regierung an, die er der Wahlfälschung beschuldigt. Nach einer erregten Debatte beschließt die Duma, die Wahlen für gültig zu erklären. Die Mehrzahl der in Betracht kommenden Abgeordneten gehört der Linken an.
Präsident Golowin verließ sodann Proteste der Budgetkommission gegen die Haltung des Ministerrats, welcher sich weigerte, der Kommission verschiedene Aktenstücke vorzulegen, die sich auf die interne Geschäftsführung der Ministerien bei der Aufstellung ihrer Budgets beziehen. Die Kommission weist in ihrem Protest hin auf die Auslassungen des Ministerpräsidenten Stolypin über den Wunsch der Regierung nach einem Zusammenarbeiten mit den Wählern der Nation. Die Sitzung wird darauf geschlossen.
20 000 Menschen abkloß. Manila, 19. April. (B. L. B.) Ein Feuer, das noch weiterwütet, hat heute die Ortschaft No-No zerstört, wodurch 20 000 Personen abkloß geworden sind. — Aus verschiedenen Teilen der Philippinen wird berichtet, daß auch dort heftige Erdbeben verspürt und zahlreiche Gebäude zerstört worden sind.

Reichstag.

81. Sitzung. Freitag, den 19. April, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Kosobowski. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Hilpert wegen Beleidigung des Volksschullehrers Deininger wird verweigert.

Dann wird die Beratung des Etats für das Reichsamt des Inneren fortgesetzt, und zwar bei der Abstimmung über die Forberung der 7. Rate (150 000 M.) zum Ausbau der Hohlknigsburg.

Die Position wird von der Rechten, den Nationalliberalen und Freisinnigen gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten bewilligt.

Bei der Position „Für Forschungen auf dem Gebiete der Reblausbekämpfung“, 2. Rate (20 000 M.) tadelte

Abg. Freix (Erl.) die Bekämpfung der Reblaus durch den Schutzwirkel als kostspielig und nutzlos; die einzig wirksame Bekämpfung bestehe in der Aufzucht unserer Reben auf amerikanische.

Abg. Blantzenhorn (natl.) tritt diesen Anschauungen entgegen. Staatssekretär Graf Kosobowski: Das vom Abg. Freix empfohlene Verfahren der Aufzucht unserer Reben auf amerikanische gibt auch nicht absolute Sicherheit, weil die amerikanische Rebe sich den ausgepflanzten akklimatisiert; außerdem liege darin die Gefahr einer Verschlechterung unserer Weine. Die Position wird bewilligt.

Bei der Position „Kosten zur Ausführung der Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907“, 3. Rate (2 300 000 M.), bemängelt

Abg. Dr. Boshoff (frel. Bg.) Einzelheiten der Zählarten, insbesondere in bezug auf die landwirtschaftlichen Betriebe. Der Titel wird hierauf bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Im Extraordinarium werden zur Herstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches 4 Millionen (gegenüber 5 Millionen im Vorjahre) verlangt.

Abg. Dr. Jaeger (Z.) auf der Tribüne fast unverständlich bedauert, daß die Wohnungsreform so langsam vor sich geht.

Staatssekretär Graf Kosobowski: Die Voraussetzung für ein schnelleres Tempo des Fortschreitens in Verbesserungen des Wohnungswezens ist eine stärkere Benützung des Erdbaurechts seitens der Kommunen und auch seitens einzelner Kapitalisten. Vielleicht empfiehlt sich auch eine bessere juristische Ausgestaltung des Erdbaurechts.

Abg. Brühne (Soz.):

Die Städte können vielfach gar nicht mehr Boden erlangen, um ihn in Erbaurecht zu vergeben, weil sich der Boden schon längst in den Händen von Spekulanten befindet! Es muß anerkannt werden, daß in den Großstädten durch Baugesellschaften einiges erreicht ist; doch können gerade die Arbeiter davon meist keinen Gebrauch machen, weil sie auf den Weg zur Arbeitsstätte Rücksicht zu nehmen haben. Aber selbst da, wo für die Verbesserung der Wohnungen etwas geschehen könnte, unterbleibt es auch; so wird aus einer Kunst- und Handelsgärtnerlei über die elenden Verhältnisse berichtet, unter denen die Gehilfen hausen müssen. Leider sind die Gärtnergehilfen sehr schlecht organisiert, sonst würden sie diese Verhältnisse längst abgeändert haben. Je weiter man nach Osten kommt, um so schlimmer werden die Verhältnisse, und gerade dort hätte man schon längst etwas zur Verbesserung tun können. Die Berichte der Gewerbeinspektoren zeigen uns in Siegen, bei Breslau, in den Verhältnissen der Arbeiter, durch welche die Gesundheit und die Eitlichkeit der Betreffenden untergraben werden muß; und diese Verhältnisse sind keineswegs vereinzelte, wie aus den Berichten deutlich hervorgeht. Bei gutem Willen hätte hier längst energisch vorgegangen werden können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Singer (Soz.):

Ich bin durchaus mit dem Herrn Staatssekretär einverstanden, wenn er empfohlen hat, es möge dahin gewirkt werden, daß die Vorteile der Ausübung des Erdbaurechts durch die Gemeinden für die ärmere Bevölkerung möglichst allgemein werde. Der Herr Staatssekretär hätte aber in seiner amtlichen Stellung auch Gelegenheit, praktisch auf die Erfüllung seines Wunsches hinzuwirken. Er möchte sich darüber klar sein, daß in der bestehenden Gesetzgebung ein wesentliches Hindernis für die Erfüllung dieses Wunsches durch die Gemeinden liegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte ihn bitten, zunächst beim Bundesstaat Preußen seinen Einfluß dahin zu verwenden, daß die Schwierigkeiten, die den großen Gemeinden in bezug auf die Arrondierung ihres Terrains durch Eingemeindungen gemacht werden, beseitigt werden. Gerade durch die preussische Regierung sind den Bestrebungen der Gemeinde Berlin auf Eingemeindung von Vororten erhebliche Hindernisse in den Weg gestellt, und zwar nach meiner Überzeugung nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern aus politischen Gründen, damit nämlich die politische Macht der Stadt Berlin nicht noch mehr vergrößert werde.

Ferner möge der Herr Staatssekretär darauf hinwirken, daß die Bestimmung der preussischen Städteordnung beseitigt wird, wonach die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen. Gerade dieses

Hausbesitzer-Privileg

hindert die Städte, auf dem Gebiete der Wohnungspolitik vorwärts zu kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es gilt nicht nur Landbesitzer, sondern auch Hausagrarien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und ihr Einfluß wird geradezu unüberwindlich durch diese Bestimmung der Städteordnung. Diese Hausbesitzer sehen in den Bestrebungen der Gemeinden, den Grund und Boden für allgemeine soziale Zwecke zu verwenden, ein Hindernis für die Ausübung des Grund und Bodens, wie sie in ihrem Interesse liegt. Solange dieses Privileg der Hausbesitzer besteht, ist an eine dererntnigte, gesunde Wohnungspolitik der Gemeinden nicht zu denken, und solange werden alle theoretischen Belehrungen des Herrn Staatssekretärs in bezug auf das Erdbaurecht seinen praktischen Erfolg haben. Es ist ja eine traurige, aber doch begriffliche Erscheinung, daß die Hausbesitzer, die nur ein Interesse an möglichst hohen Mieten haben, solche sozialen Bestrebungen der Gemeinden als Konkurrenz empfinden. Die Hausbesitzer sind es auch, die sich dagegen wehren, daß die Wertzuwachssteuer von den Kommunen als Einnahmequelle aufgenommen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich will das Haus nicht aufhalten mit langen Ausführungen auf diesem Gebiete, mir lag nur daran, zu beweisen, daß es Aufgabe der Gesetzgebung sein muß, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche der Verwertung des durch die Anlagen der Gemeinden naturgemäß im Werte immer steigenden Grund und Bodens zugunsten der ärmern Bevölkerung durch die einzelstaatliche Gesetzgebung in den Weg gelegt werden. Möge der Herr Staatssekretär nach dem Worte des Herrn Reichszanzlers „Preußen in Deutschland voran“, zunächst Preußen veranlassen, daß es durch

Änderung der Städteordnung

in der Abschaffung dieses Privilegs der Hausbesitzer vorangehe und gleichzeitig dafür Sorge, daß in Preußen allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für die Kommunen eingeführt wird. Dann wird der Herr Staatssekretär den Boden geschaffen haben, welcher die Voraussetzung für die Erfüllung der von ihm gewünschten sozialen Aufgaben durch die Gemeinden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Das Extraordinarium und die Einnahmen werden hierauf bewilligt.

Es folgt die Resolution der Budgetkommission: Den Reichszanzler um einen Ergänzungsetat für 1907 zu ersuchen, durch welchen Mittel für eine Verringerung verabschiedeter Beamten bereitgestellt werden.

Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Liebe: Ich bitte Sie, die Resolution in der vorgeschlagenen Form nicht anzunehmen; denn es ist Ihnen bekannt, daß der Reichszanzler beabsichtigt, für das Jahr 1908 in eine organische Prüfung der Gehaltsregelung der Beamten einzutreten.

Die Resolution wird angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des zweiten Ergänzungsetats für die Schutzgebiete für 1907 (Entschädigung für die Farmer in Südwesafrika).

Stellvertreter der Kolonialdirektor Dernburg: Für den gleichen Zweck sind bereits einmal zwei und dann noch einmal drei Millionen aufgewendet worden. Diese Summen sind aber zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Schutzgebietes nicht hinreichend. Der Reichstag hat eine Nachweisung über die Verwendung der bereits bewilligten 5 Millionen gewünscht; dieser Nachweis ist der Vorlage beigegeben, wobei zugleich eine Nachweisung der noch zu leistenden Beihilfen gegeben ist, aus der sich die Höhe unserer Forderung, 7 500 000 M. ergibt. — Man hat diese Beihilfen mit solchen verglichen, die das Reich oder der Staat bei Wasserhäden und Schäden durch ähnliche Katastrophen gewährt. Doch trifft das kaum zu. Ich bitte Sie, zu bedenken, daß die Farmer, um deren Unterstützung es sich handelt, unter Ausbeutung ihrer eigenen Interessen dem Vaterlande Gut und Blut geopfert haben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Spahn (Z.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. In einem großen Teil der Fälle wird doch wohl die Gewährung von unrentablen Darlehen mehr angebracht sein als die Ueberlassung der Beihilfen als Geschenk. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. Freiherr v. Rittthofen (A.): Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es vor allem darauf ankommt, den Farmern zu ermöglichen, wieder als Farmer tätig zu sein.

Gouverneur v. Lindequist:

Von einzelnen Kreisbürgern der Eingeborenen vielleicht abgesehen, ist der Zustand in Südwesafrika soweit niedergefallen, daß der Wirtschaftsbetrieb der Kolonie wieder aufgenommen werden kann. Die vom Reichstag seinerzeit so schnell bewilligten 5 Millionen sind von großem Segen für die Kolonie geworden; ohne sie wäre ein allgemeiner wirtschaftlicher Ruin unvermeidlich gewesen. Prinzipiell ablehnend hat sich der Reichstag auch im vorigen Jahre nicht gegen eine weitere Hilfeleistung gestellt; doch hat er eine besondere Nachweisung über die Verwendung der Hilfeleistungen gewünscht. Diese Nachweisung ist der Vorlage beigegeben. Darüber, daß ihnen ein Rechtsanspruch nicht zusteht, sind die Farmer nicht im Unklaren gelassen; dagegen ist es eine Ehrenpflicht des Deutschen Reiches, den Leuten, die Gut und Blut für Deutschland geopfert haben, zu ermöglichen, ihren Wirtschaftsbetrieb voll und ganz wieder aufzunehmen. Das Reich wird dann, glaube ich, noch viel Freude am Schutzgebiete erleben. Davon ist ja keine Rede, daß die Farmer vollständig entschädigt werden; das ist schon deswegen nicht der Fall, weil heute die Preise für das Vieh bedeutend höher sind. Aber die Arbeitsfreudigkeit wächst durch die Beihilfen. Erfreulicherweise haben sich jetzt viele junge Leute zur Ueberwanderung nach dem Schutzgebiete gemeldet, v e r m ö g e n d e junge Leute, die sich auf Farmen beschäftigen wollen; die älteren Farmer müssen wir als Lehrmeister im Lande halten und so stellen, daß sie den Ueinerwandernden Musterbetriebe vorstellen können. Wenn die im Lande schon Anwesenden stets nur Klagen vorbringen und sich mit Mühe durchschlagen müssen, verlieren die Ueinerwandernden den Mut. Inwiefern die Farmer an dem Zustande schuld waren, will ich nicht untersuchen; das Kriegsministerium und die Bevölkerung in den Schutzgebieten glauben, daß eine der Hauptursachen war, daß eine zu geringe Schutztruppe im Lande war! Auch aus diesem Gesichtspunkte ist wohl eine Unterstützung der Farmer geboten. Ich verstehe voll und ganz, daß es schwer ist, nachdem schon so viel für das Schutzgebiet aufgewendet ist, noch 7 1/2 Millionen als Geschenk, nicht als Darlehen zu gewähren. Diese 7 1/2 Millionen werden aber produktiv angewendet werden, und sie werden Ihnen die ewige Dankbarkeit des Schutzgebietes sichern. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bebel (Soz.):

Wenn wir auch der Vorlage gegenüber auf einem ablehnenden Standpunkt stehen, so sind wir doch selbstverständlich mit der Kommissionsberatung einverstanden. Herr v. Lindequist hat sich ja sehr ernst seiner Schutzbefehlungen angenommen. Das ist seine Pflicht. Aber ich habe doch den Eindruck, daß er etwas gar zu sehr den Standpunkt des Gouverneurs von Südwesafrika hervorgehoben und weniger das Interesse des Reichs berücksichtigt hat. Ich glaube ihm recht gern, daß die 5 Millionen, die der Reichstag früher bereits zur Unterstützung der Ansiedler bewilligt hat, in Südwesafrika sehr willkommen geheißen worden sind. Wenn statt der 5 Millionen 50 Millionen bewilligt worden wären, würde die Freude sicher eine noch weit größere gewesen sein. (Weiterleit.) Ob aber ein derartiges System überhaupt gerechtfertigt ist, das ist eine andere Frage.

Die Gesichtspunkte des Herrn v. Lindequist, daß es darauf ankomme, eine möglichst zufriedene Stimmung der dortigen Ansiedler zu erzeugen, können für uns doch nicht maßgebend sein. Wir dürfen nicht die Konsequenzen eines solchen Vorgehens übersehen. Ich erkenne an, daß auch von den Herren der Regierung der Standpunkt vertreten worden ist, daß ein rechtlicher Anspruch seitens der Ansiedler nicht erhoben werden könne. Aber auch Gnadengeschenke haben ihre Konsequenzen. Was wir dort tun, wird in allen künftigen Fällen, wo ähnliche Ereignisse vorliegen, notwenbigerweise die Reichsgesetzgebung veranlassen, ähnlich vorzugehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Keiner von Ihnen wird wohl annehmen, daß wir niemals mehr in unseren Kolonien mit Aufständen zu rechnen haben werden. Aber auch, wenn es zu einem Kriege in Deutschland selbst kommen sollte, könnten von den dann geschädigten Deutschen genau dieselben Ansprüche in Konsequenz des Vorgehens, das jetzt von uns verlangt wird, gestellt werden. Wir wären gar nicht in der Lage, solche Anforderungen zu erfüllen.

Auch auf anderen Gebieten können sich unabsehbare Konsequenzen ergeben. Wir haben heute in der Budgetkommission erfahren, daß ein Kaiserin die Karolinen heimgeführt hat und daß Mittel zur Hilfe für die Geschädigten in einem Nachtragsetat gefordert werden sollen. Dasselbe aber könnten doch deutsche Reichsangehörige verlangen, wenn sie durch Feuer, Hagelschlag oder dergleichen enormen Schaden erleiden! Da werden aber bekanntermaßen nur in allerdürftigster Weise Mittel bewilligt. Im letzten November ist durch

die Koburgerexplosion in St. Annen

die ganze Stadt zerstört worden; eine Unmenge Häuser stehen als Ruinen da, weil die Leute nicht die Mittel haben, sie aufzubauen, und weil der preussische Staat nicht geneigt ist, Mittel dazu zu geben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Lindequist hat darauf hingewiesen, daß England nach dem Burenkriege 60 Millionen Mark Entschädigungen bewilligt habe. In den beiden in Betracht kommenden Staaten handelt es sich aber um einige hunderttausend Menschen! Die Engländer haben das Land nach allen Richtungen hin verwüstet; zehntausende von Einwohnern, Männer, Frauen und Kinder sind in diesem Kriege zugrunde gegangen. Die Engländer haben das Land nach Kriegszugebrauch zu ihrem Eigentum gemacht. Daß sie in einem

solchen Falle ein bisher blühendes Land nach Möglichkeit wieder aufzurichten trachteten, versteht sich von selbst. Aber da handelt es sich, wie gesagt, um ganz andere Wertobjekte als in Südwesafrika überhaupt vernichtet werden konnten! — Wenn in diesem Falle die Engländer nur 60 Millionen bewilligten, dann sind die hier geforderten 12 1/2 Millionen im Verhältnis eine weit höhere Summe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es kommen ungefähr 960 Entschädigungsberechtigte in Südwesafrika in Frage; bei 12 1/2 Millionen kommen also

auf jeden Unterstützungsberechtigten rund 13 000 Mark.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie viele von diesen Ansiedlern mögen wohl nach Südwesafrika mit einem ähnlichen Kapital gewandert sein? Die Denkschrift selbst betont, daß vielfach Leute nach ihrem Austritt aus der Truppe 5000 Hektar Farmland umsonst bekommen. Die sind ihnen nicht weggenommen worden, die haben sie noch! Und das war auch nicht kultiviertes Land im deutschen Sinne. Wenn ein gründlicher Regen kommt, ist es vielleicht nach dem Aufstade besser als vorher. (Weiterleit.) Dabei steht fest, daß viele der Farmer gerade durch den Krieg zu reichen Leuten geworden sind. Es sind hier im Reichstage Briefe von Leuten aus der Kolonie mitgeteilt worden, in denen dieselben erklärten, daß der Zustand für die Ansiedler geradezu eine Rettung vom wirtschaftlichen Bankrott bedeutete! Es ist ja unbestrittene Tatsache, daß durch die Befreiung nicht nur viel Geld ins Land gekommen, sondern auch große Profite gemacht sind. Nun ist zugegeben, daß die Abschätzung des Schadens sehr schwierig ist. Die Gesamtforderungen haben sich auf 17 Millionen belaufen, davon sind 13 Millionen als berechtigt anerkannt. Aber wir haben auch heute gehört, daß es sich eigentlich gar nicht mehr darum handelt, den Leuten die erlittenen Verluste zu ersetzen, sondern vor allen Dingen darum, Mittel in die Kolonie zu schaffen, damit die Kolonisationszwecke im höheren Grade erreicht werden können als sonst. Das ging aus der Rede des Herrn v. Lindequist hervor, und das beweist klar der Satz, mit dem die zweite Denkschrift des Dr. Rohrbach schließt: „Für die Entscheidung über Gewährung oder Verweigerung der Hilfe werden allerdings weniger Erwägungen über die Bedürftigkeit der Ansiedler als die über den Wert oder den Uwert der Kolonie an sich entscheidend sein.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der großen finanziellen Mäße, in denen wir uns im Reiche befinden, angesichts der Tatsache, daß

im nächsten Jahre 100 Millionen neuer Steuern

notwendig werden, angesichts der Tatsache, daß der größte Teil der Reichseinnahmen aus indirekten Steuern erhoben wird, die im wesentlichen von der arbeitenden Bevölkerung aufgebracht werden, lehnen wir daher die jetzt aufgestellte Forderung ab. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Die Entschädigung für die Farmer ist notwendig, denn selbst können sie den Schaden nicht tragen, sie haben nichts. Die Kolonie braucht vor allem Geld, viel Geld! (Große Heiterkeit.) Aber angesichts der Hunderte von Millionen, die bereits aufgewendet sind, sollte man jetzt vor den 8 Millionen nicht zurückweichen! Man soll allen Farmern die vollen Mittel geben, die sie zu ihrem Betriebe brauchen, aber nicht als Geschenk, sondern als Darlehen. (Weiß! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kopsch (frel. Bg.): Es wird vom Reichstage verlangt, er solle freigebig sein; aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir mit dem Gelde der deutschen Bevölkerung freigebig sein wollen! (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Daß die Bevölkerung im Schutzgebiete die Schuld an dem Zustande dem Reichstage beizumessen, wundern mich nicht — wollen doch die Farmer und vor allem die Händler ihre eigene Schuld bedenken. Die Ausführungen vom Bundesratssitz ermöglichen uns noch nicht eine endgültige Entscheidung; wir stimmen daher dem Antrag auf Kommissionsberatung zu. Man spricht hier zwar von einer Beihilfe, es handelt sich aber um eine Entschädigung; denn der Abbruch von einem Viertel der im ganzen angemeldeten 17 1/2 Millionen Schäden ist sicherlich durch zu hohe Anmeldungen veranlaßt. Mit dem Hinweis auf die Konsequenzen der Bewilligung hat der Abgeordnete Bebel vollkommen recht. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Herzog (Wirt. Bez.): Das Reich hat die moralische Verpflichtung zur Bewilligung der geforderten Entschädigungen. So weit als möglich, sollte sie in Form von Vieh gegeben werden; das würde am ehesten zur wirtschaftlichen Hebung des Landes beitragen.

Abg. v. Liebert (Rp.): Meine politischen Freunde sehen in der Frage eine nationale und eine wirtschaftliche Seite. Die nationale sehen wir darin, daß Südwesafrika für uns ein Neuland werde, und dazu brauchen wir die alten Farmer. Die wirtschaftliche Seite sehen wir darin, daß wir eine Siedlungskolonie mit weicher Bevölkerung bekommen. Wir würden der Forderung schon jetzt zustimmen; da aber Kommissionsberatung beantragt ist, werden wir für diese stimmen. (Bravo! rechts.)

Die Debatte ist erschöpft. Der Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission wird angenommen.

Präsident Graf Stolberg: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, der zweiten Beratung des Justizetat. (Rufe: Vertagen!)

Abg. Bebel (Soz.) (zur Geschäftsordnung):

Ich beantrage die Vertagung des Hauses. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß der Reichstag vor Pfingsten geschlossen wird. Dieser Wunsch ist begrifflich; er darf aber nicht erfüllt werden auf Kosten der Ueberanstrengung des Hauses. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es geht absolut nicht an, daß wir jetzt regelmäßig bis 8 und 9 Uhr des Abends tagen. Diejenigen, die in den Kommissionen arbeiten, sind gezwungen, morgens um 10 von Hause fortzugehen und abends gegen 9 Uhr kommen wir nach Hause. Man hat doch auch noch was anderes zu tun. Und dann — wir haben jetzt acht Tage lang über Arbeiterbeschäftigung gesprochen — da wollen wir doch vor allen Dingen auch einmal der Herren Beamten dieses Hauses, der Beamten im Stenographischen Bureau, der Maschinenreiber und -Schreiberinnen, dann auch der Herren auf der Tribüne gedenken. (Sehr richtig!) Eine ganze Reihe von Zeitungen sind auch mit technischen Gründen nicht imstande, über die nach 7 Uhr stattfindenden Verhandlungen zu berichten. Dabei sind auch wir interessiert daran, daß es geschieht. (Abg. Dr. Arendt (Rp.): Geschieht ja!) Die sachlichen Beratungen des Reichstags selbst leiden bei dieser Handhabung der Geschäfte. Ich beantrage also die Vertagung selbst auf die Gefahr hin, daß wir vor Pfingsten nicht fertig werden. (Bravo!)

Präsident Graf Stolberg: Ich schließe mich dem Antrage auf Vertagung an. (Lebhaftes Bravo!)

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (3. Beratung der Geschäftsordnung des Kaiser Wilhelm-Anals. Zweite Beratung des Justizetat.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Zur Abgeordneten-Immunität hat die sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellation eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichszanzler zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das neuerdings in Frage gestellte Recht der Reichstagsabgeordneten, in Ansehung dessen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern, ausdrücklich festgestellt und ein gleiches Recht für Mitglieder eines Landtages oder einer Kammer eines zum Reiche gehörigen Staates begründet

Wird, auch die Beschlagnahme von Gegenständen, die eine dieser Personen in dieser ihrer Eigenschaft erhalten hat, und von Aufzeichnungen, die sie in dieser ihrer Eigenschaft gemacht hat, untersagt wird.

Aus der Budgetkommission. (Sitzung vom 19. April.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung befaßte sich Abg. Semler sehr lebhaft über schlechte Berichterstattung aus der Budgetkommission: In den „Hamburger Nachrichten“ werden ihm die Worte in den Mund gelegt: „Als Interessent wolle er sich zu der Börmann-Angelegenheit nicht äußern“. Er hat das gerade Gegenteil gesagt, und er betont, daß ihn keinerlei Interessen mit Börmann verbinden; auch Webel gegenüber seien in dieser Beziehung einige Mängelstellungen am Platze.

Auf die Beschwerde Semlers knüpft sich eine lebhaftere Aussprache. Hr. v. Hertling möchte die Berichterstattung ganz unterlassen! Dagegen wenden sich Singer, Webel und Paasche; Erzberger möchte eine offizielle Berichterstattung eingeführt wissen. Der Bericht des offiziellen Wolffschen Depeschendirektors über den Fall Tsch sei beispielsweise total falsch gewesen. — Die ganze Angelegenheit bleibt schließlich auf sich beruhen. Abg. Webel gibt der Meinung Ausdruck, daß schon infolge der Aussprache Besserung eintreten werde.

Dernburg teilt nunmehr ein soeben eingetragenes Telegramm mit, wonach auf den Karolinen die ganze Ernte durch einen Taifun vernichtet sei, so daß Hungernot eingetreten ist. Durch einen Nachtragsetat soll Hilfe geschaffen werden.

Die Beratung des Kolonialsetats wird bei den Einmaligen Ausgaben fortgesetzt: Für Unterstützung der Bestrebungen, Zentralafrika zu erschließen, werden 200.000 M. bewilligt. — Die Forderung von 18.000 M. für einen Kolonial-Anstalt in London und Paris gibt Anlaß zu längerer Debatte; man ist der Meinung, daß solche Beamte viel besser in fremde Kolonien geschickt werden, statt sie in den Großstädten sitzen zu lassen. Diesen Standpunkt vertritt insbesondere Genosse Ledebour. Außerdem verlangt Ledebour, ebenso Erzberger, daß

die Rechtsverhältnisse der Eingeborenen

studiert werden. Ueber diese Forderung entspinnt sich eine lange Debatte. Dernburg erkennt die Wichtigkeit der Frage an, aber sie hat nach ihm nur historische-theoretische Bedeutung. Eine Kodifizierung des Eingeborenenrechts sei weder möglich noch erstrebenswert! Man wolle doch modernes Recht in den Kolonien zur Geltung bringen. — Arendt ist der Meinung, daß es ein Eingeborenenrecht überhaupt nicht gibt! — Ledebour nimmt ihn wegen dieser Behauptung hart mit; unter starker Heiterkeit wiederholt Arendt indessen diese Behauptung mit noch größerem Nachdruck.

Die Position wird bewilligt, aber die Bestimmung über die Verwendung des Geldes wird erweitert, so daß den geäußerten Wünschen Rechnung getragen werden kann.

Für Vorarbeiten zur Erschließung der Schutzgebiete werden 2.000 M. genehmigt. Die Forderung von 20.000 M. für

die Kolonialschulen Wigenhausen und Hünfeld

führt zu einer überraschenden Entdeckung: Abg. Rattmann hat Material in den Schulen erbeutet, dabei aber erfahren, daß eine Kolonialschule Hünfeld gar nicht existiert! Die Polizei hat ihm mitgeteilt, daß aber eine Missionsanstalt dajelbst besteht! Dieser Missionsanstalt sind bisher die 10.000 M. zugewandt worden!!! Dernburg hat den Posten von der früheren Kolonialverwaltung übernommen — er weiß von nichts. In der nächsten Sitzung soll nähere Auskunft gegeben werden.

Die Budgetkommission besprach dann noch eingehend die Regelung der Reichszuschüsse zu den Kolonien.

Erzberger will, daß erstens die Zuschüsse nur subsidiär sein sollen, das heißt, daß Ersparnisse an den Zuschüssen an das Reich zurückgezahlt werden müssen. Zweitens sollen die Zuschüsse beschränkt werden auf die Ausgaben für Militäreisenbahnen und Hafenbauten. — Dernburg ist im Prinzip mit einer solchen Regelung einverstanden, aber jetzt seien, wie er ausführt, die Voraussetzungen noch nicht geschaffen. Erst müsse Stabilität in den eigenen Einnahmen der Kolonien bestehen; die Kolonien müßten eine gewisse Selbstverwaltung haben, welche Einnahmen und Ausgaben selbständig festsetzt.

Die ganze Frage wird an eine Sonderkommission verwiesen, welche Vorschläge machen soll.

Die offizielle Meldung über den verheerenden Taifun lautet: Berlin, 19. April. Kolonialdirektor Dernburg teilte in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages folgendes mit:

Nach einer telegraphischen Meldung des Bezirksamtes Yap hat am Karfreitag in der Südküste ein schwerer Taifun die nordöstlich der Nord-Karolinen gelegenen Wulfs-Inseln berührt und schwere Verwüstungen angerichtet. 230 von 800 Eingeborenen sind tot. Die Kokospalmenbestände sind vernichtet; Nahrungsmangel ist zu befürchten. S. R. Vermessungsschiff „Blant“ hat sich durch einen wunden japanischen Schooner benachrichtigt, sofort an Ort und Stelle begeben, um Hilfe und Rettung zu bringen. Auch der Postdampfer „Germania“ der Kaiserliche Postverwaltung hat sich zur Verfügung gestellt, um möglichst viele Eingeborene nach den Palau-Inseln und den Marianen überzuführen.

Die Ergebnisse der Budget-Debatten in der Duma.

Petersburg, 15. April. (Eig. Ber.)

Die allgemeinen Debatten über das Budget sind zu Ende. Die Auffassung für 1907 ist mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre einer Budgetkommission überwiesen worden. In den Budgetdebatten haben sich klar als unheilvolle Mißstände und Gegensätze abgezeichnet, die für die nächste Zukunft noch weiter in Betracht kommen werden, weshalb wir eine zusammenfassende Darstellung der Debatten für angezogen halten.

Was zunächst das Budgetrecht der Duma anbelangt, so haben wir auf dessen staatsrechtliche und politische Einengung schon hingewiesen. In der letzten Budgetberatungsitzung kam der Finanzminister Kossow auch auf dieses Thema zu sprechen, und er versuchte, die Anschuldigungen zu entkräften, daß die Regierung das Budget durch die Beschränkungen fast vollständig dem fortrückenden Eingreifen der Volksvertretung entzogen habe. Von den 2475 Millionen des Budgets seien, so sagte Kossow, nur 602 Millionen unantastbar und 680 „leicht gepanzert“, 1280 Millionen der Ausgaben blieben ganz der Bestimmung der Duma überlassen. Der Minister versuchte aber, daß die „leicht gepanzerten“ Posten nur durch besondere langwierige Gesetzgebungsakte geändert werden können, und daß in der letzten genannten Summe schwer modifizierbare Ausgaben stecken, die für die wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates notwendig sind. Es bleiben so im ganzen nur 300 Millionen übrig, über welche die Duma ein neues Wort reden kann. Also nur ein ganz verhältnißmäßig kleiner Bruchteil. Man sieht, der russische Minister wollte auch in diesem Falle vor dem Ausland nur das „verfassungsmäßige“ Finanzdefizit des russischen Budgets demonstrieren, um die Herzen der Geldgeber zu gewinnen. Die Volksvertretung legte natürlich Gewicht darauf, diesen Schwindel öffentlich anzudeuten, und das gelang ihr auch vortrefflich. Es gab in dieser Frage zwischen den einzelnen Parteien der Opposition keine Meinungsverschiedenheit. Einmütig erklärten sie alle, daß von

einer wirklichen Kontrolle des Staatshaushalts bei der Kapitulation des russischen Budgetrechts nicht die Rede sein könne, abgesehen von den übrigen staatsrechtlichen und politischen Hindernissen, die eine wirksame Kontrolle des Budgets in Russland illusorisch machen müssen, wenn das Budgetrecht durch die Befestigung des Budgetstatuts vom 8. (21.) März 1906 auch wesentliche Erweiterungen erfahren würde. Selbst das beste Budgetrecht könnte in kurzer Zeit in den seit Jahrzehnten bestehenden Mißständen keinen Wandel schaffen. Nur eine gründliche Umgestaltung des ganzen Rechtsstatuts und eine durchgreifende Stärkung der sozialen und parlamentarischen Rechtsgarantien vermöchte bei der Befestigung der russischen Finanzverhältnisse eine wirkliche Besserung der Finanzlage zu bewirken. Trotzdem waren die Redetten für die Kommissionsberatungen, und zu ihnen gesellten sich, wenn auch nicht aus den gleichen Gründen die Volkssozialisten und Trudowiki. Zweierlei soll bei den Kommissionsberatungen erreicht werden: Man will versuchen, einen Blick in die dunklen Geheimnisse der russischen Finanzen zu werfen, was aber kaum gelingen dürfte, da es sehr fraglich erscheint, ob der Kommission die betreffenden Materialien zur Verfügung gestellt werden. Dann aber will man die Regierung zu Konzessionen zwingen! Wie das zu erreichen sein soll, wo es für die Regierung schon jetzt gewiß ist, daß die Mehrheit für die Genehmigung des Budgets stimmen wird, das ist nicht recht klar. Wir haben da also ein Stückchen aus der Schachertaktik der Liberalen, die ja nie haben begreifen können, daß auf diesem Wege nie und nimmer bleibende Resultate zu erlangen sind, sondern nur moralische und politische Verwirrungen in den eigenen Reihen.

Auf diese Bedenken wiesen wiederholt die sozialdemokratischen Tagesblätter hin, so die „Kardnaja Duma“ und „Rasche Echo“. Zutreffend bemerkt die letztere: Den Umständen, daß auch die Regierung gezwungen ist, die Duma zu schonen, habe die Mehrheit der Duma nicht auszunutzen gewußt. Dadurch, daß der Etat einer Kommission überwiesen wurde, so schreibt „Rasche Echo“, hat man dem Auslande zu verstehen gegeben, daß der Etat die Sanktion der Duma erhalten wird, und die Folge war eine Hebung der Rentenfürs auf den verschiedenen Börsen und das Jauchzen der deutschen Börsenblätter. Wohl heißt es bei dem am weitesten links stehenden Liberalen und Demokraten, daß die Regierung nicht so ohne weiteres auf eine Gutheißung des Budgets hoffen könne, am allerwenigsten auf die Genehmigung einer Anleihe; man wird jedoch nicht schüchtern in der Annahme, daß mit der Eröffnung der Kommissionsberatungen der Regierung das Budget so ziemlich gesichert ist. Sollte die Dummheit auch später die Zustimmung zu einer Anleihe verweigern, der Kredit der Regierung wird jedenfalls gesichert sein und es wird ihr dann weniger schwer fallen, unter Verufung auf die Budgetfunktion der Duma neue willige Geldgeber zu finden. Daher auch das Proklama der „Rowoje Wremja“, die ihre Redaktionsbemerkungen zu der Budgetabstimmung mit der kennzeichnenden Aufschrift versieht: „Der erste Schritt!“. „Gewiß, der erste Schritt“ zu weiterem Zeilischen und Markieren, so bemerkt „Rasche Echo“. Der Duma wird nur die Kleinliche Hilarität gelassen werden, während die Bureaucratie nach wie vor schalten wird.

Von diesem Standpunkt aus betrachtete der sozialdemokratische Abgeordnete Werginski das Budget am zweiten Budgettage. „Die Budgetfrage in Russland ist eine Frage der allgemeinen Politik“, führte er aus, „der inneren wie auch der auswärtigen. Die innere Politik der Regierung ist eine Politik der Verbannung, der Gewalt und der großen Rüstungsinteressen. Betrachtet man die einzelnen Zweige der Staatswirtschaft, so sehen wir, daß sie nur die inländischen und ausländischen Parasiten bereichern. Seit dem Jahre 1900 bringen unsere Eisenbahnen nichts als Defizite. Eine ganze Reihe von Kreditinstituten dient ausschließlich dem Zweck, den Adel zu unterstützen und vertrackten Edelleuten auf die Beine zu helfen. Die Staatsbank steht am Rande des Abgrundes. Das es mit den Kronsparsbanken nicht besser bestellt ist, weiß man zur Genüge; die Duma darf aber in den Rechnungen dieser Institutionen keinen Blick tun! In der auswärtigen Politik spielt die Regierung den „internationalen Gendarmen“, oder sie treibt eine Abenteuerpolitik, die uns in den ostasiatischen Krieg verwickelte und dem Volke eine neue Schuldenlast von beinahe drei Milliarden aufbürdete.“ — In bezug auf das Verhalten der Redetten zum Budget führte Werginski aus: „Sie machen gegen das Budget nur unwesentliche Einwände, ihre Politik ist nur von dem Wunsche besetzt, um jeden Preis eine Einigung mit dem alten Regime zu erzielen.“

Auf dem Hintergrunde der sozialistischen Kritik hoben sich die von den verschiedenen Rednern vorgebrachten Einzelthaten um so deutlicher hervor. Der Exminister Kulter aus der Kadettenpartei hatte darauf hingewiesen, daß im Budget eine Reihe von Einnahmen und Ausgaben überhaupt nicht angegeben sind, wie z. B. das ganze Ressort der Kaiserin Maria Feodorowna. Dieses Ressort hat u. a. den gesamten Handel mit Spielarten, in seine Kasse fließt eine besondere Vergütungssteuer, es erhält von der Krone die beträchtliche Unterstützung von 2,5 Millionen Rubel. Die aber alle diese Gelder verwaltet werden, davon erzählt kein Mensch etwas. Nicht einmal die Beamten aus dem Reichskontrollamt!

Ein ganz besonderes Bild bietet der Anhang zum Budget. Nur etwa 11 Proz. der Einnahmen fließen aus direkten Steuern, die übrigen aus indirekten! Die Branntweinsteuer allein erreicht bei uns 706 Millionen. Die Hauptlast dieser Steuer wird von der armen Bevölkerung getragen. Nichts ist unsfer ganzes Budget auf dem Branntweinmonopol aufgebaut, was einen finanziellen und moralischen Krach der ganzen Volkswirtschaft Russlands bedeutet. (NB. Nicht umsonst nennt denn auch ein Publizist unser Budget das „besoffene Budget“!) Verderblich ist auch unser Zollsystem. Sogar die direkten Steuern, z. B. die Gewerbesteuern, werden größtenteils von der armen Bevölkerung getragen. Der Monopolhandel, die Eisenbahnverwaltung und sämtliche Operationen der Krone sind schlecht organisiert. Um z. B. die Pferdezahl zu heben, gibt die Krone nach Berechnung Kulter durchschnittlich 1500 Rubel pro Pferd aus, während der Preis der Pferde etwa 600 Rubel beträgt! Diese mehr in die einzelnen Teile des Budgets sich vertiefende Kritik setzten besonders scharf und sachlich die Redner der politischen Rechten, Jan Stedi und Schukowski, fort. Ueber die Verschuldung Russlands gab eine eingehende Darlegung der Redner der Volkssozialisten, Kaschejew: Die großen Schulden Russlands sind in den letzten 20 Jahren entstanden. Die Steuerkraft des Volkes hat schon längst ihre Grenzen erreicht. Die Jahreseinnahmen des Russen betragen im Durchschnitt nur 63 Rubel, Russland bleibt also sogar hinter Portugal zurück! Nun zahlt aber z. B. der Bauer des Gouvernements Moskau nicht weniger als 45 Rubel an indirekten Steuern. Eine Bauernfamilie dieses Gouvernements mit ihren 350 Rubel Gesamteinnahmen jährlich gibt also ein Viertel ihrer Einnahmen an die Kronkasse ab. In anderen Gouvernements finden wir, daß die Steuern und Abgaben sogar 50 Proz. des Bauernbudgets verschlingen. Auf dieser Grundlage kann sich der Staatshaushalt also nicht mehr lange halten. Von den 9 Milliarden Schulden, die die Regierung dem Volke aufgeschuldet hat, wurden nur etwa 2 Millionen für die Bedürfnisse der Bauern assigniert, mit dem Ausbruch des Krieges wurde aber auch dieser geringe Kredit gestrichen. Das ist Raubwirtschaft schlimmster Sorte, die das Grundkapital des Volkswohlstandes zerstört hat. Dem Auslande sind diese Resultate

unserer Staatswirtschaft nicht unbekannt. Solange die Volksvertretung nicht der wirkliche Mandatar des Volkes ist, ausgestattet mit wirklichen Rechten, haben wir auch nicht das Recht, das Budget zu genehmigen.

Und wie lautete die Antwort der Regierung auf alle diese Ausführungen? Hören wir das Urteil der sog. „mäßigen“ und übermäßigen Presse: „Somo“ findet, daß der Finanzminister nur den „oberflächlichen Kommentar eines Buchhalters“ gegeben habe. Er hätte in seiner einleitenden Rede ein Gesamtbild der finanziellen Lage des Reiches geben müssen und sich nicht mit der Aufzählung einiger trockenen Daten begnügen dürfen. Die „St. Petersburgs Zeitung“ hat für das Auftreten des Finanzministers Kossow folgendes Urteil: „Er gab nicht einen Ueberblick über die grundlegenden Prinzipien der staatlichen Wirtschaft, sondern er bewegte sich in recht allgemeinen, inhaltslosen Phrasen.“ — Wohl den treffendsten Kommentar zu den Debatten und der gesamten Finanzlage des Reiches gab ungewollt die „Rowoje Wremja“, die schreibt: „Der Kredit eines Staates wird am besten durch den Kurs seiner hauptsächlichsten grundlegenden Fonds charakterisiert. Nehmen wir unser wichtigstes Papier, die Rente, die 8,8 Proz. bringt. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre und in den ersten Jahren des jetzigen Jahrzehnts, bis es anfang nach Krieg zu riechen, stand die Rente auf 97 bis 101. Am Tage, wo der Krieg begann, stand sie auf 94, als Port Arthur fiel 90½, Mukden 89½, Tsushima 83½, Friede von Portsmouth 85. Die inneren Anruhen aber haben die Rente auf 72 bis 73 gebracht.“

In dieser Zahlentabelle liegt auch teilweise das Geheimnis unserer politischen Entwicklung und die Frage über Sein oder Nichtsein der Volksvertretung in Russland eingeschlossen. Eine gesunde, anhaltende Aufwärtsbewegung in diesen Jahren ist undenkbar, solange Russland nicht radikal mit der zaristischen Vergangenheit gebrochen haben wird. Die nächste Prüfung muß zu dem Urteil kommen, daß die finanzielle Russlands nach wie vor dem Ausland zu den größten Besorgnissen Anlaß geben muß. Das billige Plündergold der Reden Kossow in der Duma kann ebensowenig über den drohenden Krach hinwegtäuschen wie die Spielerei eines rückgratlosen Liberalismus mit Budgetgenehmigungen und illusorischen Parlamentsrechten.

Aus der Partei.

Vorbereitungen zur Waisfeier.

Die organisierte Arbeiterchaft von Erlangen hat beschloffen, von der bisherigen Form der Waisfeier, die immer am Sonntag nach dem ersten Mai abgehalten wurde, abzugehen und sie am 1. Mai selbst durch Arbeitsruhe zu begehen. Der Beschluß wurde dadurch veranlaßt, daß die Zahl der Feiernden mit jedem Jahre bedeutend ungenommen hat.

In Jülich i. W. hat der Stadtmagistrat die Genehmigung zur Veranstaltung eines Waisfestes erteilt. Da aber der Stadt Jülich die Befugnis zur Ausübung der Distriktpolizei entzogen ist, hat hierüber noch das Bezirksamt zu entscheiden, das bisher stets hinterher ein Verbot erlassen hat.

Von den Organisationen. Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Hamm-Sooet hat in letzter Zeit ein erfreuliches Steigen der Mitgliedschaft zu verzeichnen. Sie hat die Zahl 1400 überschritten.

Der sozialdemokratische Verein Stuttgart beschloß nach längerer lebhafter Debatte, den Monatsbeitrag auf 40 Pfennig zu erhöhen.

Unsere Toten. In Leipzig-Stöttteritz starb, erst 63 Jahre alt, der Genosse Robert Wölfel. Ein Menschenalter hat er, so schreibt die „Leipziger Volkszeitung“, mit seiner ganzen Kraft der Partei gedient. Unter der Schreckenszeit des Sozialistengesetzes kämpfte er mit im Vordertreffen. Die Genossen fanden ihn in den Gemeinderat zu Thonberg, dem er bis zur Auflösung des Gemeinderats infolge der Einverleibung Thonbergs in das Stadtgebiet Leipzig angehörte.

Unerhörtes aus Württemberg. Der Stuttgarter Gemeinderat genehmigte das Gesuch des sozialdemokratischen Vereins um Ueberlassung des städtischen Volksfestplatzes auf den Gemüthler Wiesen zur Abhaltung einer großen Volksversammlung anlässlich des am 18. August hier beginnenden internationalen Sozialistenkongresses.

Wie Veräulen in Preußen und gleichwertigen Bundesstaaten werden sich gen Himmel sträuben.

Der Antidrist im österreichischen Wahlkampfe. Aus Marienbad wird der „Wiener Arbeiterzeitung“ geschrieben: „Sonntag fand in dem benachbarten Hohenbors eine Wählerversammlung unserer Partei statt. Die Christlichsozialen gerieten in heillosen Schreden, daß in Hohenbors, das ganz nahe beim Stift Tepl gelegen und ganz am Stitsbesty gebaut ist — man denke! — eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten werden solle. Die christlichen Brüder schlugen infolgedessen Plakate folgenden Inhalts an:

Warnung.

Liebe, gutgeleitete Christen! Es wird euch schon bekannt sein, daß Sonntag, den 14. April, der Antidrist zum Sozialistenschaffer in Hohenbors kommt und eine Versammlung für die Sozi abhalten wird. Haltet euch daher und haltet fest zu eurem Glauben, denn nirgends in der ganzen Umgebung gibt solchem Pöbel von Sozi jemand Unterkunft als der Sozialistenschaffer von Hohenbors.

Die Versammlung war infolge dieser Art Agitation glänzend besucht. Die Bauern, Arbeiter und Lehrer aus der ganzen Umgebung waren zusammengekommen und lauteten mit großer Begeisterung den Ausführungen des Genossen de Witte aus Karlsbad. Die sozialdemokratische Kandidatur wurde unter förmlichem Jubel einstimmig angenommen. Den „Antidrist“ als Agitationsmittel gegen uns anzunehmen, das heißt doch die Risikammer des Mittelalters ausplündern.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Gefängnisstrafe als Strafe. Die „Arbeiter-Zeitung“ zu Dortmund berichtet: Unser Landesvertrauensmann, Genosse Max König, hat gestern auf Staatskosten an der Lüberstrasse Wohnung genommen. Er wird einen Monat dort bleiben, um — einen Zeitungsartikel zu fälschen, für den ihn als Herausgeber der „Wahrheit“ der Staatsanwalt verantwortlich gemacht hat. Selbstbestätigung wurde dem Genossen König verweigert mit der Motivierung, daß eine Gefängnisstrafe mit Selbstbestätigung — keine Strafe sei. Nach der Ansicht der maßgebenden Kreise besteht also bei Gefängnisstrafe die eigentliche Strafe in der Kost. Der Küche an der Lüberstrasse wird da allerdings kein besonders gutes Zeugnis ausgestellt.

Aus Industrie und Handel.

Fette Gewinne!

Nach dem Geschäftsbericht der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurden im letzten Jahre zusätzlich des Gewinnvortrages 18.419.285 Mark Nothüberfluß erzielt. Der verfügbare Ueberfluß stellt sich auf 13.605.423 M., gegen 1905 684.424 M. mehr. Nach Abschreibung in Höhe von 4.458.432 M. verbleibt ein verfügbarer Kleinüberfluß von 8.823.518 M. Daraus werden auf das 21 Millionen Mark betragende Aktienkapital 30 Proz. Dividende (1905: 27 Proz.) verteilt, 1.280.849 M. als Gewinnanteile und Belohnungen ausgeschüttet und 1.293.169 M. auf neue Rechnungen bezogen.

getragen. Ende Dezember waren 7551 Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl als Jahresdurchschnitt unterstellt, ergeben sich pro Kopf der Beschäftigten folgende Gewinnziffern:

Rohgewinn	Abreibung	verteilter Reingewinn
2439	27	2412
2439	589	834

Die letztjährigen Abschreibungen machen über 21 Proz. des Aktienkapitals aus. Reserven stehen in Höhe des Aktienkapitals und der Anleihen zu Buch. In der Duisburger Kupferhütte ist das Unternehmen mit 1280 000 M. beteiligt. Im Geschäftsbericht wird bemerkt, der Geschäftsgang sei ein guter gewesen. Das kann kaum bestritten werden.

Was aber haben die Arbeiter bekommen?

Erneuter Aufstieg der Getreidepreise.

Die Hoffnung, mit der die Konsumenten in das Jahr 1907 hineingingen, daß der Rückgang der Getreidepreise gegenüber dem Vorjahre andauern werde, erwies sich schon im Februar als trügerisch; die Preise gingen allmählich wieder über den vorjährigen Stand hinaus. Dann kam wohl wieder eine kurze Zeit der Abwärtsbewegung, so daß eine einseitige Tendenz aus der Bewegung der Getreidepreise schwer herauszulesen war. Jetzt aber hat eine erneute Aufwärtsbewegung eingesetzt, die, wie in der landwirtschaftlichen Fachpresse ausgeführt wird, von längerer Dauer sein wird und deshalb besondere Beachtung verdient. Nach den Notierungen der Preisoberstelle des deutschen Landwirtschaftsrats kostete nämlich Mitte April in Berlin eine Tonne in Mark:

	1903	1904	1905	1906	1907
Weizen	158	177	174	178 1/2	192
Roggen	133	134	138 1/2	160 1/2	172

Stiegen ist heute um beinahe 10 Proz. teurer als Weizen in der gleichen Zeit 1903. Er ist in den letzten fünf Jahren um nicht weniger als 30 Proz. hinaufgeschneit und Weizen ist nicht weit dahinter zurückgeblieben. Dieser Abstand ist aber nicht nur in Berlin besonders stark, sondern auch an den anderen Getreidemärkten ist der Preis mit gleicher Sicherheit, ja vereinzelt sogar noch stärker gestiegen. So ergibt ein Vergleich des Weizen- und Roggenpreises mit dem Vorjahre bei nachfolgenden Städten diese Spannung:

	Weizen		Roggen	
	1906	1907	1906	1907
Danzig	178	157-166	152-153	165-166
Stettin	160-172	183-187 1/2	145-163	164-169
Breslau	173	183	154	163
Königsberg	173	183	150	165-168
Dortmund	180	192	165	179
Krefz	165-175	187	148-158	170

Auch diese wenigen Stichproben zeigen durchweg, wie erheblich der Preis für Brotgetreide über dem des Vorjahres steht. Vergleicht man mit dem Preisniveau Mitte März, so ist evident, daß die letzten Wochen im Zeichen der Aufwärtsbewegung standen.

Zur Lage des Kleinereisenwesens.

Aus der am Dienstag in Hagen unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrates Kunde abgehaltenen Hauptversammlung des Vereins der Märkischen Kleinereisenindustrie berichtet die „A. V. Ztg.“: Es wurde zunächst der Jahresbericht erörtert. Aus diesem geht hervor, daß zurzeit 188 Firmen dem Vereine angehören, die sich auf die Kreise Hagen Stadt und Land, Schwelm, Alena, Herfeln, Lüdenscheid, Herbe, Witten, Wilsdorf, Velken und Wehrde verteilen. Ueber die Lage des Kleinereisenwesens sagt der Bericht, daß es fast ausnahmslos reichlich beschäftigt war. Die öffentliche und private Bautätigkeit brachten große Nachfrage nach Baueisen, Schloßern, Schrauben usw., ebenso nach Werkzeugen, wie Hämmer, Jaugen usw. Das Geschäft mit dem Auslande hatte aber keinen Rückschlag zu verzeichnen, wobei sich die Wirkung der neuen Zollverhältnisse bereits unangenehm fühlbar machte. Die Einfuhr von Kleinereisenwaren nahm um 24,4 Proz. zu, während die Ausfuhr um 1,54 Proz. zurückging. In den Kreisen Hagen und Schwelm stieg die Zahl der Kleinereisenbetriebe von 433 auf 448, die der Arbeiter von 19 800 auf 21 900. In der ganzen Verwaltungsverwaltung des Kleinereisenwesens von Rheinland und Westfalen stieg die Zahl der Betriebe von 7368 auf 7443, die der Arbeiter von 165 769 auf 210 041. Die Zahl der Arbeiter in diesem Zweige hat sich in den letzten 10 Jahren fast verdoppelt, während sich die Zahl der Betriebe nur wenig erhöhte.

Geschäftsresultate.

Wensberg-Gladbacher Bergwerks- und Hütten-AG. Der Reingewinn des Gruben- und Hüttenbetriebes betrug 598 327 M. (335 244 M.). Der Reingewinn stellt sich auf 264 869 M. (120 243 M.). Die Aktionäre erhalten 6 Prozent (3 Prozent). — **Der Ravensberger Stabeisen- und Trägerhandlungen AG.** in Berlin. Die Gesellschaft erzielte in dem verfloffenen ersten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 1 933 489 M. Aus dem mit 1 041 992 M. verbleibenden Reingewinn wird eine Dividende von 10 Prozent auf das 8 1/2 Mill. Mark betragende Aktienkapital in Vorschlag gebracht. — **Saganer Wollspinnerei und Weberei.** Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung nach wiederum starken Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. auf die Vorzugsaktien und von 6 Proz. auf die Stammaktien vorzuschlagen. — **Stahlhütten-Gesellschaft de la Vieille-Montagne in Angleur.** Nach dem Geschäftsbericht für 1906 ergibt sich ein Rohabtrieb von 12 018 202 Fr. (i. B. 10 488 849 Fr.), ein Gewinn von 10 677 319 Fr. (i. B. 9 129 938 Fr.) zu folgender Verwendung: Abschreibungen 3 525 000 Fr. (i. B. 2 500 000 Fr.), Reserve 1 282 949 Fr. (i. B. 1 226 913 Fr.), Lantimenen 801 848 Fr. (i. B. 769 890 Fr.), 45 Fr. (i. B. 40 Fr.) Dividende auf die Aktie gleich 5 062 600 Fr. (i. B. 4 500 000 Fr.). Der Gewinn des verfloffenen Jahres ist der höchste, den die Gesellschaft in ihrem siebenjährigen Bestehen erzielt hat. — **Maschinenbau-Alten-Gesellschaft Vulkan.** Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 14 Proz. vorzuschlagen. — **Chemische Fabrik Budau in Magdeburg.** Der Ueberschuß auf die Fabrikationsbetriebe ergibt einen Bruttogewinn von 805 927 M. (i. B. 769 014 M.). Nach Abschreibungen von 315 105 M. (i. B. 295 822 M.) verbleibt ein Reingewinn von 490 822 M. (i. B. 473 192 M.), aus dem eine Dividende von 12 Proz. zur Verteilung gelangt (i. B. 10 Proz.).

Soziales.

Zum Zusammenbruch des Milchringes. 12, nicht nur 9 Untergenossenschaften dieser famosen agrarischen Ordnung haben bereits Konkurs anmelden müssen.

Der „gesetzliche Weg“ ist bei Arbeitervereinen Kraßbar.

Dieser fulminante Rechtspruch läßt sich aus einer am Montag vom Kammergericht gefällten Entscheidung ableiten. Wegen Aufnahme von Lehrlingen in den Gewerbeverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder), Ortsverein Neusalz, waren dessen Vorsitzender Reimers und der Schriftführer Wohllich auf Grund der §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes zu Geldstrafen verurteilt worden. Das Landgericht führte aus: Ein Verein, welcher an sich keine politischen Zwecke verfolgt, werde zu einem politischen Verein, wenn er Erreichung seiner Ziele die Tätigkeit des Staates in Anspruch nehme. Das tue der Gewerbeverein durch die Bestimmung seines Statuts, wonach er seine wirtschaftlichen und sozialen Ziele auf „gesetzlichem Wege“ erstrebe. Da in den Versammlungen des Vereins über die Wirksamkeit gesprochen werde und naturgemäß auch gesprochen werden solle, so bezwecke er im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Demnach wäre es ein Verein, in den Lehrlinge und Frauen nicht aufgenommen werden dürften.

In ihrer gegen dies Urteil gerichteten Revision machten die Angeklagten geltend, daß das Landgericht die Begriffe des „gesetzlichen Weges“ und des „gesetzgeberischen Weges“ vertauscht habe. Die Bestimmung des Statuts, die vom „gesetzlichen Wege“ spreche, sei verstanden worden. Damit meine das Statut lediglich, daß der Gewerbeverein bei seinem Wirken sich im Rahmen der Gesetze halten wolle, und nicht etwa die Erreichung eines Einflusses auf die Gesetzgebung. — Die Revision wurde aber vom Kammergericht mit folgender Begründung verworfen: Vereinsstatuten seien keine Rechtsnormen. Sie anzulegen sei Sache der tatsächlichen Feststellung. Der Revisionsrichter könne eine derartige Auslegung nicht nachprüfen. Da das Landgericht auf Grund der Statuten die Absicht einer Einschränkung auf die Gesetzgebung feststellte, so müsse die Revision zurückgewiesen werden, denn Rechtsirrümer seien in der Vorentscheidung nicht enthalten. Indessen habe das Kammergericht mit dem Urteil nicht prinzipiell gegen die Hirsch-Dunderschen Vereine Stellung genommen. Die tatsächliche Feststellung in der zur Entscheidung stehenden Sache binde es eben. — Was würde bei solcher Rechtsprechung selbst das beste Gesetz über Vereinsrecht nützen?

Kinderarbeit und Unfall.

In dem Dorf Biez a. Ostbahu fürgte am Sonntag auf dem Straußlichen Jügelwerk ein Rodenstuppen ein. Hierdurch wurden zwei zu Ostern aus der Schule entlassene Kinder getötet. Die Kinder waren als Arbeiter in der Jügelerei beschäftigt. Die Väter der Kinder sind 25 Jahre lang in den Jügelereien für einen Lohn von 50 Pfennig bis 1,50 Mark zur Winterzeit und 2 bis 2,50 M. im Sommer bei 10 bis 11 stündiger Arbeitszeit beschäftigt. Die Kinder hatten den ganzen Tag über mit der schweren Steinarbeit zu tun und erhielten hierfür — für die Stunde 9 Pfennige. Der Unfalltod ist durch die schlechte Bauart des Stuppen — nur aber fast nur einseitiges Holz ist verwendet — und durch seine Ueberlastung mit Steinen herbeigeführt. Ein zweiter, ähnlich gebauter Stuppen ist baupolizeilich beanstandet. Wäre die Mitwirkung von Arbeitern zur Unfallverhütung und zur Ueberwachung der Unfallvorschriften reichsrechtlich vorgeschrieben, so wäre der Unfall schwerlich eingetreten.

Anerkennung der sozialen Fürsorge der freien Gewerkschaften durch Segner.

Auf der Hauptversammlung des Sächsischen Herbergsverbandes, die im Anschluß an den Vereinstag für innere Mission dieser Tage in Dresden stattfand, spendete der Vorsitzende Graf Sittich von Eckstädt — wohl unbeabsichtigt — der sozialen Fürsorge der freien Gewerkschaften für ihre wandernden Mitglieder ein großes Lob. Er befragte nämlich den Mitglied des Verbandes auf den christlichen Herbergen zur Heimat. Er erklärte dies aus der wirtschaftlichen Hochkultur mit ihrem starken Verbrauch an Arbeitskräften und vordemlich daraus, „daß die freien Gewerkschaften anfangen, für die in ihnen organisierten Arbeiter eigene Herbergen mit modernsten Einrichtungen und sehr billigen Preisen zu schaffen.“

Der Herr Graf empfahl dem gegenüber, die Herbergen zur Heimat einer zeitgemäßen Reform zu unterwerfen, wandte sich aber gegen die Vorschläge des Viz. Rumm, christliche Gewerkschafts-herbergen zu errichten. Die Herbergen zur Heimat, meinte er weiter, dürften sich nicht von den Herbergen der freien Gewerkschaften überflügeln lassen. Es müsse eine Verbesserung der häuslichen und Betriebsverhältnisse getan werden. An die Stelle des Herbergsbauers müsse ein christlich-organisierter Arbeiter kommen. Gleich bei der Ankunft müßten die Gäste in unauffälliger Weise gesondert werden.

Wir glauben, alle „Verbesserungsversuche“ werden nicht mehr die Herbergen zur Heimat angezielter machen. Die wandernden Proletarier wollen nicht mit salbungsvollen von Frömmel und Moral triefenden Reden traktiert werden, wie das in den „christlich-fürsorglichen“ geleiteten Herbergen zur Heimat so oft im Gegensatz zu ihren Taten geschieht. Statt des Lippen-Böhlwollens Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigter Menschen, statt heuchelnden Wohlwollens wirtliche Hilfe geben die freien Gewerkschaften. Das werden freilich die „Herbergen zur Heimat“ niemals leisten können.

Inmerhin enthält aber das wenn auch unfreiwillige Zugeständnis des Herrn Grafen eine wirksame Widerlegung der Reichsverbanden, daß die modernen Gewerkschaften nur hohe Beiträge „erpressen“ und nichts dafür gewähren. Ist doch diese soziale Fürsorge mit ein Grund dafür, daß manche Gewerkschaftshäuser nicht so prosperieren, was natürlich auch wieder als Stoff für Reichsverbandlungen herhalten muß.

Warenmanto im Konfitürengewerbe.

Das in der Konfitürenbranche weitverzweigte Filialwesen hat zu Uebelständen geführt, mit denen sich das Kaufmannsgericht seit seiner Errichtung in einer schier endlosen Reihe von Prozessen zu befassen hat. Gegenstand des Streites ist fast immer ein Warenmanto, das sich die Filialleiterin vom Gehalt oder von der Kautions nicht lösen lassen will. Am Donnerstag kam wieder vor der vierten Kammer des Kaufmannsgerichts ein typischer Fall zur Verhandlung. Die 19jährige Filialleiterin Freda R. klagt gegen den Konfitürenhändler Fritz Wenger, Blankenfeldestr. 8, auf Zahlung von 100 M. Restgehalt. Der Beklagte wirft der Klägerin vor, sie hätte ein großes Konto beim Abgang gehabt, worauf ihm der Vorsitzende vorhält, ein gewisser Abgang an Ware sei im Konfitürengeschäft unermesslich, denn man müsse ständig mit Frucht und Schund rechnen, wozu noch in linderreichen Gegenden, zumal bei Geschäften, die nur von einer Verkäuferin bedient würden, ein Abgang an Rundraub trete. Damit müsse man billigerweise rechnen, denn die Verkäuferin könne beim Bedienen unmöglich ihre Augen überall haben. Die Klägerin selbst erklärt noch, sie habe die größte Sorgfalt darauf verwendet, daß keine Manto entstehe, ja als einmal eine

große Anzahl Konfitüren durch langes Liegen im Schaufenster vollständig verstaubt und verschimmelt war, da habe sie vorerst Herrn W. gefragt, was sie damit machen solle. Da ihr dieser erwiderte: „Wischen Sie die Sachen ruhig unter die neue Ware. Das muß mit verkauft werden“, so habe sie sich nach der Vorschrift des Chefs gerichtet, und die verschimmelten Konfitüren mit verkauft.

Die Klägerin widerlegt verschiedene Vorwürfe des Beklagten durch den ihr vom Gericht zugehobenen Eid. Der Beklagte zieht es vor, vor Verklündung eines ihn beurteilenden Erkenntnisses freiwillig 75 M. zu zahlen.

Versammlungen.

Protokollversammlung der Handlungsgehilfen.

Wie wir bereits mitteilten, haben die Unternehmerbeisitzer am Kaufmannsgericht einen Antrag angenommen, welcher eine Aenderung des Handlungsgehilfenbuches in dem Sinne beschwor, daß die Handlungsgehilfen, wenn sie ihre Stellung widerrechtlich aufgeben, eine Strafe an den Prinzipal zu zahlen haben, ohne daß derselbe den Nachweis eines Schadens zu führen hat. — Am Donnerstag tagte im Neuen Rathaus, Kommandantenstraße, eine stark besuchte öffentliche Versammlung von Handlungsgehilfen. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und „Gehilfinnen“ hatte die Versammlung einberufen. Referent war Julius Kaliski. Scharf verurteilte er die Bestimmungen der Antragsteller, welche den Handlungsgehilfen eine neue Fessel anlegen wollten, obgleich die Handlungsgehilfen schon jetzt der schrankenlosen Ausbeutung durch das Unternehmertum in einer Weise ausgesetzt sind, die oft geradezu unerträglich ist. Es ist gewiß nicht zu billigen, wenn Handlungsgehilfen ihre Stellung widerrechtlich aufgeben. Es kommen Fälle vor, wo ein Geschäftsinhaber seinem Konkurrenten eine hervorragende Kraft absperren will und alle Kosten trägt, die aus dem Vertragsbruch entstehen. Solche Fälle werden, wenn der Antrag Gesetz werden sollte, nicht verhindert werden. Andererseits kommt es aber vor, daß Handlungsgehilfen, von äußerster Not getrieben, eine schlecht bezahlte, unangenehme, ihren Leistungen nicht entsprechende Stellung annehmen. Bietet sich solchen Angeestellten etwas Besseres, dann geben sie wohl ihre schlechte Stelle ohne Innehaltung der Kündigung auf, weil es keinen anderen Weg gibt, aus der drückenden Not herauszukommen. Solche Fälle werden durch den Antrag getroffen. Es sollen die Handlungsgehilfen, die einmal aus Not eine schlechte Stelle angenommen haben, an dieselbe gefesselt und ihrem Ausbeuter ohne Schutz überantwortet werden. Aus diesen Gründen müssen die Handlungsgehilfen energisch dagegen protestieren, daß der Antrag der Unternehmervertreter verworfen wird.

Die Ausführungen des Referenten fanden allseitigen Beifall. In der Diskussion sprachen auch Anhänger der deutsch-nationalen und der Hirsch-Dunderschen Richtung mit Entschiedenheit gegen die Tendenz des Antrages und forderten zum einstimmigen Protest aller Handlungsgehilfen auf. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erhebt Protest gegen die von den Unternehmerbeisitzern des Kaufmannsgerichts erhobene Forderung, daß Handlungsgehilfen bei widerrechtlicher Aufhebung des Dienstvertrages zur Zahlung einer Strafe an den Prinzipal verpflichtet sein sollen, ohne daß er an den Nachweis eines Schadens gebunden ist. Die Versammlung erblickt hierin den Versuch, die Handlungsgehilfen unter ein neues Ausnahmengesetz zu stellen, das um so verwerflicher wäre, als das Unternehmertum den jetzt bestehenden gesetzlichen Zustand für sich reservieren will. Die Versammlung betrachtet den Antrag als eine gewollte Provokation, da der Kontraktbruch nicht nur selten zu verzeichnen ist, sondern auch auf Grund der geltenden Bestimmungen schon von schwerwiegenden Folgen ist. Die Versammlung fordert die Handlungsgehilfenschaft auf, sich dem Protest gegen dieses iningenierte Schanzmachertreiben anzuschließen und weist von neuem auf die Rattendienz des einstimmigen gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zur energischen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen hin.“

Die Filiale Berlin des Tapeziererverbandes hielt am 18. April bei Wendi in der Beuthstraße eine Mitgliederversammlung ab, die recht zahlreich besucht war. Sie begann mit einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Böhle aus Strahburg über „Die Rechtsmittel des Proletariats“, der lebhaften Beifall fand. Dann wurde über die Kaiserfeier beraten. Der Vorsitzende Böhle führte hierzu aus, daß die Kaiserfeier im Tapeziererberuf von Jahr zu Jahr steigende Bedeutung gewonnen hat. In dem Tarifvertrag hieß es, daß die Feier am 1. Mai der freien Vereinbarung zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und den Arbeitnehmern überlassen bleiben sollte. Ein Tarifvertrag ist bei der letzten Lohnbewegung, obwohl sie sehr günstig für die Gehilfenschaft verlief, nicht zustande gekommen. Somit besteht auch keinerlei Bestimmung über die Regelung der Kaiserfeier. Die Ortsverwaltung des Verbandes hat nun beschlossen, alles zu tun, um die Kaiserfeier auch in diesem Jahre in jeder Hinsicht imposant zu gestalten. Diese Mitteilung wurde von der Versammlung mit lebhaftem Bravo aufgenommen. Die Ortsverwaltung hat ferner, dem Aufruf des Parteivorstandes entsprechend, beschlossen, der Kollegenschaft zu empfehlen, auch in diesem Jahre nach der Bestimmung des alten Tarifvertrages zu handeln und mit den einzelnen Arbeitgebern eine freie Vereinbarung über die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben. Darum sollen in der nächsten Woche überall Werkstudenstunden abgehalten werden, um über die Kaiserfeier zu beraten. Dann soll bis zum Sonnabend, den 27. April, in allen Werkstätten Rücksprache mit den Arbeitgebern gepflogen werden. Das Ergebnis muß bis zum Abend desselben Tages, aller spätestens aber am Montag darauf, der Ortsverwaltung mitgeteilt werden, die dann die weiteren Maßnahmen treffen wird.

Nach reger Debatte, in der die Begeisterung für die Kaiserfeier lebhaft zutage trat, erklärte sich die Versammlung mit diesen Vorschlägen einverstanden.

Vermischtes.

Der verhaftete Eisenbahnräuber Rescher in Mathenow wurde, wie noch gemeldet wird, kurz vor dem Eisenbahnraub als Geisteskrank nach der Provinzial-Irenanstalt Neu-Ruppin überwiesen. In der Nacht vom 3. zum 4. Juli gelang es ihm zu entfliehen und war seitdem verschollen. Mit falschen Legitimationspapieren, auf den Namen Joseph Ebert lautend, arbeitete er in einem Orte unweit Wittstock vom 6. bis 10. d. M. Vor kurzem verübte er in B. einen dreifachen Einbruchdiebstahl, wurde verhaftet und entkam seinem Transporteur wiederum.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft u. durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

== Große Fänge ==

In lebend frischer Ware täglich eintreffend.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

(Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstr. 30 am Moritzplatz. | Madaistr. 22 im Schlesischen Bahnhof, der Kurzen Straße gegenüber. | Landsbergerstr. 52-53 bei der Lützowstraße. | Wilmersdorferstr. 111, am Stuttgarter Platz. | Potsdamerstr. 112a. | Tel.-Amt VI 7100. | Tel. Charlottenbg. 5713.

Wir empfehlen besonders:

Cabliau ohne Kopf 23 Pf.

Seelachs mit Kopf 20 Pf.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

PL pro Pfd. **25** im Ansehnlich

Responsible: Hans Weber, Berlin. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhards Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Wetz & Co., Berlin SW.

WARENHAUS ...



Wilhelm Steine

BERLIN
N.39

... Chausseestr.70-71

Von Sonnabend, den 20. bis Dienstag, den 23. April cr. solange Vorrat.

Damen-Strümpfe

Damen-Strümpfe engl. lang	Paar	22 Pf.
Damen-Strümpfe engl. lang, ohne Naht	Paar	38 Pf.
Damen-Strümpfe engl. lang, verstärkte Ferse u. Spitze	Paar	48 Pf.
Damen-Ringel engl. lang	Paar	45 Pf.
Damen-Strümpfe deutsch gestrickt	Paar	26 Pf.
Damen-Strümpfe deutsch gestrickt	Paar	36 Pf.
Damen-Strümpfe deutsch gestrickt	Paar	45 Pf.

Tricotagen

Herren-Hemden Macco	95 Pf.	1.25	1.50	1.75
Herren-Hosen Macco	90 Pf.	1.20	1.40	1.65
Herren-Hemden Vigogne		1.25	1.50	2.00
Herren-Hosen Vigogne	95 Pf.	1.25	1.75	
Tailen-Tücher	98 Pf.	1.50	1.95	2.50 4.50
Corset-Schoner	9 12 15 18 22 Pf.			
Kinder-Perl-Tricots	85 95 Pf.	1.05	1.15	1.25

Herren-Socken

Schwarze Socken	15 25 36 48 Pf.
Schweiss-Socken	26 38 48 Pf.
Macco-Socken	25 38 50 Pf.
Ringel-Socken	38 48 75 Pf.
Lederfarbige Socken	35 45 Pf.
Flor-Socken	75 95 Pf.

Bunte Kinderstrümpfe

Ringel-Kinder-Strümpfe	Grösse	1	2	3	4	5	6	7	8	9
garantiert waschecht	Preis	30	35	40	45	50	55	60	65	70 Pf.
Kariert. Kinder-Strümpfe	Grösse	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Doppel-Ferse u. Spitze	Preis	70	80	85	90	95	1.05	1.15	1.25	1.35 M.

Schwarze Kinderstrümpfe

Kinder-Strümpfe	Grösse	1	2	3	4	5	6	7	8	9
schwarz, englisch lang	Preis	15	20	25	30	35	40	45	50	55 Pf.
Kinder-Strümpfe schwarz,	Grösse	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Dopp.-Ferse u. Spitze, ohne Naht	Preis	40	45	50	55	60	65	70	75	80 Pf.

Besonders preiswertes Angebot wegen Räumung von Restbeständen

Konserven

	1/2 Dose	1/4 Dose
Stangenspargel Riesen	1.65	—
Stangenspargel extra stark	1.45	0.80
Stangenspargel stark	1.30	0.70
Bruchspargel mit Köpfen, Riesen	—	0.65
Bruchspargel mit Köpfen, extra stark	1.05	—
Bruchspargel mit Köpfen, mittel	0.85	—
Bruchspargel ohne Köpfe, mittel	0.60	0.33

	1/2 Dose	1/4 Dose
Gemischtes Gemüse extra prima	1.05	0.55
Gemischtes Gemüse prima	0.85	0.45
Gemischtes Gemüse Consum-Mischung	0.45	—
Pfefferlinge	0.48	0.31
Kaiserschoten	0.95	0.65
Schoten feinste junge	0.83	0.45
Schoten feine junge	—	0.33
Schoten junge	0.45	0.25

Wein u. Liköre

Frischer Maitrank	1/2 Flasche	65 85 Pf.
Pa.Himbeersaft garantiert rein,	1/2 Flasche	85 Pf.
Chaussee-Stein-Likör	Flasche	90 Pf.
Haushalt-Schokolade	garant. rein Pfund	78 Pf.
Deutscher Kakao	garant. rein Pfund	95 Pf., 1.10
Haushalt-Cakes	Pfund	38 Pf.

Schneidebohnen 1/2 Dose 23 Pf.

Frische Gurken extra gross Stück 42 Pf.

Kolonialwaren

Pflaumen	Pfd.	50 40 30 25 17 Pf.
Gemischt. Backobst	Pfd.	60 40 Pf.
Ringäpfel	Pfund	40 Pf.
Pflaumen, entsteint	Pfund	40 Pf.



Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I
90 1.10 1.30 1.50
Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmacks wegen allseitig bekannt.

Deutsche Maccaroni	1 Pfd.-Paket	33 Pf.
Maccaroni Schwalbe	1 Pfd.-Paket	44 Pf.
Maccaroni v. Knorr	1 Pfd.-Paket	40 Pf.
Maccaronischnitte	1 Pfd.-Paket	38 Pf.

Pa.Apfelsinen Dtzd. 25 35 45 60 Pf.

Citronen Dutzend 30 40 50 Pf.

Fleischwaren

Göttinger Schlackwurst in Blasen	Pfund	1.50	Pomm. Fleischwurst	Pfund	92 Pf.	Pommersche Salami	Pfund	1.10
Göttinger Salami in Blasen	Pfund	1.50	Pomm. Landleberwurst	Pfund	85 Pf.	Zwiebelleberwurst	Pfund	50 Pf.
Westf. Schlackwurst in Felldarm	Pfund	1.50	Braunschweiger Mettwurst	Pfund	92 Pf.	Rotwurst	Pfund	50 Pf.
Harte Holsteiner Salami	Pfund	1.30	Harte Mettwurst	Pfund	78 Pf.	Magerer Speck	Pfund	85 Pf.
Kalbsleberwurst	Pfund	95 Pf.	Pomm. Schlackwurst	Pfund	1.10	Fetter Speck	Pfund	85 Pf.

Cass.Rippespeer Pfund 80 Pf.

Bratenschmalz Pfund 58 Pf.

Im Erfrischungsraum verabfolgen wir 1 Tasse Schokolade mit Sahne u. Kuchen für 10 Pfg.

Denkschrift über das Kartellwesen.

Kohlenkartell.

Der Zweck der Syndikatsbildung war, wie sich das bei allen wirtschaftlichen Ringbildungen von selber versteht, die Preise der Kohle und damit die Rente der Papierbesitzer zu steigern. Dieser Zweck ist vollkommen erreicht worden, denn die Kohlenpreise sind, so heißt es in der Denkschrift, „fast ohne Unterbrechung ständig gestiegen.“ Die Tonne Fettkohle kostete nach den Feststellungen des Kohlenkartells: 1893/94 11 M., der Preis stieg dann auf 12 M., fiel 1896—1899 auf 11,50 M., stieg dann wieder 1900—1903 auf 13 M., fiel nochmals auf 12 M. und erreichte in der Preisfestsetzung pro 1907/08 den höchsten Stand mit 13,50 M. Diese vom Kohlenkartell festgesetzten Preise haben nur für das unbesetzte Gebiet Geltung, so daß der wirkliche Erlös des Syndikats sich etwas niedriger stellt, weil es in dem besetzten Gebiet, der Konkurrenz mit der oberschlesischen oder englischen Kohle wegen, niedrigere Preise macht. Daraus ergibt sich die wirtschaftlich widerwärtige Tatsache, daß im eigentlichen Kohlenrevier, z. B. Dortmund, die Kohlen teurer bezahlt werden müssen, als vielfach in weiter entfernt gelegenen Orten, z. B. Dessau. Von großem Interesse sind zur Beurteilung dieser Tatsache die von den Gasanstalten gezahlten Preise.

Die Gasanstalt Essen zahlte 1880/81 für die Tonne Gas-Kohle frei Gasanstalt im Durchschnitt 6,86 M. und im Jahre 1905 12,75 M. Dessau zahlte im besetzten Gebiet nur 11,62 M. Die gleiche Differenz zeigt sich auch zwischen Hannover und Rannheim. Obgleich die Kohlenfracht aus dem Kohlenrevier nach Rannheim erheblich teurer ist als nach dem näheren Hannover, kostet die Tonne Kohlen frei Verwendungsstelle im letzteren Orte trotzdem 88 Pf. mehr. Bei der Beförderung per Schiff nach Rannheim beträgt die Differenz sogar 1,25 M. Für Rannheim kommt eben nicht nur die Saar-Kohle, sondern infolge der billigen Wasserfracht auch englische Kohle als Konkurrenz für das Kohlenkartell in Betracht.

Im Hinblick auf die riesige Preisentwicklung mußte dem Syndikat sehr daran liegen, die Gewinnungskosten der Kohle recht hoch anzugeben. Natürlich wiesen bei den kontradiktorischen Verhandlungen mit der Regierung die Vertreter der Zechen in erster Linie auf die gestiegenen Löhne und auf die Belastung durch die Arbeiterversicherung hin. Die Steuerlasten, die Materialpreise, die mit den gestiegenen Preisen der Kohle verbunden sind, die strengen Maßnahmen und die größeren Ansprüche der Bergpolizei machten die Preissteigerungen nach Ansicht dieser Herren notwendig. Die Regierung hat sich mit diesen allgemeinen Behauptungen ohne weiteres zufrieden gegeben. Der Verfasser der Denkschrift muß aber wohl das Gefühl gehabt haben, daß man eine Verlagerung der Selbstkosten erwartet hat, denn er entschuldigt diese Unterlassung mit allgemeinen Redensarten von der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Kohlenrevieren, der Qualität der Kohle, der Mächtigkeit des Flözes usw. In einer der Denkschrift beigefügten Tabelle werden die Dividenden von vier Zechen nach dem Kapitalwert berechnet. Und da ergeben sich denn bei der Gesellschaft Arenberg Dividenden bis hinauf zu 80 Proz. Aber wenn das auch eine Ausnahme ist, so steht fest und bedarf keines weiteren Nachweises, daß durch die Syndikatsbildung im Kohlenbergbau das arbeitslose Einkommen der Augenbesitzer ungeheuer gestiegen ist.

Und wie steht es demgegenüber mit den Löhnen der Bergarbeiter? Natürlich sind sie, abgesehen von den gestiegenen, aber nicht im Verhältnis zum Kohlenpreis. Aus Anlage 25 der Denkschrift geht das mit wünschenswerter Deutlichkeit hervor. Der Jahresdurchschnittsverdienst eines Bergarbeiters betrug 1886 772 M. (Schichtlohn 2,58 M.), 1896 betrug der Jahresverdienst 1035 M. (3,29 M. Schichtlohn) und 1905 erreichte der Jahresverdienst 1186 M. (Schichtlohn 4,03 M.). Das bedeutet eine Lohnsteigerung von 56,02 Proz. seit 1886. Und wie steht demgegenüber der Erlös aus der gefördertsten Kohle? Die Preissteigerung betrug 70,01 Proz.

Die Zunahme an Lohn und an Verkaufspreis betrug seit 1886 in dem Bergamtsbezirk Dortmund

Table with 4 columns: Year, Schichtlohn, Verkaufspreis, and percentage increase. Rows for 1890, 1891, 1892, 1893, 1894.

Von jetzt ab fängt das Mitte 1893 gegründete Kohlenkartell an die Preise zu beeinflussen und es zeigt sich folgende Entwicklung:

Table with 4 columns: Year, Schichtlohn, Verkaufspreis, and percentage increase. Rows for 1895, 1896, 1897, 1898, 1899, 1900, 1901.

Jetzt steht die Wirtschaftskrise ein, der Lohn fällt mehr als der Verkaufspreis. Das Plus gegenüber 1886 gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 4 columns: Year, Schichtlohn, Verkaufspreis, and percentage increase. Rows for 1902, 1903, 1904, 1905.

Im oberschlesischen Kohlenrevier liegen die Verhältnisse für die Arbeiter noch ungünstiger. Der Schichtlohn stieg von 1,21 M. im Jahre 1886 auf 3,08 M. im Jahre 1905, der Verkaufspreis hingegen von 8,7 M. auf 7,5 M. Die Lohnsteigerung betrug demnach seit 1886 70,2 Proz., die Preissteigerung hingegen 88,1 Proz. Im Jahre 1901 fiel der Schichtlohn von 3,12 M. im vorhergehenden Jahre auf 3,10 M., während der Preis für die Tonne Kohlen von 7,4 M. auf 8,4 M. stieg; der Lohn war 1901 seit 1886 um 71,3 Proz., der Verkaufspreis um 128,2 Proz. gestiegen. Nicht interessant ist die bei den kontradiktorischen Verhandlungen zutage getretene und auf Seite 86 der Denkschrift wiedergegebene Ansicht der Zechenbarone, daß mit einer gewissen Höhe des Lohnes der Ansporn zu größerer Anspannung in Bezug komme, die Arbeiter also für denselben Geldlohn weniger Arbeit leisten würden.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet erscheinen niedrige Löhne als eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Die Denkschrift registriert auch diese Unerschämtheit der Kohlenproben, ohne den geringsten Versuch zu machen, ihre Unhaltbarkeit nachzuweisen. Hingegen werden die durch das Syndikat festgesetzten hohen Kohlenpreise nach Möglichkeit in Schutz genommen. Heißt es doch u. a.: „Es ist zwar der Vorwurf der Abnehmer verständlich, daß das Syndikat durch Hochhaltung der Preise im Jahre 1901—1902 einseitig und auf Kosten der Verbraucher seinen Zechen hohe Gewinne zu einer Zeit gewährleistet habe, zu der in den abnehmenden Industrien ohne Gewinn oder bereits mit Verlust gearbeitet wurde. Auf der anderen Seite ist jedoch zu berücksichtigen, daß ohne den Grundjahre der Jahrespreise vom Syndikat der aufsteigenden Konjunktur bereits früher durch Erhöhung der Preise Rechnung getragen worden wäre, auch fragt es sich, ob dem Syndikat zugemutet werden konnte, auf die Ausnutzung der Konjunktur zu verzichten.“

Wie unerschämte die Kohlenbarone ohne Rücksicht auf die Kohlenverbrauchende Industrie vorgehen, zeigt folgender Vorfall: Das Kohlenkartell hatte die Lieferungen von Hochsulfid für die Jahre 1898, 1899 und 1900 zum Preise von 14 M. pro Tonne abgeschlossen. Im Herbst 1899 trat nun das Syndikat mit dem Ansuchen an die Abnehmer heran, pro 1900 und 1901 den Preis von 17 M. zu zahlen. Dabei ließ es durchblicken, daß wenn die Abnehmer auf die Lieferung zum Preise von 14 M. pro 1900 bestanden,

das Syndikat 1901 überhaupt nicht mehr liefern werde. Da die Abnehmer mit der Möglichkeit rechnen mußten, vom Syndikat konfiskiert zu werden und pro 1901 überhaupt keinen Kohle zu erhalten, so wurden sie zum Nachgeben gezwungen. Die Denkschrift sagt allerdings, daß diese Vorgänge im Mittelpunkt der kontradiktorischen Verhandlungen gestanden hätten, der Verfasser kommt aber wie fast immer zu einem für das Syndikat günstigen Schluß: Eine eingetretene Schädigung der Industrie erscheint ihm zum mindesten zweifelhaft. Die Wirtschaftskarteile haben von der deutschen Reichsregierung nichts zu fürchten, das ist der Eindruck, den der Unbefangene beim Lesen der Denkschrift empfängt.

Der Konflikt im Hamburger Hafen durch Vergleich beendet.

In diesen Scharen strömten am Freitagmorgen die seit nunmehr sechs Wochen durch brutale Unternehmervillwärl auf Straßenpflaster verworrenen Schauerleute zum Gewerkschaftshause, dessen Kesselraum nebst Gallerie bald Kopf an Kopf von mehreren Tausend Menschen besetzt waren, die bis zum Beginn der Versammlung die Frage erörterten: „Was wird unsere Leitung und zu berichten haben?“ Von Kleinmüt erblickten wir keine Spur, auf allen Gesichtern stand deutlich zu lesen: Zu Heloten lassen wir uns nicht erniedrigen! Eine solche Arbeiterschaft fügt sich in keine Sklavenordnung; dies haben auch die Herren Ballin, Wörmann und Konsorten eingesehen, weshalb sie sich herbeigelassen haben, mit der Organisation ihrer Arbeiter in Verhandlungen einzutreten über die zukünftige Gestaltung der Arbeitsmethode im Hafen. Die Aussperrung haben die Herren im Hafen zu einem Nachkampf im wahren Sinne des Wortes gestaltet, und dieser Kampf hat eine mehr als lokale Bedeutung. In Hamburg thronen die Oberschärpmacher, hier werden sehr oft Wechsellöhne gefordert, die der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands oder doch einem großen Teile derselben zum Verderben gereichen sollen. Daher ist es auch verständlich, daß die Schärpmacherpresse vom Schläge der „Hamb. Nachr.“ noch im letzten Augenblick die Oberschärpmacher noch schärfer zu machen suchten.

Erwartungsvolle Stille trat ein, als der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes, Döring, das Wort zur Berichterstattung ergriff über die gestrigen Verhandlungen mit der Vertretung der Reeder und der sonst in Betracht kommenden Unternehmer. Dem Bericht entnehmen wir, daß über diese Punkte verhandelt wurde:

- 1. Abschiebung der ausländischen Streikbrecher und Einstellung der alten Schauerleute.
2. Regelung und Bezahlung der Nacharbeit.
3. Uebersichtleistung und Ausgabe der Karten.
4. Welche Instanz soll in Zukunft bei Streitigkeiten angerufen werden?

Ueber die Abschiebung der ausländischen Streikbrecher sei recht lange diskutiert worden, doch konnte man sich mit der Zusage einverstanden erklären. Die Reeder seien ängstlich bemüht gewesen, ihr Prestige nach außen hin zu wahren, denn aus den ganzen Verhandlungen habe man herauszuringeln können: Was wird die Presse sagen? Die Reeder erklärten, sie hätten selbst ein Interesse daran, die Ausländer möglichst bald los zu werden. Es befanden sich aber unter den Engländern solche, die einen Kontrakt auf vier Wochen abgeschlossen, der zum Teil am 23. April, zum Teil etwas später abläuft. Es befanden sich 3000 Engländer und 2000 andere Streikbrecher im Hafen. Unter den Engländern befinden sich aber viele, die, wie die Reeder sagten, gleich abgeschoben werden könnten, so daß sofort 1500 eingestellt werden könnten, weitere 1500 würden in den nächsten Tagen auf den noch nicht in Angriff genommenen Schiffen Verwendung finden, während der Rest peu à peu, der Abschiebung der Streikbrecher entsprechend, zur Einstellung gelangen sollte. Mit dieser Regelung könne man sich einverstanden erklären. Die Unternehmer versuchen nun, sich einen festen Stamm von Kontraktarbeitern zu schaffen und lassen den Arbeitern die Wahl, Jahres- oder Monatskontrakte einzugehen oder als freie Arbeiter mit einheitlicher Karte (bisher gab es verschiedene farbige Karten) sich beschäftigen zu lassen. Von den deutschen Streikbrechern haben sich nur etwa 300—350 als Kontraktarbeiter anwenden lassen, eine Zahl, die nicht in Betracht komme. Wer sich ein Kontraktbuch nimmt, der begibt sich seiner Freiheit, während die Karte das Symbol des freien Mannes ist. Ein Unternehmer habe den praktischen Vorschlag gemacht, bei einer glücklichen Lösung der Frage der Nacharbeit sein würde. Danach sollen die Tagelöhner bis 10 Uhr abends, also mit 4 Arbeitsstunden, verlängert werden können, während die Nachschicht 8 Stunden betragen solle, so daß für beide Arbeitsschichten je 8 M. Lohn herauspringen würden, um so zu vermeiden, daß sich viele Schauerleute nur zur Nacharbeit melden. Bezüglich der Regelung der Nacharbeit wurde vereinbart:

„Falls die Verhandlungen mit den übrigen Instanzen nicht bis zum 1. Oktober d. J. zur Einführung der Nachschicht geführt haben, werden die Arbeitgeber in Verhandlungen über anderweitige Regelung der Nacht- und Sonntagsarbeit mit den Arbeitern eintreten.“

Dann haben die Unternehmer auch zugegeben, daß die jetzige Arbeitsvermittlung der Abhilfe bedarf, indem sie erklärten, es müsse eine Art Arbeitsbörse mit heizbaren Aufenthaltsräumen usw. geschaffen werden, doch habe es bisher am Hafen an einem geeigneten Platz gefehlt.

Maßregelungen sollen nicht erfolgen. Zur Regelung von Streitigkeiten solle eine Instanz geschaffen werden, und zwar sollen die Vertretungen beider Parteien in solchen Fällen zusammentreten.

Die Döring zu diesen Abmachungen noch hinzufügte, hat die Amerika-Linie erklärt, sie wolle ihre alten Schauerleute wieder haben, die fremden Arbeiter sollten an den Kais beschäftigt werden. Da die Hamburger Arbeiter sich weigern, mit den Streikbrechern zusammenzuarbeiten, sollen diese auf einem besonderen Schuppen arbeiten.

Am Schluß bemerkte Döring, man solle die Vorschläge nicht zu gering anschlagen, da nur diejenigen Schauerleute zu unterschreiben brauchten, die sich ihrer Freiheit begeben wollen, d. h. Kontraktarbeiter werden wollen. Vor der Aussperrung habe man gesagt: Wir lassen uns auf nichts ein! Jetzt habe man mit unserer Organisation verhandelt und werde auch in Zukunft mit ihr als der Vertretung der Arbeiter verhandeln, was doch ein großer moralischer Erfolg sei.

Fast alle Redner traten für die Annahme der von Döring empfohlenen Vorschläge ein, aber alle wandten sich energisch gegen die Eingehung von Kontrakten. „Wir sind freie Männer und wollen solche bleiben.“

Die Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Die Ausgabe der Arbeitskarten erfolgt Sonnabend, die Wiederaufnahme der Arbeit beginnt am Montag.

17. Generalversammlung des Zimmererverbandes.

Köln, 18. April.

Zu dem Punkte Bauarbeiterschutz erhält das Wort der Sekretär der Zentralkommission für Bauarbeiterschutz, Genosse Deinke. Er führte aus, daß die, wenn auch geringen Fortschritte im Bauarbeiterschutz zeigen, daß eine zielbewusste Arbeiterschaft wohl in Stande ist, etwas zu erreichen, und daß ganz andere Erfolge erzielt werden könnten, wenn sich die Bauarbeiter in noch größerer Zahl hinter die Bestrebungen der Gewerkschaften stellten. Es komme auch zunächst darauf an, daß die erlassenen Schutzbestimmungen auch wirklich durchgeführt und befolgt werden, und da könne die Arbeiterschaft selbst auch

viel tun. Eine wichtige Forderung sei, daß der Bauarbeiterschutz gleichen Schritt halte mit dem Fortschreiten der Technik. Daß Graf Pasadowitz, der vielgepriesene, den Forderungen der Bauarbeiterschaft fernerliegend entgegengekommen wäre, könne man wahrlich nicht sagen. Mehr als schöne Worte habe er bisher nicht gesagt, und auf ein Reichsbauarbeiterschutzgesetz und die Arbeiter-Baukontrollen warte man immer noch. Der Bauarbeiterschutz sei immer noch Landeshexe, was seine Durchführung und insbesondere seinen Ausbau gewaltig aufhalte.

Um zu beweisen, daß man auch technisch und finanziell wirklich durchführbare Forderungen erhebe, habe die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz auf der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg ein Modell aufgestellt, das dem Techniker zeige, wie sich die Arbeiterschaft einen wirklichen Bauarbeiterschutz denke. Von allen Seiten, ausgenommen die baugewerblichen Schärpmacherblätter, sei der Kommission Anerkennung für ihr Modell zuteil geworden. Die Beteiligung an den alljährlichen Erhebungen der Kommission wachse immer mehr, ein Beweis, daß das Interesse für den Bauarbeiterschutz ständig zunehme und daß das Bedürfnis nach vermehrtem Schutz immer gebieterischer zum Ausdruck komme. Und angesichts der furchtbaren hohen Unfallzahlen und der schweren gesundheitlichen Gefahren auf den Bauten habe die Arbeiterschaft mächtig Ursache, mit der größten Entschiedenheit noch mehr Bauarbeiterschutz zu verlangen.

Außerordentlich wichtig sei es, für die denkbar ausgebreitetste Kenntnis der Bauarbeiterschutzbestimmungen in den Kreisen der Arbeiter zu sorgen, und daß den Vertrauensleuten die Vorschriften vollkommen geläufig sind. In dieser Richtung müsse besonders durch Vorträge gewirkt werden. Durch ministerielle Verordnung sei den Gemeinden die Pflicht der baupolizeilichen Ueberwachung der gesetzlichen Vorschriften auferlegt, und die Regierungsbehörden hätten darüber ans Ministerium zu berichten. So also eine Gemeinde auf dem baupolizeilichen Gebiete ihre Pflicht nicht tue, müsse von der Arbeiterschaft an den Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten oder das Ministerium Beschwerde gerichtet werden.

Die Träger des Bauarbeiterschutzes, die Berufsvereinigungen, hätten unter dem Druck der Arbeiterforderungen und angesichts des „Gespenstes“ der Arbeiterkontrollen, die für einen Unternehmer das schrecklichste sind, die Zahl der technischen Aufsichtsberechtigten ein wenig vermehrt, und durch die Vermählungen sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sei es dazu gekommen, daß die Jahresberichte dieser Beamten im Druck erscheinen und im Buchhandel zu haben sind. Den Beamten sei angesichts ihrer schwierigen Stellung gegenüber den unternehmerischen Vorständen der Bauberufsvereinigungen der gute Wille nicht abzusprechen, aber ihre Zahl sei bei weitem zu gering. Die Bauarbeiterschaft verlange einen von Grund aus anderen Schutz, eine ganz andere, immerwährende Ueberwachung der Bauten. Es sei auch nötig, daß bei der Strafverfolgung der Bauunfälle nicht nur Unternehmer, sondern auch Arbeiter als Sachverständige herangezogen würden. Diese Forderung müsse insbesondere angesichts der bevorstehenden strafrechtlichen Reformen mit allem Nachdruck erhoben werden.

Die Zentralkommission beabsichtige auch, ähnlich dem Hochbaumodell ein solches für den Tiefbau herzustellen. In dem Tiefbau seien die Gefahren besonders groß für die Arbeiter, und sie würden erhöht durch die produktivsten Arbeiter, die von dem Unternehmer hier in solchen Klassen herangezogen werden. Und für die mehr als 16 000 Betriebsstätten in Deutschland seien nur acht Aufsichtsbeamte angestellt.

Zum Schluß weist der Redner darauf hin, daß nur durch die eigene Kraft der organisierten Arbeiterschaft, durch enghen Zusammenschluß aller Arbeiter in ihren Gewerkschaften Fortschritte auch auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes und menschenwürdige Zustände erkämpft werden können. (Beifall.)

Eine Diskussion über den Gegenstand findet nicht statt.

Sodann tritt eine Generaldebatte über die zum Statut vorliegenden Anträge ein, um der Statutenberathungskommission zunächst mal eine Grundlage für ihre Arbeiten zu schaffen. Wir kommen auf die Statutenberathung zurück, wenn der Verbandstag endgültig über die Anträge beschließt.

Es folgt das Referat des Hauptvorsitzenden Schrader über

Unsere Lohnbewegungen.

Der Redner führt u. a. aus: Im Jahre 1905 hat unser Zentralverband durch Lohnbewegungen in 376 Zahlstellen mit 33 694 Mitgliedern die Stundenlöhne um 1—7½ Pf. erhöht, im Jahre 1906 in 467 Zahlstellen mit 43 220 Mitgliedern um 1—10 Pf. Ferner hat er erreicht, daß 1905 die Arbeitszeit in 79 Zahlstellen mit 4796 Mitgliedern um ¼ bis 1 Stunde verlängert wurde, und zwar für 100 Mitglieder um ¼, für 3756 um ½ und für 931 um 1 Stunde. Im folgenden Jahre wurde die Arbeitszeit verlängert in 95 Zahlstellen mit 6532 Mitgliedern, und zwar für 32 Mitglieder um ¼, für 5380 um ½ und für 1120 um 1 Stunde. Aber es gibt noch 30 240 Mitglieder mit einer Arbeitszeit von 10 Stunden und noch 4044 mit einer solchen von mehr als 10 Stunden; ferner gibt es noch 53 Zahlstellen mit 1191 Mitgliedern, wo Löhne von 25—30 Pf. die Stunde gezahlt werden; und es sind in unserer Statistik sogar noch Löhne von 22, 21 und 20 Pf. ermittelt worden. Das offensichtliche traurige Zustände, und auf ihre Beseitigung muß mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft hingewirkt werden. Doch solche Zustände noch möglich sind, ist nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derjenigen, die sich in den rückständigen Gebieten unserem Verbands noch nicht angeschlossen haben.

Der Zimmererverband mußte in den fünf Jahren von 1901 bis 1901 für Streiks die Summe von 436 812 M. ausgeben, in den letzten fünf Jahren 1902—1906 aber die Summe von 1 453 926 M. Das ist eine Mehrausgabe um 1 017 114 M. gegen die ersten fünf Jahre. Es kommt das daher, daß infolge der geänderten Taktik des Unternehmertums die Kämpfe viel heftiger und langwieriger geworden sind.

Nach dem Bericht der auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Deutschland, abgehalten vom 18. bis 19. Februar 1907 in Köln, gegeben wurde, hat dieser Unternehmerverband 200 Ortsverbände und 80 selbständige Ortsverbände mit insgesamt 14 000 Mitgliedern gegen 8465 Mitglieder im Jahre 1905. Die Taktik des deutschen Zimmererverbandes ist die nämlich wie die des Bauarbeiterverbandes. Ihre Taktik geht dahin, die Arbeiter in Streiks zu treiben, zu provozieren, in einer Zeit, die für die Arbeiter ungünstig, für die Unternehmer aber vorteilhaft ist. Sie suchen auch vielfach den Beginn eines geplanten Streiks hinauszuschieben. Es ist ein Gebot der Klugheit, daß die Arbeiter niemals vorher einen Termin für den Streik bestimmen, weil sonst die Unternehmer sich darauf einrichten und ihre dringendsten Arbeiten fertigstellen können. Es kommt auch vielfach vor, daß die Unternehmer, wenn die Arbeiter Forderungen stellen, nun ihrerseits einen Tarif anfertigen und dann ohne jede Verhandlung von den Arbeitern fordern, daß sie diesen Tarif bis zu einem bestimmten Tage anerkennen, anderenfalls sei dann die Arbeitspläne schließen. Nach allen diesen Gepflogenheiten der organisierten Unternehmer müssen die Arbeiter ihre Vorkehrungen treffen und ihre Maßnahmen einrichten.

Es ist bekannt, daß die Unternehmer seit langen bestrebt sind, alle Tarifverträge am 31. März kommenden Jahres ablaufen zu lassen, und wenn die Unternehmer auch erklären, daß sie keine bösen Absichten dabei haben, so hat doch die Erfahrung gelehrt, daß man den Unternehmern nicht weiter glauben darf, als man selber sieht. Es geht die Taktik des Unternehmertums dahin, die Arbeiter mit einem Male über ein möglichst großes Gebiet auszusperrten, um auf diese Weise die Organisationen, wenn auch nicht zu vernichten, auf Jahre hinaus zu schwächen und lahmzulegen. Die Arbeiter müssen damit

Wissen, daß das Unternehmertum im nächsten Jahre einen großen Schlag unternehmen will. Wenn man den Schlag nicht abwärt, ist es gut, es wäre aber ein Fehler unvorbereitet zu sein. Wenn die Arbeiter sich nicht auf den Kampf einrichten würde. Wenn der Kampf kommt, muß er die Zimmerer Deutschlands in geschlossener Reihe vorfinden und sie müssen bereit sein, für ihre Sache und ihre Organisation Opfer auf sich zu nehmen.

Der Redner wendet sich dann im einzelnen gegen die planlosen Streiks, mit denen endlich aufgeräumt werden müsse, und gegen den großen Fehler, einen Streik auch dann noch weiter zu führen, wenn er aussichtslos geworden ist. Gerade durch das letztere werde die Bewegung an den betreffenden Orten auf Jahre zurückgeworfen, während ein rechtzeitig abgebrochener Streik des öfteren im folgenden Jahre die Bewilligung der Forderungen ohne Kampf gebracht habe, weil das Unternehmertum sich einer ungeschwächten Organisation gegenüber sah.

Zum Schluß begründete Schrader eine ausführliche, vom Verbandsauschuß und Zentralvorstand unterbreitete Resolution.

In der Diskussion stellten sich sämtliche Redner auf den Boden dieser Resolution, und sie wird schließlich einstimmig angenommen. Wir ziehen aus ihr das folgende heraus:

1. Die wirtschaftliche Lage der Zimmerer ist keineswegs als befriedigend zu betrachten, sondern ist derart, daß sie unter allen Umständen verbessert werden muß.

2. Ganz besonders ist auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hinzuwirken, und es sollen vor allen Dingen jene Orte in erster Linie berücksichtigt werden, wo die Arbeitszeit länger als 10 Stunden dauert.

3. Um die geplanten Maßnahmen der Unternehmer in gebührender Weise zurückzuweisen und für die wirtschaftliche Verbesserung der Zimmerer einzutreten zu können, verpflichten sich alle Delegierten, für die weitere Entwicklung und Erhaltung des Zentralverbandes der Zimmerer mit ihrer ganzen Kraft einzutreten.

4. Sobald es sich zeigt, daß die Unternehmer den Versuch zur Vernichtung der Organisation oder zu einer größeren Ausweitung machen, soll der Zentralvorstand sofort von dem im § 14 des Streikreglements gegebenen Rechte in ausgiebigster und unbeschränkter Weise Gebrauch machen.

Zur besonderen Beachtung der Lohnbewegungen bestimmt die Resolution u. a. weiter: Es sollen alle Mittel versucht werden, gestellte Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Bevor ein Kampf zu ihrer Durchführung inszeniert wird, bevor der Beschluß gefaßt wird, in einen Kampf einzutreten, ist das Gutachten bzw. der Rat des Zentralvorstandes einzuholen. Kämpfe, die veranstaltet werden, ohne dem Zentralvorstand vorher Gelegenheit gegeben zu haben, sich darüber zu äußern, verwickeln das Recht der Unterstützung seitens der Verbandshauptkasse.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenwahlrecht und politisches Vereinsrecht.

In einer Wahlnummer der Wiener „Arbeiterinnen-Zg.“ schreibt Th. Schelling u. a.:

Die Arbeiterfrau hat mitgeholfen und mitgekämpft, um den Männern ihrer Klasse das gleiche Wahlrecht zu erringen, aber sie selbst ist rechtlos geblieben gleich dem Kinde, dem Verbrecher und dem Schwachsinnigen. Nicht nur, daß ihr auch weiterhin das Wahlrecht verweigert ist, das die Männer endlich besitzen, sie darf nicht einmal einem politischen Vereine angehören. Schon dadurch würde sie eine Selbstständigkeit beweisen, die unvereinbar ist mit der Sklavensstellung, die Staat und Gesellschaft ihr heute noch anweisen.

Was aber können wir tun, um zu erreichen, daß das neue Parlament, dessen Mitglieder am 14. Mai gewählt werden sollen, so beschaffen sei, daß es den Forderungen der Frauen Rechnung trägt?

Wir müssen alles daransetzen, daß in diesem Parlament Männer gewählt werden, welche die volle Gleichberechtigung der Frauen anerkennen und bereit sind, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß den Frauen sowohl das gleiche Vereinsrecht als auch das gleiche Wahlrecht wie den Männern zuteil werde.

Diese Forderung aber wird einzig und allein von den Vertretern der Sozialdemokratie erhoben und wird durch sie allein durchgesetzt werden, und je mehr sozialdemokratische Abgeordnete in das neue Parlament gelangen, um so früher dürfen wir die Erringung der politischen Frauenrechte erwarten.

Wohl haben sich bei verschiedenen Anlässen auch Vertreter bürgerlicher Parteien für das Frauenwahlrecht ausgesprochen, aber sie fordern es immer nur als ein Recht der wohlhabenden oder wenigstens der besserstehenden Frauen und wollen die Arbeiterinnen davon ausgeschlossen sehen. Sie hegen immer nur die völkerverhättnisvolle Absicht, das gleiche Wahlrecht aller Männer dadurch zu verderben und wirkungslos zu machen, daß sie die Uebermacht der Besitzenden durch Heranziehung der bürgerlichen Frauen wieder herstellen wollen.

Ein Sieg der Frauen.

Seit Jahren bemühen sich die Lehrerinnen im Staate New York, mit den Lehrern in der Gehaltsfrage gleichgestellt zu werden. Der Staatssenat hat nun in den letzten Tagen mit allen gegen eine Stimme ein Gesetz angenommen, nach welchem männlichen wie weiblichen Lehrern das gleiche Gehalt zu zahlen ist. Es wird bestimmt, daß keine Lehrerin weniger als 3000 M. pro Jahr erhalten soll. Die Erhöhung der Gehälter für Lehrkräfte in New York wird dadurch etwa 20 Millionen Mark betragen. Das Gesetz wird zweifellos in Kraft treten. Das Beispiel von New York wird seine Wirkung auf die übrigen Staaten nicht verfehlen, denn überall sind die Lehrerinnen mit einer Forderung hervorgetreten, das gleiche Gehalt wie die Lehrer zu erhalten. Lehrerinnen sind in den amerikanischen Schulen sehr zahlreich angestellt, fast durchweg in allen Schulen für die unteren Klassen, während für die höheren Klassen gewöhnlich Lehrer bevorzugt werden. In der Stadt New York erhalten 11 000 Lehrerinnen durch das neue Gesetz eine Gehaltserhöhung.

Ihr dürft nicht fehlen!

Ihr Frauen und Mädchen in erster Linie sollt dem Raifeste der Arbeit beizutreten.

Euch vor allem geziemt es, eine bessere Zukunft gebieterisch zu fordern, weil Ihr am schwersten bedrückt werdet.

Der faule, zahlungsunfähige Bürger freilich, dessen vergoldete Existenz in Eurem Elend seine feste Grundlage findet, höhnt Euch, wenn Ihr gemeinsam mit den Männern eine Regelung der Arbeitsverhältnisse heischt, und straft Euch dazu, wo er's vermag.

„Die Frau gehört ins Haus!“ sagen dieselben Leute, die Hunderte von Frauen und Mädchen in den Fabriken gegen Hungerlöhne fronen lassen und als Konkurrenz gegen den „begehrlichen“ Mann benutzen.

Wir wissen, daß heute die Frau mehr und mehr dem Hause entfremdet wird, und daß diese ihre Verbannung aus dem Heim nur ein Glied in der Kette der wirtschaftlichen Umwälzungen ist, die dem ganzen Gesellschaftsgebäude in recht kurzer Zeit ein völlig verändertes Aussehen geben hat.

Heute finden wir die Frau schon überall. Sie sitzt beim Kaufmann und Rechtsanwalt am Altentische, am Geschäftstische und an der Schreibmaschine; sie „verbindet“ uns, wenn wir telefonieren möchten, und verkauft uns am Postschalter die Wertgegenstände; sie steht in allen Läden hinter den Verkaufstischen; sie fertigt in den Fabriken nicht nur Kleidungsstücke aller Art, Hüte und künstliche Blumen, Schuhe und Stiefel aus Leder und aus Gummi, sondern sie steht auch an der Stanzmaschine, welche die Wickschachteln, Teedosen usw. preßt; sie sortiert Lumpen und Federn; sie schneidet und färbt Leder; sie hilft Margarine und Schokolade fertigen und verpacken; sie hilft weben und spinnen; sie trägt ihre Gesundheit in den Gemüts-, Fleis- und Nischtonfabriken zu Markte;

ja sie schleppt sogar Körner und Steine zu den Maurern auf die Gerüste hinauf. Es gibt bald keine Arbeit mehr, die zu verrichten die Frau nicht „gut genug“ befunden würde.

Wir sehen dies Schauspiel, dessen Entwicklung wir weder verurteilen noch aufhalten können, wir kennen seine Folgen für die Lohnverhältnisse, für das Familienleben, wir wissen, daß alles, was bisher geschah, den ärgsten Nischständen abzuhelfen, eitel Klüß- und Stücker war, wie die schönen Wohlwollensreden gewisser Frauenfreunde eitel Schaumbläsereien sind.

Wir sind nicht gewillt, dies Elend und dies Unrecht stumm zu ertragen, noch es bereuigen zu lassen.

Am 1. Mai fordern wir gebieterisch von der Gesetzgebung eine Regelung der menschlichen Arbeitszeit, und vor allem auch der Frauenarbeit, welche dem Arbeiter endlich im bescheidenen Maße das gibt, was ihm heute allen Schönschmeckereien zum Trotz verjagt ist: ein Familienleben, das diesen Namen wirklich verdient.

Wir wissen aber, was zu erwarten ist von denen, die leider über unsere Geschicke zu entscheiden haben, deshalb rufen wir am 1. Mai, und gerade an diesem Tage, die Arbeiter und Arbeiterinnen zur selbständigen Tat auf. Und diese Tat heißt Organisation!

Mann und Weib haben das gemeinsame Interesse, das fluchwürdige System, unter dem sie beide, samt ihren Kindern leiden, in geschlossenen Reihen zu bekämpfen.

Die Befreiung der Arbeit vom Joche der kapitalistischen Ausbeutung wird auch die Frage der Frauenarbeit zur Lösung bringen. Und so gilt heute wie allezeit den Frauen und Mädchen unser Ruf: Ihr dürft nicht fehlen! Am 1. Mai wie zu aller Zeit! Hinein in die Reihen des kämpfenden Proletariats!

Es gilt nicht nur zu demonstrieren für Verkürzung der Arbeitszeit, sondern es gilt auch, gegen den völkerverwundenden, kulturfeindlichen Militarismus zu Felde zu ziehen und für den Völkerverfrieden zu demonstrieren.

Gerichts-Zeitung.

Der Zeitungshändler als Obergensvor.

Das Zellbieten einer Druckschrift, die in sittlicher Beziehung Aergernis zu erregen geeignet ist, wurde dem Verkäufer Straßenhändler Heideborn in einem Strafprozeß vorgeworfen, der gegen ihn auf Grund der §§ 42a, 56 Nummer 12 und 148 der Gewerbeordnung angestrengt worden war. Er hatte die Nummer 27 der „Zeit am Montag“ feilgeboten. Diese enthielt in ihrer Beilage eine Erzählung „Lorenzos Geirat“. An ihr hatten Polizei und Staatsanwaltschaft „in sittlicher Beziehung Aergernis“ genommen. Das Landgericht I als Berufungsinstanz sprach aber den Angeklagten frei. Es lehnte sich in seiner Begründung im wesentlichen an die Ausführungen eines Urteils des Landgerichts Frankfurt a. D. an, durch das der Redakteur Schmidt von der „Zeit am Montag“ freigesprochen worden war. Es handelte sich damals um dieselbe Erzählung, aber um eine Anklage wegen Uebertretung des § 184 Nr. 1 des Strafgesetzbuchs, wo es heißt: „Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis 1000 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen feilhält, verkauft, verteilt an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt oder sonst verbreitet, sie zum Zwecke der Verbreitung herstellt oder zu demselben Zweck vorrätig hält, ankündigt oder anpreist“. Jenes Frankfurter Urteil ist rechtskräftig. — Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob am Montag das Kammergericht in Sachen Heideborn die Vorentscheidung auf und wies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Die Strafkammer begehe den Irrtum, den § 184 des Strafgesetzbuchs mit dem § 56 der Gewerbeordnung zu konfrontieren. Sie sage gleichsam: Die Erzählung sei, wie schon Frankfurt festgestellt habe, nicht unzüchtig (§ 184 St.-G.). Deswegen sei sie nicht geeignet, in sittlicher Beziehung Aergernis zu geben (§ 56 St.-G.). Jene beiden Rechtsbegriffe seien aber durchaus nicht vergleichbar, sie bedeuteten etwas ganz Verschiedenes. Deshalb müsse das Landgericht sich nochmal mit der Sache befassen.

Das kammergerichtliche Urteil gefährdet auf das Lebhafte die Pressefreiheit. Denn nach diesem Urteil soll ja gar die Verbreitung eines literaturerzeugnisses, dessen Straflosigkeit rechtskräftig durch das Gericht anerkannt ist, strafbar sein können.

Hallerer Polizeikommissar

Beschäftigten gestern das Charlottenburger Schöffengericht. Angeklagt war der frühere Polizeikommissar, Leutnant der Reserve Alfred Kriebel aus Halle. Er ist beschuldigt, im Jahre 1906 dem Hauptmann a. D., Polizeikommissar v. Dossow in Halle vorgeworfen zu haben, dieser sei dem Branddirektor, früheren Leutnant Michel bei seiner Flucht nach der Schweiz behilflich gewesen. Michel war, nachdem er Unterschlagungen begangen hatte, verschunden. Ferner hat Kriebel dem v. Dossow vorgeworfen, dieser habe ein Paar dem Magistrat der Stadt Halle gehöriger Lachstiefel unterschlagen. Die Lachstiefel waren zum damaligen Kaiserbesuch angeschafft worden. Kriebel hatte seine Erfahrungen in Halle a. S. einem Ingenieur Meyer in Charlottenburg mitgeteilt. Dieser hatte jene Mittelungen, nachdem er sich mit Kriebel überworfen hatte, dem v. Dossow hinterbracht. Den Vorwurf, v. Dossow habe jene Lachstiefel unterschlagen, hält Kriebel aufrecht. Er behauptet, er habe in früheren Prozessen hierüber schon wiederholt den Wahheitsbeweis angeboten. Er tue dies auch heute. Der Prozeß, in den noch andere Standesgeschichten hineinspielen, wurde behufs weiterer Beweishebung vertagt. Es sollen ein Schuhmachermeister, mehrere Polizeibeamte und eine Reihe Personen aus sogenannten besseren Kreisen im nächsten Termin als Zeugen gehört werden.

Ein Anarchistenprozeß.

Am Donnerstag hatten die Arbeiter Alfred Ungerath und Paul Krause sich gegen die Anklage vor der 2. Strafkammer des Bremer Landgerichts zu verteidigen, verschiedene Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewaltthaten aufgereizt zu haben und zwar durch Verbreitung von Schriften, von deren Inhalt sie gewußt haben, daß sie erdichtete und entstellte Tatsachen enthielten; Vergehen gegen §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs. Die Angeklagten wurden von dem Rechtsanwalt Dr. Herz verteidigt. Aus der Verhandlung ergibt sich: Der Angeklagte Krause nahm am 22. Februar dieses Jahres die regelmäßige für Bremerhaven bestimmte Sendung des anarchischen Publikationsorgans „Der freie Arbeiter“ in Empfang und gab einen Teil der Sendung seinem Mitangeklagten. Diese Nummer 8 des bezeichneten Blattes war in Berlin wegen ihres antimilitaristischen Inhalts beschlagnahmt worden. Am Morgen des 23. Februar verhaftete die Bremerhavener Polizei in der Dörberge „zur neuen Welt“ den Angeklagten Ungerath, weil sie ihn im Besitz von 64 Exemplaren des anarchischen Blattes gefunden hatte. Ob der Verhaftete von diesen Blättern welche verbreitet hatte, kann weder der Kriminalbeamte noch ein anderer Zeuge behaupten. Ebenso wenig kann dem Angeklagten Krause die Verbreitung der beschlagnahmten Blätter nachgewiesen werden, ab-

gesehen von dem Teil der Sendung, den er an Ungerath veräußerte. Der Staatsanwalt hielt die Anklage dennoch für erwiesen und beantragte für jeden Beschuldigten eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Der Verteidiger ferngezeichnet in seinem Plaidoyer die Auffassung des deutschen Spielbürgers vom Anarchismus, zerstückte im einzelnen die Ausführungen des Staatsanwalts und beantragte die Freisprechung für seine Klienten. Das Urteil lautete auf Freisprechung.

Die Polizei als Herrin des Versammlungslebens.

In Gudenberg hatten sich die Interessenten des in der Bildung begriffenen Konsumvereins in einem Lokal zusammengefunden, um einen Vortrag der Genossin Steinberg aus Hamburg über: „Praktische Ideale im Kampfe um das Leben“, zu hören. Zu der bei der Polizei nicht angemeldeten Versammlung war vom Bürgermeister des Städtchens ein Gendarm mit dem Auftrag entsandt worden, die Versammlung aufzulösen, wenn öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten. Als der Gendarm eine solche Erörterung in dem Vortrage entbedt zu haben glaubte, ließ er auf und erludte die Anwesenden zum Weggehen. Viele blieben und folgten erst einer weiteren Aufforderung. 32 Personen (Mann und Genossen), darunter Genossin Steinberg, wurden auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes angeklagt und zwar wegen Uebertretung des § 6, welcher lautet: „Sobald ein Abgeordneter der Polizei die Versammlung für aufgelöst erklärt, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Diese Erklärung kann nötigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden.“

Das Landgericht Kassel als Berufungsinstanz sprach jedoch sämtliche Angeklagte frei. Der Gedankengang seines sehr ausführlich begründeten Urteils war kurz folgender: Die Entscheidung hängt davon ab, ob ein gesetzlicher Grund zur Auflösung vorhanden gewesen sei. In Frage kommen könnte hier nur die Vorschrift des § 6 des Gesetzes, wonach die Polizeibehörde befugt wäre, jede Versammlung aufzulösen, die zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen solle und nicht gemäß § 1 des Gesetzes polizeilich gemeldet sei oder bezüglich deren die polizeiliche Genehmigung ihrer Anmeldung gemäß § 1 nicht vorgelegt werden könne. Voraussetzung der Bestrafung der Angeklagten wäre also die Feststellung, daß in der Versammlung öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert oder beraten werden sollen. Das sei aber zu verneinen. Ihre in voraus bestimmter Zweck gewesen, die Interessenten des schon in der Gründung begriffenen, nur noch nicht eingetragenen Konsumvereins Gudenberg über die zweckmäßigste Einrichtung des Betriebes zu belehren. Soweit das Referat möglich war, habe es sich in der Hauptsache auch daran gehalten. Darin liege aber keine Erörterung oder Beratung öffentlicher Angelegenheiten.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Kammergericht am Montag dieses Urteils auf und verwies die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht zurück, indem es ausführte: Bei der Anwendung der §§ 6 und 15 des Vereinsgesetzes komme es gar nicht darauf an, ob die Auflösung mit Recht erfolgt sei. Die Anwesenden müßten nach der Absicht des Gesetzgebers auf jeden Fall den Raum verlassen, und zwar augenblicklich. Es sei unbenötigt, daß die Auflösung der Versammlung maßgebend sein sollte. Es könne nach § 6 ja auch mit Waffengewalt die Auflösungserklärung nötigenfalls durchgesetzt werden. Man wolle verüchten, daß es zu Zusammenstößen komme, indem man meine: „Zunächst wird pariert, das weitere wird sich finden; es kann Beschwerde erhoben werden usw.“ — Auch andere Rechtsinstanzen enthalten die Vorentscheidung. Es werde z. B. eine Versammlung zu einer anmeldspflichtigen, wenn im Laufe der Verhandlung ohne vorherige Absicht öffentliche Angelegenheiten erörtert würden, und es komme auch nicht darauf an, was der „Hauptzweck“ sei.

Zwei Anklagen wegen Verbrechens im Amte

Beschäftigten kurz hinter einander die Schwurgerichte an den Landgerichten II und III.

In dem ersten Falle handelte es sich um Unterschlagungen des Telegraphenbetrieblers Gottfried Stallnecht. Der Angeklagte, der seit neun Jahren im Postdienst tätig ist, wurde im März v. J. zum Führer der Hauptkasse im Fernsprechem VI in der Körnerstraße bestellt und verwaltete diese Kasse bis zum 5. Dezember 1906. Er wurde beschuldigt, in 19 Fällen Geldbeträge, die er als Kassensführer empfangen und zu verwahren hatte, im Gesamtbetrag von über 1300 M. sich rechtswidrig zueigeneigt und zur Verbedung dieser Unterschlagungen die Bücher unrichtig geführt, Fälschungen in den Büchern durch Veränderung von Zahlen, Notizen und Herausreißen eines Blattes vorgenommen und unrichtige Abschlässe aus den Büchern vorgelegt zu haben. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig, bestritt aber, daß er sich die Gelder angeeignet habe, um sich selbst persönliche Vorteile zu verschaffen. Er sei als ein mit dem Kassenswesen ganz unbedarfter Mensch plötzlich mit der Leitung der Kassengeschäfte in dem sehr großen Telephonamt VI betraut worden, wo er schon am ersten Tage einen ganz gewaltigen Kassendatrag zu übernehmen hatte. Die Sache sei ihm über den Kopf gewachsen, es hätten sich Unstimmigkeiten in der Kasse ergeben und da sein Gehalt nicht ausreichte, um diese zu begleichen, habe er die verschiedenen Manipulationen vorgenommen, die nun zur Anklage geführt haben.

Das Urteil lautete, unter Annahme mildernder Umstände, auf ein Jahr Gefängnis, wovon drei Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen.

Vor dem Schwurgericht Berlin III stand der Vollziehungsbeamte Paul Wiedebach aus Spandau unter der Anklage der Amtsentziehung in zwei Fällen und der Urkundenfälschung gleichfalls in zwei Fällen. Der Angeklagte war seit dem März 1894 als Vollziehungsbeamter der Stadt Spandau angestellt. Er soll 1140 M. Umsatzsteuer und 587 M. Prämien der Rordöstlichen Bauwerks-Vereinsgenossenschaft nebst Gebühren und Porto eingezogen, aber nicht abgeliefert, die zur Kontrolle der Einnahmen bestimmten Bücher unrichtig geführt und in Urkunden wahrheitswidrige Behauptungen aufgestellt haben. Er hat die Summe in Teilbeträgen der Kasse wieder zugeführt. Zwei medizinische Sachverständige begutachteten, daß der Angeklagte an Arterienverkalkung und starker Neurosen leide. — Die Geschworenen verneinten in diesem Falle die Schuldfragen, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

Der Diebstahl am Posthalter.

Der Spigbube, der am 30. März an dem Schalter des Postamts in der Taubenstraße einem Kaufmannslehrling 800 M. gestohlen hatte, wurde gestern dem Schöffengericht Berlin-Mitte als der 30 Jahre alte Kellner Walter Rahme aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Als am 30. März der Lehrling eines kaufmännischen Geschäftes, der beauftragt war, drei Hundertmarkscheine auf dem Postamt in der Taubenstraße einzuzahlen, diese drei Scheine auf das Schalterbrett legen wollte, rief ihm der hinter ihm stehende Angeklagte die Scheine blüßschnell aus der Hand und ließ davon. Es entwickelte sich hinter ihm eine wilde Jagd, an der sich nach und nach immer mehr Personen beteiligten. Der Angeklagte suchte die Straßensperren dadurch irre zu führen, daß auch er sich als „Verfolger“ gerierte und kräftig murrte: „Halte ihn!“ Er wurde schließlich in der Kanonenstraße festgenommen und der Polizei übergeben. Vor Gericht erklärte er, daß er die Tat in einer verzweifeltten Stimmung begangen. Nachdem er infolge Krankheits seine letzte Stellung in einem hiesigen Wein-geschäft verloren, sei er gänzlich mittellos geworden und habe infolgedessen auch keine neue Stellung erlangen können, weil er nicht das nötige Geld gehabt habe, um eine Stellenvermittlung in Anspruch zu nehmen. Er habe sich an einen gutsitulierten Onkel um Unterstützung gewendet, diese sei ihm aber abgelehnt worden, und so sei ihm denn der unglückliche Gedanke gekommen, einen solchen Diebstahl vor einem Posthalter auszuführen. Das Gericht erkannte auf sechs Wochen Gefängnis unter

Arrechnung von zwei Wochen Untersuchungshaft und Beschloß, den Angeklagten auf die Liste derjenigen zu setzen, denen bei guter Führung Erlaß der Strafe in Aussicht gestellt werden kann.

Unverfroren.

Der Unternehmer Strahe hatte einen bei ihm beschäftigten Maurer erst vier Wochen nach dem Arbeitsantritt der Ortskrankenkasse gemeldet.

Dafür war er in eine Geldstrafe von drei Mark genommen worden. Dem Herrn war dies aber zu hoch und legte er Einspruch dagegen ein. Zum gestrigen Termin war er nicht erschienen. Der Krankenassenbeamte Simanowski legte den Sachverhalt aus dem Alten klar. Das Gericht bezeichnete es als eine Unverfrorenheit, bei diesem Sachverhalt gegen eine so geringe Strafe Einspruch zu erheben. Die Strafe wurde auf 6 M. erhöht.

Vorsicht vor Kautionschwindelern!

Wegen Betruges und Kautionschwindel hatte sich der Kaufmann Jersch gestern vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte ist bereits mit 1 1/2 Jahren Gefängnis bestraft, weil er mehrere Personen um Kautionen in beträchtlicher Höhe betrogen hatte. Nach Verlesung seiner Strafe hatte er einen Botterverein im großen Maßstabe zu gründen versucht und dafür Kaffier, Buchhalter usw. gesucht. Ein Herr Koops fiel auf die Kessame herein und übergab dem Angeklagten zweitausend Mark. Es wurde ihm ein Brief ausgehändigt, wonach ohne sein Wissen das Geld, welches angeblich sicher gestellt war, nicht verwendet werden durfte. Er erhielt aber von dem Geld nur wenig zurück.

Das Gericht verurteilte ihn zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust. Wegen der Höhe der Strafe wurde die sofortige Verhaftung des Angeklagten beschlossen.

Sieg der Konfessionskirche über Vordellbetriebe.

Zu einem interessanten Rechtsstreit kam es zwischen der Konfessionskirche zu Mannheim und verschiedenen Hausbesitzern in der Gutemannstraße, die in mehreren Grundstücken dieser Straße Vordellbetriebe inne haben. Die Konfessionskirche besitzt verschiedene Gartengrundstücke in der Nähe. Das Zentralbureau der Konfessionskirche klagt gegen die betreffenden Grundstücksbesitzer auf Einstellung des Vordellbetriebes. Zur Begründung der Klage macht sie Schädigung des Wertes der Grundstücke geltend und stützt sich außerdem auf § 826 B. G. B. (Verstoß gegen die guten Sitten).

Das Landgericht Mannheim und das Oberlandesgericht Karlsruhe erkannten die Klage als gerechtfertigt an und verurteilten die Beklagten zur Einstellung des genannten Betriebes. Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil hatten die Beklagten Revision eingelegt. In der mündlichen Verhandlung wurde von dem beklagten Rechtsanwalt geltend gemacht, daß das Oberlandesgericht zu Unrecht einen Beweisantrag übergegangen habe, wonach der Klägerin von den Beklagten für ihre Grundstücke dreimal mehr geboten worden sei, als wie die Klägerin selbst für die Grundstücke bezahlt habe. Demnach sei ein Schaden nicht entstanden.

Der 5. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte auf Zurückweisung der Revision. Er führte aus, die Ueberzeugung eines Beweisantrages hätte nur Erfolg haben können, wenn die Klage bereits in der schriftlichen Revisionsbegründung vorgebracht worden wäre, was aber nicht geschehen sei.

Vordellbetrieb ist nach dem Strafgesetzbuch strafbar — wie ist es möglich, daß auf Einstellung eines solchen erst geflagt werden muß?

Versammlungen.

Die Speicherearbeiter versammelten sich am Mittwoch im „Englischen Garten“, um den Bericht über den letzten Streik entgegenzunehmen. Die im „Vortwärts“ bereits bekannt gemacht, ist von den fünf in Betracht kommenden Speichern in dreien eine Einigung erzielt worden. Die beabsichtigte Reduktion der Löhne ist abgelehnt, die Unternehmer haben die Kündigung des Vertrages zurückgezogen, und die alten Lohnsätze von 50 resp. 55 Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit werden für die Dauer eines Jahres weiter gezahlt. Ebenfalls werden die Ueberstunden mit 10 Pf. Aufschlag und die Sonntagsarbeit mit einer Mark pro Stunde nach wie vor bezahlt. Eine Verbesserung dieser Verhältnisse konnte nach Lage der Dinge nicht herbeigeführt werden. Auf dem Hamburger und dem Wobiterspeicher ging der Kampf weiter. Die Inhaber des ersten versuchten zuerst vergeblich, Arbeitswillige heranzuziehen. Dann holten sie sich von der Schlächterherberge, in der Pludatzstraße, 21 stellenlose Schlächter, die unter Postgeheimnis arbeiten, aber nicht den Erwartungen der Firma entsprachen. Bald fanden Verhandlungen mit dem Verbandsrat statt und man einigte sich dahin, daß der größte Teil der alten Leute ihre Plätze wieder erhielt (nur drei oder vier bleiben arbeitslos), und die Löhne wie bisher bestehen blieben. Auf dem Wobiterspeicher wo zehn Mann streikten, wurden drei abtrünnig und dadurch ging der Kampf verloren. Zwei Vorarbeiter wollten die Firma gern wieder aufnehmen, aber diese weigerten sich, ihre streikenden Brüder zu verlassen. Die Sperre über die Salomonstraße ist aus tatsächlichen Gründen wieder aufgehoben worden. Die Streikenden fanden zum größten Teil bei einer neuen Firma, Gebrüder Wiffinger, Stellung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. April, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Eingang Jüdenstraße, Saal 109: Versammlung, Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule Kleine Franzfurterstraße 6: Vortrag von Herrn R. H. Baer über: „Judentum und Judentum in der Welt“. Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgebung. Abteilung VII und XVII. Versammlung am Sonntag, den 21. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei R. Vogelbergstraße 2.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. G. H. 29 Hamburg, Filiale Berlin 3. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Kaiser, Reichenbergerstr. 57: Versammlung. — Filiale Berlin 4. Heute abend bei Hertmann, Andreadstr. 26: Versammlung. — Filiale Himmelsburg. Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Tempel, Altb. Vorhangen, Ecke Neue Bahnhofstraße: Versammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Kreuzwäldel-Friedeberg. Sonntag, den 21. April, nachmittags 4 1/2 Uhr: Versammlung bei Anton Becker, Biederstr. 17.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandel). Rindfleisch Ia 66-70 etc. 100 Pfd., IIa 60-65, IIIa 56-59, Küllfleisch Ia 64-68, IIa 54-62, Rülse, fett 52-58, do. mager 42-50, Pfeffer 60-63, Bollen, den 60-62, do. hell 00-00, Kaffeebohnen, Doppelsänder 105-120, Rasthäger Ia 92-98, IIa 82-90, IIIa 00-00, Kaffee ger. gen. 58-72, do. hell 55-62, bän 57-64, Dannefleisch, Rasthäger 71-74, Ia 66-70, IIa 62-65, Schaf 55-60, Schweinefleisch 45-51, Fedwild, plomd. per Pfd. 0,00, Rothwild 0,00, Rothsch, Abzug 0,62, Damhirsch 0,00, Wildschweine 0,55.

Reislinge 0,55, Nanking per Stüd 0,70-0,90, Hüner, alte, per Stüd 1,90-2,00, do. IIa 1,20-1,50, do. junge 0,90-1,00, Wolghäner 1,00-1,80, Tauben 0,40-0,66, Halmische 0,00, Ganten per Stüd 1,50-2,05, dito St. per Stüd 2,75-3,00, dito Hamburger per Stüd 2,25 bis 5,00, Wänle, Hamburger per Stüd 1,20-1,30, dito G. 0,55-0,60, Gante per 100 Pfd 87-101, mittel 0,00, groß 50-53, Zander mittel 0,00, unfortiert 150, do. matt 0,00, Schlei 115, höll. IIa 102, mittel 0,00, Wale, groß 117-119, klein 0,00, mittel 120, unfortiert 109, Wägen, klein 35-40, do. groß 0,00, do. 0,00, Krupen 25er 62, do. 40er 64-67, do. 30er 64, Wale 51-53, Mand 50-60, Wänle Rülse 46-53, Wärie 82-88, do. matt 0,00, Karaulen 81, Wärie 51-53, Wale 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Wale in neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 15-20, Sprotten, Riel, Wall 1,00-1,50, Dänziger Rülse 0,50-0,70, Rindern, Riel, Elzege Ia 3-4, do. mittel der Rülse 2-3, Gant, Elzege 4-5, halbe Rülse 2,00, Rüdlinge, per Wall Riel 3-3,50, Stalkunder 3,50, Wale, groß per Pfd. 1,10-1,50, mittelfröh 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe p. Schod 5-9, Schälfrische Rülse 3,00-4,00, do. 1/2, Rülse 2-3, Rühlau, geruch. p. 100 Pfd. 20-25, Heilbutt 0,00, Sardellen, 1902er per Kiste 95, 1904er 93, 1905er 80-85, 1906er 75, Schottische Goldlinge 1906 0,00, large 40-44, fall 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Wälse, per 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., Fah 1,50-1,60, Bratlinge, Bädje (4 Alter) 1,50-1,75, Remaugen, Schodsch 11, kleine 5-6, Rülse 14, Eier, Lamb, der Schod 2,75-3,00, Butter per 100 Pfd. Ia 106-108, IIa 103-105, IIIa 98-102, abflattende 90-95, Saure Gurken Schod 4,10-4,50, Pfeffergurken 4,00-4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. magnum bonum 2,75-3,00, Daberje 2,75-3,00, Rosen 0,00, weisse 2,25-2,50, Salatkartoffeln 0,00, Smal per 100 Pfd. 15-25, Karotten per 100 Pfd. 20-25, Sellerie, biefje, per Schod 4,00-10,00, do. pommerje 12,00-15,00, Zwiebeln große, per 100 Pfd. 4,00-5,00, do. kleine 3,50-4,00, do. biefje (Berl.) 0,00, Charloten 0,00, Peterliche, grün, Schodhand 1,00-1,50, Rohrabl per Schod 0,00, Kettig, haat. per Schod 2,40-4,50, Mohrrüben per 100 Pfd. 3,50-4,00, Zelleren Rüben per 100 Pfd. 8-10, Weisse Rüben, große 0,00, kleine 0,00, Rote Rüben 0,00-0,00, Blumenkohl hal. per Kopf 1,80-4,50, Kohlrüben per Schod 2,00-2,50, Stiefmühl per 100 Pfd. 0,00-0,00, Rotkohl per 100 Pfd. 0,00-0,00, Weißkohl per 100 Pfd. 0,00-0,00, Rosenkohl per 100 Pfd. 0,00, Sprinkohl per 100 Pfd. 12-15, Rhabarber 100 Bund 4,00-15,00, Spinat, per 100 Pfd. biefje 15-18, böhm. 0,00, ital. 25-32, Kefel, per 100 Pfd., biefje 5-25, Zierler Rülse 0,00, Galbille, Rülse 80-110, Amerikanische in Fass 15,00-30,00, Jial, Rülse Ia 12,00-30,00, extra 18,00 bis 30,00, Zitronen, Weifna, 300 Stüd 8,00-12,00, 360 Stüd 8,00-10,00, 200 Stüd 8,00-15,00, Apfelsinen, Joffa, der Rülse 0,00, Raricia 200er Rülse 6-9, do. 300er 7-10, Valencia 420er Rülse 13-24,00, do. 714er 15-23,50, Weifna, 100er 4,00-6, 150er 4,75-6, 18er 8-13,00, 200er 7,50-12, 300er 8-13, 400er 5-7,50, do. 150er 6-8,00, 80er 6,00-8,00, Stal. in Körben per 100 Pfd. 0,00, Rindarinnen, Rülse 0,00, do. 100er, Rülse 0,00.

Witterungsbericht vom 19. April 1907, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d., Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. d.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 20. April 1907. Nachts noch kühl, am Tage wärmer, ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Theater. Sonnabend, den 20. April. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus. Die Balläre. (Anfang 7 Uhr.) Kgl. Schauspielhaus. Ballensteins Tod. Neues Kgl. Opernhaus. Geschlossen. Deutsches. Das Wintermärchen. Kommerjspiele: Frühling's Erntedank. (Anfang 8 Uhr.) Lesing. Die Stützen der Gesellschaft. Anfang 8 Uhr. Vorstag. Fideles. Neues Schauspielhaus. Alt-Heidelberg. Nachm. 3 Uhr: Weh dem, der lügt. Berliner. Der Hund von Baskerville. Schiller O. (Wallner-Theater.) Narrenjanz. Schiller-Theater Charlottenburg. Fiedle. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Am grünen Weg. Komische Oper. Neuz Frauen. Zentral. Wiener Blut. Weiten. Die lustige Witwe. Nachm. 3 Uhr: Der Waffenschmid. Kleines. 's Kathel. Neues. Der Dieb. Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen? Lustspielhaus. Südfarenfieber. Zentral-Theater. (Operette.) Abends 8 Uhr: Wiener Blut. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Geisha. Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Haben Sie nichts zu verzollen? Schönant in 3 Akten v. R. Vennequin und V. Weber. Robert de Tréville: Rich. Alexander. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Prinzgemahl. DERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurterstr. 182. Der Trompeter von Säckingen. Sonntag nachm. bei kleinen Preisen: Sherlock Holmes. Abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Dieb. Morgen und folgende Tage: Der Dieb.

Ferdinand Bonn. Berliner Theater. Sonnabend, Sonntag: Der Hund von Baskerville. Anfang 8 Uhr. Montag: Geschlossen. Neues Schauspielhaus. Nachmittags 3 Uhr: Weh dem, der lügt. Abends 8 Uhr: Alt-Heidelberg. Sonntag: Alt-Heidelberg. Kleines Theater. Ensemble-Gastspiel des Wiener Burgtheaters: 's Kathel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Eine triviale Komödie für sechs Leute (Bundschuh). Abends 8 Uhr: 's Kathel. Montag: 's Kathel. Lonzing-Theater. Sellsalliancostr. 7/9. Sonnabend, den 20. April, 8 Uhr: Fidelio. Abonnements gültig! Sonntag nachm. 3 Uhr: Geschlossenes Vorstellung. Abends 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Südfarenfieber. Zentral-Theater. (Operette.) Abends 8 Uhr: Wiener Blut. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Geisha. Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Anfang 8 Uhr. Haben Sie nichts zu verzollen? Schönant in 3 Akten v. R. Vennequin und V. Weber. Robert de Tréville: Rich. Alexander. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Prinzgemahl. DERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurterstr. 182. Der Trompeter von Säckingen. Sonntag nachm. bei kleinen Preisen: Sherlock Holmes. Abends 8 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der Dieb. Morgen und folgende Tage: Der Dieb.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Narrenjanz. Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Kitzner. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Vogel im Käfig. Sonntag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer v. Kirschfeld. Montag, abends 8 Uhr: Traumnulz. Schiller-Theater Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua. Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Wilhelm Tell. Sonntag, abends 8 1/2 Uhr: Traumnulz. Montag, abends 8 1/2 Uhr: Moloch. — Der zerbrochene Krug. Castans Panopticum, 165, Friedrichstr. 165. Keine Illusion: Das lebende Wunder Miß Gabrielle: Ohne Unterkörper geboren! Kein Extra-Entree! Donnerstag, den 25. April 1907: Abschiedsvorstellung. Zirkus Schumann. Heute abend präzis 7 1/2 Uhr: Grande Soiree High-Life. Galaprogramm u. eine welt. Revue! Zum ersten Male in Deutschland! Jüdische Tänze ausgeführt von Madame Piloty v. Kaulbach. 1. Abteilung: Der Weichrantsch. 2. Abteilung: Der Copferant. Vorher Galaprogramm und Die Wiegenden Menschen. Emiz, das Wunderpferd, sowie die neu engagierten Spezialitäten. 9 1/2 Uhr: St. Hubertus. Sonntag: Zwei Gala-Vorstellungen. Metropol-Theater. Anfang 8 Uhr. Der Teufel lacht dazu. Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Massary, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi. Rauehen überall gestattet. Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr: Auf in's Metropol. Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsmeg 19/20, Holtenauer. Heute abend 8 Uhr: Das große April-Programm. 10 Pers. Genl Family Para. Circensische Spiele zu Pferde. Grete Gallus Charakter-Soubrette. 12 erstklassige Nummern 12.

Zirkus Busch. Am 21. April: Schluß der Saison. Heute letzter Sonntag! Gala-Abend. Benefiz für Frau Burkhards-Hooffit, zum ersten Male auf 'Schuß', engl. Volkstanz von Kaimtreles aus der Schweiz. Ferner Herr Ernst Schumann mit seinen neuesten Dressuren etc. Um 9 Uhr: ROM. Gr. Orig.-Ausstattungs-Pantomime in 7 Bildern. Morgen: 2 gr. Galavorstellungen. Deutsch-Amerikanisches Theater. Jeden Abend 8 Uhr. Gastspiel des Theater des Festens: Mamselle Nitouche. Celestina. Com. Lève u. G. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Zar und Zimmermann. W. Noacks Theater. Große Extra-Vorstellung. Armut und Edelsinn. Volkstüch in 5 Akten von Kogebue. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Foren- und Vorsugsarten gültig! Morgen: Diefelbe Vorstellung. Kasino-Theater. Leffingergest. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 30. April: Nick Carter. Um 1. Mal auf allgemeinen Wunsch: Neu einstudiert: Heirat auf Probe. Sonntag 4 Uhr: Hotel Ringe- buch. Buggenhagen. Moritzplatz. Jeden Mittwoch u. Sonnabend: Humoristisches Konzert und Frotzans.

Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 34. Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung (keine Preise): Max und Moritz. Abends 8 Uhr: Lenore oder: Die Grabesbraut. Sonntag 3 Uhr: Marianne, ein Weib aus dem Volke. 8 Uhr: Eine offizielle Frau. Gebr. Herrnfeld-Theater. Borstel. 11-9 Uhr. 57 Kommandantenstraße 57. Ein verrücktes Hotel. Hauptrollen: Anton u. Donat Herrnfeld. In Vorbereitung: Es lebe das Nachtleben! Eine Separde-Küche von Anton u. Donat Herrnfeld. Brunnen-Theater. Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross. Sonntag, den 21. April 1907, abends 7 Uhr: Die Kinder der Erzellenz. Lebensbild in 4 Aufzügen. Nach der Vorstellung: Ball. Montag: Benefiz für E. Baumheller. Die Jüdin von Toledo. WINTERGARTEN. Cleo de Mérode Neues Programm.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Nachmittags 4 Uhr: Am Golf von Neapel. Abends 8 Uhr: Durch Dänemark und Südschweden. Schiller-Theater N. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Abends 8 Uhr: Am grünen Weg. Folies Caprice. Lindenstr. 182, an der Friedrichstr. Kolossal Erfolg! Eine Nacht in der Apotheke. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim. Apollo-Theater. Täglich: Die Spezialitäten-Attraktionen und das Hunde-Bauern-Theater von E. Reilian. Ein treuloses Weib. 9 1/2: Der Triumph des Weibes. Sonntag, den 21. April, nachmittags 3 1/2 Uhr: Doppelvorstellung. Passage-Theater. Jeden Abend 8 Uhr: Das großartige April-Programm! Ki-ta-fuku die beste japaner-Truppe der Welt. Paul Corradini. Berlin's beliebtester Komiker und die erstklassigen 14 Attraktionen 14. Reichshallen-Theater. Sietdiner Sänger. Neu: Ballettschule Klappersmats. Burleske v. F. Wenzel. Anfang montags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bahnhof Bors. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der brillante April-Spielplan.
Hasson und Jenny Kugelläufer.
Alcide und Alberti fliegender Bombardier.
Onkel Moritz Schwanf
und 10 Spezialitäten 1. Ranges.
Familienarien, wochentags zum halben Kassenpreis gültig. In Badler-, Preleur- u. Scharrengeheften gratis.

Steidl

Theater- und Konzerthaus, Brückenstr. 2 (a. d. Nannow-Br.)
Tubel! Begeisterung!
Bureau Piepenbrinf und Der 16. August.
Auf 8. Sonnt. 11 Uhr. Nachkonzert.
Steidl-Restaurant:
Täglich:
Großes Dyhernski-Konzert.

Sanssouci

Kottbuser Str. 44a.
Direktion Wilhelm Reimar.
Heute Sonnab. Auf 9 Uhr:
Benefiz für Hoffmanns Nordl. Sänger.
Großes Sommerfest:
Ein Wunderer aus der Großen Kramppe.
Lustspiel Der Nachtwächter in einem Akt.
Elite-Soiree-Prögr.
Tanz, Kaffeehaus, Kollim, Operette: Sommerfeste erleben. Entree 50 Pfg.
Norgen Sonntag und Montag:
Societäts-Soiree-Programm.
Tanztränchen.

Gustav Behrens-Theater.

Schöneberg-Berlin W., Goltzstr. 9.
Der Clown der Saison:
Der arfom. Chauffeur mit seinem wußt. Auto.
Die Gold-ameisen
sowie die neuen Spezialitäten.
H. Schütz die grohr. Kasl. Operette:
Menschuckmann im Sündenpahl Berlin.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Ortskrankenkasse der Adler und Siebmacher zu Berlin.

Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung

Ortskrankenkasse der Adler und Siebmacher zu Berlin.

Sonnabend, den 27. April, abends 8 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 21. April, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 29. April d. J., abends 7 1/2 Uhr, findet im Bürgersaal des Rathauses die 45. ordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1906/1907 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten besondere Einladungen, welche bei der Versammlung gleichzeitig als Antwort dienen.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung des Protokolls der Herbst-Generalversammlung. 2. Erstattung des Jahresberichts pro 1906. 3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung. 4. Antrag von Theresie Dramsch und Genossen auf Abänderung der §§ 41, 48 und 49 des Statuts. 5. Renowahl für ein pro 1907-1908 gewähltes, insgesam aber ausgeschiedenes Vorstandsmitglied (Arbeitnehmer). 6. Verschiedenes.
Anfragen, zu deren Beantwortung Einsicht in die Geschäftsbücher notwendig ist, sind bis zum 25. d. M. schriftlich bei der Kasse einzureichen.
Berlin, den 13. April 1907. 508
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation.
Emil Sternberg, Vorsitzender, Klosterstr. 86.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl. Zweigverein Berlin und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Kenntnisnahme, daß am Dienstag, den 23. April, abends 8 Uhr, in allen Bezirken Mitglieder-Versammlungen stattfinden.

Tages-Ordnung:
Abstimmung über den vom Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts gefällten Schiedsspruch.
Mitgliedsbuch legitimiert - ohne dasselbe kein Eintritt.
Der Zweigverein-Vorstand.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter

Berlin und Umgegend.

Ordentliche General-Versammlung.

Montag, den 22. April, abends 6 Uhr, bei Graumann, Raumystr. 27:
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom I. Quartal und vom Maskenball; Verlesung der im letzten Quartal aufgenommenen Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: „Die soziale Frage, beleuchtet vom hygienischen Standpunkt.“ 3. Die Aussperrung der Tischler. 4. Der 1. Mai. 5. Organisationsangelegenheiten.
Kollegen! Eine äußerst reichhaltige und wichtige Tagesordnung harret der Erledigung, deshalb ist die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder dringend erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin.

Montag, den 29. April 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung in Frankes, Festsaal, Sebastianstr. 39.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher und verw. Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche General-Versammlung der Delegierten am Sonnabend, den 27. April, abends 9 Uhr, im Lokal Veteranenstraße 18.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes pro 1906.
2. Bericht der Revisoren und Decharge-erstellung.
3. Abänderung des Statuts §§ 13 und 41.
4. Verschiedenes. 273/5
Um pünktliches Erscheinen ersucht Berlin, den 20. April 1907.
Der Vorstand.
J. H.: Hermann Hinz.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher und verw. Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche General-Versammlung der Delegierten am Sonnabend, den 27. April, abends 9 Uhr, im Lokal Veteranenstraße 18.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes pro 1906.
2. Bericht der Revisoren und Decharge-erstellung.
3. Abänderung des Statuts §§ 13 und 41.
4. Verschiedenes. 273/5
Um pünktliches Erscheinen ersucht Berlin, den 20. April 1907.
Der Vorstand.
J. H.: Hermann Hinz.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher und verw. Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche General-Versammlung der Delegierten am Sonnabend, den 27. April, abends 9 Uhr, im Lokal Veteranenstraße 18.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes pro 1906.
2. Bericht der Revisoren und Decharge-erstellung.
3. Abänderung des Statuts §§ 13 und 41.
4. Verschiedenes. 273/5
Um pünktliches Erscheinen ersucht Berlin, den 20. April 1907.
Der Vorstand.
J. H.: Hermann Hinz.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 21. April, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 29. April d. J., abends 7 1/2 Uhr, findet im Bürgersaal des Rathauses die 45. ordentliche General-Versammlung der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation statt, zu welcher hiermit die für die Jahre 1906/1907 gewählten Vertreter eingeladen werden. Dieselben erhalten besondere Einladungen, welche bei der Versammlung gleichzeitig als Antwort dienen.
Tages-Ordnung:
1. Verlesung des Protokolls der Herbst-Generalversammlung. 2. Erstattung des Jahresberichts pro 1906. 3. Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung. 4. Antrag von Theresie Dramsch und Genossen auf Abänderung der §§ 41, 48 und 49 des Statuts. 5. Renowahl für ein pro 1907-1908 gewähltes, insgesam aber ausgeschiedenes Vorstandsmitglied (Arbeitnehmer). 6. Verschiedenes.
Anfragen, zu deren Beantwortung Einsicht in die Geschäftsbücher notwendig ist, sind bis zum 25. d. M. schriftlich bei der Kasse einzureichen.
Berlin, den 13. April 1907. 508
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation.
Emil Sternberg, Vorsitzender, Klosterstr. 86.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III Amt 3, 1987.
Sonntag, 21. April, vorm. 10 Uhr, bei Meier (Frankes Festsaal), Sebastianstr. 39:
Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Widly über: „Organisationspolitik in Näh-Lothringen.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in die Versammlung zu kommen. Ohne Mitgliedsbuch keinen Zutritt.
116/20
Montag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung für Königs-Wusterhausen u. Umg.
im Lokal der Wwe. Lange, Königs-Wusterhausen, Berlinerstr. 31.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I Amt 3, 1239. Charitstraße 3. Hof III Amt 3, 1987.
Sonntag, 21. April, vorm. 10 Uhr, bei Meier (Frankes Festsaal), Sebastianstr. 39:
Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.

Bezirks-Versammlung für Königs-Wusterhausen u. Umg.

im Lokal der Wwe. Lange, Königs-Wusterhausen, Berlinerstr. 31.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Branche der Möbel- und Stuhlpoliere sowie Beizer und Hilfsarbeiter.
Mittwoch, den 24. April, abends 8 Uhr, im „Königshaus-Kasino“, Polzmarktstraße 72:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Die alte und die neue Internationale. Referent: Genosse K. Wermuth. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 84/20
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist erforderlich. Dem Kollegen Paul Schröder, Weidenweg 29, sind bis auf weiteres die Obmannsgehäfte für den Bezirk Osten übertragen.
Achtung, Kleren! Die Zahlstelle 25 ist von Fruchtstraße 20 nach der Langestr. 53, nahe der Fruchtstraße, bei Kluge verlegt worden.
Die Branchenleitung.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe.

Montag, den 29. April 1907, abends 8 Uhr, im Träsel Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer
1. Bericht des Kommissions zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1906.
2. Entlastung des Rechnungsführers.
3. Vortrag des Herrn G. Lubatsch über: „Die ärztliche Verlegung der Kassensmitglieder.“ 4. Bericht des Vorstandes über die Verhältnisse der Kassendeckung. 5. Verschiedenes. 235
Die zugesandte Legitimation ist am Eingang vorzulegen.
Der Vorstand.
P. Heinrich, Vorl., Neue Wilhelmstr. 12.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe.

Montag, den 29. April 1907, abends 8 Uhr, im Träsel Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer
1. Bericht des Kommissions zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1906.
2. Entlastung des Rechnungsführers.
3. Vortrag des Herrn G. Lubatsch über: „Die ärztliche Verlegung der Kassensmitglieder.“ 4. Bericht des Vorstandes über die Verhältnisse der Kassendeckung. 5. Verschiedenes. 235
Die zugesandte Legitimation ist am Eingang vorzulegen.
Der Vorstand.
P. Heinrich, Vorl., Neue Wilhelmstr. 12.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe.

Montag, den 29. April 1907, abends 8 Uhr, im Träsel Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer
1. Bericht des Kommissions zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1906.
2. Entlastung des Rechnungsführers.
3. Vortrag des Herrn G. Lubatsch über: „Die ärztliche Verlegung der Kassensmitglieder.“ 4. Bericht des Vorstandes über die Verhältnisse der Kassendeckung. 5. Verschiedenes. 235
Die zugesandte Legitimation ist am Eingang vorzulegen.
Der Vorstand.
P. Heinrich, Vorl., Neue Wilhelmstr. 12.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe.

Montag, den 29. April 1907, abends 8 Uhr, im Träsel Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeitgeber u. Arbeitnehmer
1. Bericht des Kommissions zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1906.
2. Entlastung des Rechnungsführers.
3. Vortrag des Herrn G. Lubatsch über: „Die ärztliche Verlegung der Kassensmitglieder.“ 4. Bericht des Vorstandes über die Verhältnisse der Kassendeckung. 5. Verschiedenes. 235
Die zugesandte Legitimation ist am Eingang vorzulegen.
Der Vorstand.
P. Heinrich, Vorl., Neue Wilhelmstr. 12.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Nichte
Emma Oestreich geb. Scholz
am 18. April plötzlich infolge Herzschlages im Alter von dreißig Jahren verstorben ist.
Im Namen der Hinterbliebenen
Wilhelm Oestreich nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofes in Weichensee aus statt.

Todes-Anzeige.
Am 17. März, morgens 6 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter
Therese Willert geb. Bude.
Karl Willert.
46532
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der St. Pius-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Blumenpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
August Weber
sage ich allen Genossinnen und Genossen meinen tiefgefühlten Dank.
249/1 Witwe Weber, Doppelstr. 2.

Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen, insbesondere den Zimmerern und Malern der Ausstellung Friedmann, die sich sehr erkenntlich gezeigt haben, meinen herzlichsten Dank.
Wwe. Dereck.

Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Berlin.

Am Sonntag, den 28. April 1907, vormittags 10 Uhr, begn. 10 1/2 Uhr, findet im Träsel Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, die
Ordentliche General-Versammlung
statt, zu der die für 1906/1907 gewählten Vertreter hiermit ersucht eingeladen werden.
Um 10 Uhr:
Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
Wahl eines Vorstandsmitgliedes für die Zeit bis 31. Dezember 1907 an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Dammhauer.
Um 10 1/2 Uhr:
Versammlung sämtlicher Vertreter.
Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1906.
2. Bericht des Prüfungsausschusses und Entlastung des Kassendirektors.
3. Statutenänderung:
a) II. Abänderung, betreffend die §§ 10, 12, 15, 25, 31, 32, 36, 49, 50, 52, 59, 62 und 63.
b) III. Abänderung, betreffend die §§ 13 und 14.
c) IV. Abänderung, betreffend § 41.
4. Beratung und Beschlußfassung über den Anstellungsvertrag und die Dienstordnung.
5. Definitive Anstellung von bisherigen Hilfsarbeitern.
6. Verschiedenes.

Versammlung der Kassensmitglieder.

Tages-Ordnung:
Wahl zweier Vorstandsmitglieder für die Zeit bis 31. Dezember 1907 an Stelle des ausgeschiedenen Hrn. Knobbe und des Hrn. Kuhnath.
Berlin, den 19. April 1907.
273/6
Der Vorstand.
Wilhelm Pischl, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Hutmacher, Hut-furnituren- u. Filz-waren-Verfertiger in Berlin.

Sonntag, den 28. April 1907, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Feind, Weinstr. 11:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
In vorgenannter Versammlung Wahl eines Vorstandsmitgliedes der Arbeitnehmer; Amtsdauer bis 1. Jan. 1909.
Der vorgenannte Versammlung anschließend findet in demselben Lokal um 11 Uhr vormittags eine gemeinschaftliche Versammlung statt.
Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Kassendbericht. 2. Bericht der Revisoren pro 1906 und event. Antrag auf Erteilung der Decharge des Vorstandes und des Kassendirektors. 3. Verschiedenes.
Eintritt nur gegen Vorlegung der Postkarte gestattet. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Hermann Reuß, Vorsitzender, 243
Gneisenaustr. 102.

Orts-Krankenkasse der Hutmacher, Hut-furnituren- u. Filz-waren-Verfertiger in Berlin.

Sonntag, den 28. April 1907, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Feind, Weinstr. 11:
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
In vorgenannter Versammlung Wahl eines Vorstandsmitgliedes der Arbeitnehmer; Amtsdauer bis 1. Jan. 1909.
Der vorgenannte Versammlung anschließend findet in demselben Lokal um 11 Uhr vormittags eine gemeinschaftliche Versammlung statt.
Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Kassendbericht. 2. Bericht der Revisoren pro 1906 und event. Antrag auf Erteilung der Decharge des Vorstandes und des Kassendirektors. 3. Verschiedenes.
Eintritt nur gegen Vorlegung der Postkarte gestattet. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Hermann Reuß, Vorsitzender, 243
Gneisenaustr. 102.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und Strapanden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers
Otto Stöbe
sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten sowie dem Freundeskreis der Tischler, den Kollegen der Firma Hank u. Kaeber und dem Geliebten „Wipplinger“ meinen herzlichsten Dank.
Witwe Frida Stöbe nebst Angehörigen.
46502

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Strapanden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
46522
Hermann Reuß, Vorsitzender, 243
Gneisenaustr. 102.

Die Geburt einer Tochter meinen hocherfreut
Berlin O., Barshauerstr. 15
Dr. med. et jur. Max Goldschmidt und Frau Martha geb. Stein.
Unserem Genossen
Herm. Wardin und Frau
die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Hochzeit senden einige Genossen aus dem Bezirk 96.
Unserem Genossen und Bezirks-Schulmachers
Adolf Brinkmann
und seiner Ehefrau zu ihrer silbernen Hochzeit die besten Wünsche.
Die Genossen des 5. Kommunalwahlbezirks Charlottenburg.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 17. April, verstarb unser Mitglied, der Goldschmied
Willi Schoch
Hofmeisterstr. 22.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, auf dem hiesigen Friedhofe in Friedrichshagen statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
248/20
Der Vorstand.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Deutschlands.

Giliale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler
Otto Zöllner
am 18. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 21. April, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Gethsemane-Gemeinde Rordend aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
125/1
Die Ortsverwaltung.

Verein Berliner Hausdiener.

Mitgliedhaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Unserem Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Martin Jäger
verstorben ist. 71/14
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Sonnabend, den 20. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
Die Ortsverwaltung I.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

(Verwaltung Berlin.)
Allen Kollegen die betrübende Nachricht, daß eines unserer ältesten Mitglieder, der Goldbildhauer
Gustav Koswig
nach mehrjährigen Leiden im Alter von 41 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 22. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Hermann Gorn
gestorben ist. 117/1
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Hermann Gorn
gestorben ist. 117/1
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Für die herzliche Teilnahme und Strapanden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers
Otto Stöbe
sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten sowie dem Freundeskreis der Tischler, den Kollegen der Firma Hank u. Kaeber und dem Geliebten „Wipplinger“ meinen herzlichsten Dank.
Witwe Frida Stöbe nebst Angehörigen.
46502

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Strapanden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter sage ich allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
46522
Hermann Reuß, Vorsitzender, 243
Gneisenaustr. 102.

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine findet statt am Sonntag, den 21. April, mittags 12 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseestr. 103.

- Als vorläufige Tagesordnung ist festgestellt: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren. 2. Wahl der Funktionäre des Verbandes. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Parteiangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Zutritt nur mit abgestempelten Eintrittskarten.

Achtung! Morgen Sonntag, den 21., früh 8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokale die Flugblattverbreitung zugunsten des Verbandes der Schneider statt.

Wir ersuchen die Parteigenossen, gemäß den früheren Beschlüssen der Zahlabende, sich pünktlich Mann für Mann zur Verbreitung einzufinden, damit solche prompt und schnell erledigt wird.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg! Die neue Lokalliste erscheint am Himmelfahrtstage. Wir ersuchen daher, alle Änderungen bezw. Neuauflagen bis spätestens Sonnabend, den 27. April, an die unterzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Neue Köpcke-Str. 12. Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Hagensbergerstraße 27. Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24. Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, Straßmannstraße 29. Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hanisch, Auguststr. 51. Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, Bollinerstraße 51. Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Nied, Kummelsburg, Kantstr. 22. Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Köhr, Rixdorf, Selchowstr. 22. Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Linz, Spandau, Mittelstr. 13. Für alle übrigen Orte an den Obmann der Kommission.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten unverzüglich dem zuständigen Kommissionsmitglied des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Landkreise so oft gefassten Beschluss hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzufenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Diejenigen Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 27. April einkaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des Weiteren sind wir leider gezwungen, darauf hinzuweisen, daß alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten sind und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da auch die Einlieferungen meistens bis zum letzten Termin hinausgeschoben werden, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergmägen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, N. 28, Bollinerstraße 51 II.

Wilmersdorf. Den am kommenden Sonntag für Groß-Berlin zur Verbreitung gelangenden Flugblättern werden für unseren Ort Handzettel beigelegt zwecks Einladung zu einer am Dienstag, den 23. d. M. stattfindenden öffentlichen Versammlung. Referent: Genosse Redakteur Ströbel. Die Genossen werden aufgefordert, sich zahlreich zur Verbreitung in den Bezirkslokalen früh 7 1/2 Uhr einzufinden. Das Material kann von den Bezirksführern heute abend in der Parteipedition in Empfang genommen werden. Der Vorstand.

Friedenau. Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus Flugblattverbreitung statt. Vollzähliges Erscheinen der Genossen ist Pflicht. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Sonntag früh 8 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus Flugblattverteilung („Vorwärts“-Agitation) statt. Zu den Pflichten des Sozialdemokraten gehört auch die Beteiligung an der Parteiarbeit.

Grünau. Am Sonntag, morgens 1/8 Uhr, findet in Grünau Flugblattverbreitung von der Grünen Ede aus statt. Vollzähliges Erscheinen der Parteigenossen erwartet. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen. Die Genossen werden ersucht, zur Flugblattverbreitung am Sonntag früh 8 Uhr in den bekannten Lokalen sich zahlreich einzufinden.

Neuenhagen und Umgebung. Am morgigen Sonntag findet bei Bänke, Neuenhagen, nachmittags 4 Uhr, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Max Kiesel: „Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie“. 2. Vierteljahresbericht. 3. Verschiedenes. Da die diesmalige Versammlung eine sehr wichtige ist, wird zahlreiches Erscheinen erwartet.

Weißensee. Die Probe für die Mitwirkenden bei der Raifester findet am Sonntag, früh pünktlich 1/9 Uhr, im Schloß Weißensee, Sommerbühne, statt und muß um 1/11 spätestens beendet sein. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Das Komitee.

Reinickendorf. Die Flugblattverbreitung findet am Sonntag früh 8 Uhr statt und zwar im 1. Bezirk von der Genossenschaftsbücherei, Willestr. 62, im 2. Bezirk von Restaurant Herrmann, Reibenzstr. 64, Ede Holländerstraße, im 3. Bezirk von Volker, Gesellschaftsstraße, Ede Seestraße, im 4. Bezirk von Baumann, Hausfotterstr. 54, im 5. Bezirk von Schiller, Provinzstr. 79 und im

6. Bezirk von Brüdner, Provinzstr. 82 aus. Jeder organisierte Genosse ist verpflichtet, sich an der Flugblattverbreitung zu beteiligen. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Für die Gemeindevertreterwahl am 26. d. M. findet am Sonntag, früh 8 Uhr, von den bekannten Lokalen aus eine Handzettelverbreitung statt. Es ist Pflicht eines jeden Wahlvereinsmitgliedes pünktlich zur Stelle zu sein.

Pankow. Am Sonntag, den 21. April, vormittags 8 Uhr, findet von den Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Schönwalde (Mark). Am Sonntag, den 21. April, nachmittags 1/5 Uhr, findet im Lokal des Herrn Schulz eine Volksversammlung statt. Die Handzettel hierzu werden am Sonntagvormittag durch die Schönwalder Genossen verbreitet. Nege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Zegel. Sonntag, morgens 1/8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung statt. Pflicht eines jeden Genossen ist es, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Bernauer Stadtfors.

Die Vorortbahn führt uns nach Bernau, dem altertümlichen Städtchen zwischen Berlin und Eberswalde. Beim Durchstreifen des Ortes bemerken wir die Reste alter Wallmauern und Türme, die Bernau einst gegen die Hufschützen schützten. In der stattlichen Kirche vorüber geht es zum Tore hinaus auf die Wandliger Chaussee, auf der wir nach einem Stündchen den Rand des großen Bernauer Stadtfors erreichen. Unter den hohen Kiefern wandern wir etwa zehn Minuten weiter, bis schräg rechts nach Norden ein breiter Waldweg abzweigt, der nach Lanke führt und den wir einschlagen. Nicht mit braunem Heidekraut bewachsen und hier und da mit niedrigen Kiefern besetzt, steht dieser Weg in einem reizvollen Gegensatz zu dem Hochwalde, den er in sanften Krümmungen durchschneidet. Allmählich mischt sich streckenweise Laubholz unter die Kiefern. Nach einer halben Stunde schneiden wir den Weg nach Lehdorf, den ein Wegweiser kenntlich macht, und wenden uns jetzt Lehdorf zu, das wir, ab und zu durch Buchenwald, nach insgesamt zwei Stunden oder auch etwas mehr vor uns liegen sehen. Der kleine Ort liegt an der Ostspitze des Piepitzsees, dessen Ufer wir jetzt zu erreichen suchen, um sie an seiner Südseite zu durchwandern. Anfangs haben wir es nur mit einem schmalen Ausläufer des Sees zu tun, den breite Wiesen vom Walde trennen. Bald aber verbreitert sich die Wasserfläche, die Wiesen verschwinden und der steile Gang des herrlichen Buchenwaldes läßt zwischen sich und dem See den Raum für einen Fußweg, der sich etwa zwei Kilometer weit am Ufer hinzieht und an landschaftlicher Schönheit in der Umgebung von Berlin einzig dastehen dürfte. Man muß ihn nicht bloß im Sommer und im Herbst, man muß ihn auch im ersten Frühjahr kennen lernen, wenn noch kein Laub die Buchen schmückt, aber die Ästchen schon schwellen. Den Blick in die Tiefe des Waldes, auf den Buchs prächtiger Baumgestalten, durch die Stämme hindurch auf den See, gestattet der bekannte Wald später nicht mehr in gleicher Weise.

An zwei Inseln vorüber, dem Kleinen und dem Großen Werder, gelangen wir schließlich zum Forsthaus. Reicht die Zeit aus, so kann man um den See nordwärts gehen und nach Lehdorf zurückgelangen. Sonst aber nehmen wir am Forsthaus Abschied vom See, um den breiten Waldweg einzuschlagen, der zur Wandliger-Bernauer Chaussee führt. Unter hohen Buchen führt er uns hin, durch die wir ab und zu noch einen Blick auf den Wasserpiegel werfen, bis er nach einer halben Stunde bei dem sogenannten blauen Wegweiser, einem vierkantigen Pfahle, auf die Chaussee mündet, die wir nach Süden verfolgen. Sie führt noch eine starke Stunde durch den Wald, den jetzt wieder Kiefern bilden, ehe er wieder die weilige Ebene erreicht, aus der wir die Türme von Bernau herüberblicken sehen. Der ganze Marsch war wohl an die dreißig Kilometer lang, und wovon nicht gar zu eilig hat, den Zug zu erreichen, der kann sich vorher in einem in der Lokalliste bezeichneten Lokale in Bernau wohl sein lassen!

Geduldige Eltern.

In unseren Gemeindeschulen wäre manches besser, wenn nicht die meisten Eltern, die ihre Kinder in eine Gemeindeschule schicken müssen, eine wahre Kammergebild hätten. Schweigend sehen sie die schlimmsten Miststände mit an und nehmen sie hin, wie wenn das alles so sein müßte. Die Fälle, in denen Eltern schließlich doch mal aufwachen, sind nicht Regel, sondern Ausnahmen. Sogar in der Lehrerschaft hat schon mancher sich über die Willkür gewundert, mit der die meisten Eltern sich in so viele Uebel fügen. Aber das gilt allerdings nur von Mistständen, die der Lehrerschaft selber unangenehm werden. Wenn etwa ein Vater oder eine Mutter sich einfallen lassen, gegen ungebührliches Verhalten eines Lehrers aufzumachen, dann können sie's sehr bald zu hören kriegen, daß Eltern gefälligst den Mund zu halten haben.

Der Mangel an Gemeindeschulhäusern zählt zu den Uebeln, die von der minderbemittelten Bevölkerung Berlins nachgerade als etwas „Unabänderliches“ angesehen werden. Die starke Besetzung der Klassenzimmer, die Unterbringung der Schulen in Mietkasernen, der Anflug der sogenannten „fliegenden“ Klassen — alles das gilt fast schon als „berechtigte Eigentümlichkeit“ des Berliner Gemeindeschulwesens. Nur wenn in einer Schule diese Zustände wieder mal gar zu arg werden, dann reißt wohl ein Vater oder eine Mutter sich los von dem süßen Schlandrian und saßt den Entschluß, sich mit einer Beschwerde an die Öffentlichkeit zu wenden. Eine solche ist jetzt aus der Gegend vor dem Prenzlauer Tor an uns gelangt. Eine Mutter, deren eben schulpflichtig gewordener Junge seit zwei Wochen die 105. Anabensschule an der Colmarerstraße besucht, klagt uns, daß dort die Aufnahme-Klasse kein eigenes Unterrichtszimmer hat, sondern „fliegen“ muß. In der ersten Woche und zum Teil auch in der zweiten wurden die Kinder dieser Klasse im Bibliothekszimmer untergebracht. Da hier keine Bankstühle vorhanden sind, so mußten die Kinder auf Stühlen „es sich bequem machen“. Für mehr als 50 Kinder waren 26 Stühle (am folgenden Tage wurden es 30) aufgestellt, die reihenweise so zusammengedrückt wurden, daß ungefähr das halbe Dutzend Kinder eng anein-

ander gepreßt darauf Platz fand. Auch auf dem Papierkasten und auf einer dreistufigen Blumenstange mußten etliche Kinder sitzen. Welches Geschrei würden die freimütigen Mütter unserer Reichshauptstadt erheben, wenn so etwas aus ostelbischen Dörfern gemeldet würde! Erst später konnte dieser Klasse hier und da ein Unterrichtszimmer einer anderen Klasse eingeräumt werden, das gerade frei wurde. Wenn z. B. irgendwo eine Klasse nach der Turnhalle marschiert, dann quartiert unsere „fliegende“ Klasse sich in dem unbewachten Zimmer ein. Ist die Stunde um, dann wird die „fliegende“ Klasse wieder obdachlos. Wieder begibt sie sich auf die Wanderschaft und sucht in einem anderen Zimmer, das leer steht, unterzukriechen. In diesen Zimmern anderer Klassen passen zwar Tische und Bänke nicht immer für die Sechsjährigen, aber dadurch läßt eine pflichtbewusste Schulverwaltung sich nicht stören. Auch das verschlägt ihr nichts, daß unter solchen Wanderungen von Zimmer zu Zimmer die Disziplin einer Klasse leiden muß.

Alles das ist natürlich nicht neu; denn die „fliegenden“ Klassen sind ja in Berlin zahlreich genug, und so oder ähnlich geht es überall zu, wo an einer Schule „fliegende“ Klassen vorhanden sind. Als neu empfinden wir bei Klagen dieser Art immer wieder nur das, daß es doch noch Eltern gibt, die nicht dickfellig genug sind, solche skandalösen Zustände in schweigender Geduld hinzunehmen.

Die Zeichen der Ehrung Auer.

Auf dem Friedhofe in Friedrichsfelde liegen die Hunderte von Kränzen, welche als sichtbare Zeichen der Ehrung im Namen von Hunderttausenden dem verehrten Führer auf seinem letzten Gang nachgetragen wurden. Ein kleiner Teil davon deckt den Grabhügel, der größte Teil liegt in der Nähe desselben auf dem Rasen ausgebreitet. Die Schleifen aber, welche die Kränze schmücken, sind seit Dienstag im Gewerkschaftshause ausgestellt und bilden seitdem das Ziel für viele Tausende von Proletariern, die nicht müßige Neugier treibt, sondern ein inneres Bedürfnis. Das Verlangen, noch einen Blick zu werfen auf die Masse der dem unergötlichen Vorkämpfer gewidmeten Zeichen der Liebe und Verehrung und diesen imposanten Anblick auf Herz und Gemüt wirken zu lassen, ist es, was die Volksmassen in diesen Tagen nach dem Gewerkschaftshause führt.

Der Besuch ist natürlich während der Abendstunden am stärksten. An den ersten drei Abenden war der Andrang geradezu ungeheuerlich. Vor dem Eingang zum Ausstellungsraum stauten sich die Massen, sie füllten den Hof und standen bis auf die Straße hinaus. Der Eingang mußte von Zeit zu Zeit gesperrt werden, um die Besucher nach und nach truppweise einzulassen. Da war eine eingehende Besichtigung natürlich nicht möglich. Langsam zogen die Scharen der Besucher durch den Ausstellungsraum, vorbei an den Säulen und Gestellen, von denen das leuchtende Rot durch den Raum strahlte. So ging es in ununterbrochenem Zuge bis nach 10 Uhr.

Ein Ereignis wie dieses und ein solcher Massenandrang erregt natürlich auch das Interesse der Polizei. Der Reviervorstand glaubte, als die Ausstellung begann, er müsse einige Schutzleute ins Gewerkschaftshaus beordern, damit sie die Ordnung aufrecht erhalten. Die Verwaltung des Gewerkschaftshauses überzeugte den Beamten aber, daß die Ordnung am besten gewahrt werde, wenn die amtlich bestellten Hüter der Ordnung der Veranstaltung möglichst fern blieben. Das geschah denn auch. Die Polizei beschränkte sich darauf, auf der Straße den Verkehr zu regeln und überließ die Ordnung im Hause den von der Hausverwaltung als Ordner bestellten Parteigenossen. So ging es natürlich wunderschön und ohne die geringste Störung. Selbst der Vorstand des Polizeireviere erlaubte auf Grund eigenen Augenscheins an, daß hier eine musterhafte Ordnung herrschte. Ein Polizeibeamter mag sich darüber wundern, wie wissen aber aus vielfacher Erfahrung, daß bei Massenansammlungen unserer Parteigenossen immer dann die größte Ordnung herrscht, wenn sich die Polizei nicht sehen läßt.

Auch gestern abend war der Besuch der Ausstellung noch sehr stark, wenn auch nicht mehr so massenhaft wie an den vorhergehenden Abenden. Heute ist der letzte Tag der Ausstellung.

Eine Omnibuslinie 44 eröffnet die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft heute Sonnabend, den 20. April. Sie geht vom Gesundbrunnen, Badstraße, Ede Bringenallee zum Bahnhof Friedrichstraße und macht folgenden Weg: Badstraße, Wannenerstraße, Rosenthaler Tor, Klaffenstraße, Oranienburger Tor, Friedrichstraße, Weidenammer Brücke, Reichstagsufer, Bahnhof Friedrichstraße. Der Weg entspricht mit einiger Veränderung dem der bisherigen Linie 14, an deren Stelle sie tritt. Die Zahl der Teilstreifen zu 5 Pf. ist aber bedeutend größer bei der neuen Linie. Es sind dies: Badstraße-Bernauerstraße, Bahnhof Gesundbrunnen-Invalidenstraße, Klaffenstraße-Rosenthaler Tor, Wannenerstraße-Oranienburger Tor, Invalidenstraße-Friedrichstraße, Ede Karlstraße und Rosenthaler Tor-Bahnhof Friedrichstraße. Die ganze Strecke kostet 10 Pf. Der Betrieb erfolgt mit Pferden. Die Signalfarbe ist weiß.

Der Entwurf zum Virchow-Denkmal von Friedrich Klimsch, der allerhand Ansetzungen erfahren hatte, ist von dem Künstler „den Wünschen der Kommission entsprechend“ umgearbeitet worden. Der Umbau wird nachgerühmt, daß die Umarmung, die jetzt ganz in Stein ausgeführt wird, geschlossener wirkt und daß das Hochrelief stärker hervortritt. Auf der Rückfläche des Postaments ist Virchow außerdem in ganzer Reliefgröße dargestellt, wie er an einer Leiche im Kreise der Kollegen und Schüler pathologische Anatomie doziert (in Bronze).

Aus dem Magistrat. Der Magistrat hat den Vertrag mit dem Fiskus wegen Erwerbes des Botanischen Gartens vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung angenommen. Die Gesamtfläche, die als Park erhalten und von der Bebauung ausgeschlossen wird, beträgt 58 000 Quadratmeter. Spielplätze sind in der Größe von 6000 Quadratmeter vorgesehen. Die Umbauung des Parks erfolgt hufeisenförmig, so, daß eine Seite, die nach der Potsdamer Straße zu, abgeschlossen werden kann. Der aus Ueberraschen zu deckende Kostenbeitrag der Stadt stellt sich auf zwei Millionen Mark. Die Uebergabe des Geländes soll nach dem Vertrage am 1. April 1909 erfolgen.

Das Kuratorium des städtischen Schlacht- und Viehhofes hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit der bereits im Plenum der Stadtverordnetenversammlung behandelten Entlassung einer Fleischbeschauerin beschäftigt, die bereits 20 Jahre im städtischen Dienst gestanden. Die Ursache dieser Entlassung wurde gefunden in der Behauptung eines Kontrolleurs, der die Beschauerin während einer Krankheit arbeitend gesehen haben wollte. Diese Behauptung wurde aber von der Beschuldigten bestritten, die sich erbot, Gegenbeweise zu stellen. Diese Gelegenheit gab man der Frau aber nicht und nach mehrmaligen Verboten erfolgte die Entlassung unter der kläffigen Begründung, daß die Frau an „Gedächtnisschwäche“ leide. Ein ärztliches Gutachten des Vertrauensarztes Dr. Schulz konnte aber von einer vom Direktor des Schlachthofes der Frau suggerierten Gedächtnisschwäche

Charlottenburg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde für die zur Zeit der Baumblüte 1907 (vom 20. April bis 21. Mai) in Werder stattfindende Ausstellung für Obstbau und Obstverwertung ein Ehrenpreis von 50 M. vom Magistrat beantragt.

Der Antrag des Magistrats zur Erbauung eines Regenerierschuppens mit maschineller Einrichtung auf Gasanstalt II sowie zur Ausweitung und Vergrößerung der Gasanlage im Reinigergebäude auf derselben Gasanstalt 185 000 M. zu bewilligen, wurde angenommen.

Eine größere Debatte rief der Antrag einer Weisung für die Kolonie Hoffnungstal hervor. Dieser Antrag hat die Versammlung schon einmal beschäftigt; der Magistrat hatte einen einmaligen Beitrag von 10 000 M. beantragt, doch waren nicht nur von unserer Seite, sondern auch von dem freisinnigen Stadtverordneten Dr. Penzig erhebliche Bedenken gegen diese Gründung des Herrn Pastors Wobelschwing geltend gemacht worden.

Eine lange Debatte entspann sich bei der Frage der Errichtung von Zeitungs-Kiosken. Bekanntlich ist die Deutsche Kiosk-Gesellschaft wegen dieser Angelegenheit an den Magistrat herantreten, und der Magistrat hatte der Versammlung vorgeschlagen, von der Gesellschaft derartige Kioske in Verbindung mit Schreibstube, Telefon usw. errichten zu lassen, die sofort nach der Errichtung in das Eigentum der Stadt übergehen, wogegen die Gesellschaft für 10 Jahre pachtfrei zum Betriebe erhält.

Ein Verein von Papier- und Schreibwaren-Händlern sowie ein Verein von Zeitungshändlern und einige Buchhändler hatten beim Magistrat und den Stadtverordneten um Ablehnung der Vorlage petitioniert, weil sie sich in ihrem Erwerbe durch die Errichtung der Kioske bedroht fühlen.

Genosse Dr. Jopler trat für die Interessen der kleinen Straßenhändler ein, die durch Unterstutzung eines großkapitalistischen Unternehmens zu schädigen die Stadt keine Veranlassung habe. Er wünschte daher, daß die Stadt, wenn sie überhaupt an die Errichtung von Kiosken denke, nur mit diesen Händlern in Verbindung trete.

Unser Antrag, der auch von einem Teil der Liberalen unterstützt wurde, fand nicht die Mehrheit. Genosse Dr. Vorchardt beantragte nunmehr, in der Vorlage des Magistrats zu der Bedingung, daß die Kioske täglich während der für den Verkauf von Druckschriften polizeilich zulässigen Geschäftszeit offen zu halten sind, noch hinzuzufügen: „Ferner ist die Gesellschaft verpflichtet, über die Arbeitsverhältnisse ihrer zum Betrieb der Kioske notwendigen Angestellten sich mit dem Magistrat zu verständigen.“

Eine sehr lange Debatte rief der Antrag des Magistrats hervor, die Hundsteuer von 20 auf 30 M. zu erhöhen und für jeden zweiten und weiteren Hund eines Haushaltes eine Steuer von 40 M. zu erheben. Der Ausschuss hatte die Vorlage mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Genosse Dr. Jopler regte an, die Höhe der Hundsteuer nach dem Einkommen veränderlich zu gestalten, ein Gedanke, welcher großen Anklang in der Versammlung fand, jedoch unausführbar ist, weil die Hundsteuer im Kommunalabgabengesetz unter den indirekten Steuern aufgeführt ist, und eine solche nicht vom Einkommen abhängig gemacht werden darf.

Der Kammerer wies darauf hin, daß man, falls die Erhöhung der Hundsteuer nicht durchgeführt und die Zahl der Hunde nicht eingeschränkt werde, wahrscheinlich auf den Erlös einer Polizeiverordnung hinwirken werde, wonach die Hunde auf der Straße nur an der Leine geführt werden dürfen.

Die Mitteilung des Magistrats über die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben wurde debattelos einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Ein uniformierter Stiefelputzer erhält Charlottenburg mit dem 1. Mai d. J. Nach der soeben veröffentlichten Polizeiverordnung betreffend den Betrieb des Schuh- und Kleider-Reinigungs-Gewerbes auf öffentlichen Straßen und Plätzen werden jene wichtigen Glieder der menschlichen Gesellschaft in Charlottenburg den offiziellen Namen „Reinigungs-Diener“ führen, selbst in „anständiger und reinlicher Kleidung“ erscheinen sowie eine behördlich vorgeschriebene „Diensttafel“ und ein Brustschild mit der Bezeichnung ihrer Würde zu tragen haben.

Kommen. Es gelang jedoch, den Flüchtenden am Heinrichsplatz zu ergreifen und ihn der Polizei zu übergeben.

Berschunden und verschollen. Seit nahezu einem Monat ist der Diener Heinrich Sommer aus der Invalidenstrasse 86 verschunden. S. entsetzte sich erst Tage vor Ostern von seiner Herrschaft und wird seitdem vermißt. Der Verschundene ist 40 Jahre alt, blond, hat barloses Gesicht und ist mit dunklem Hochanzug, schwarzem, steifen Hut und Jagdstiefeln bekleidet.

Im Verufe seines Tod gefunden hat in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag der Maurer Wilh. Müde. W. war in dieser Nacht bei den Sanitätsarbeiten beschäftigt, die jetzt in der Jägerstrasse ausgeführt werden. An der Ecke der Jäger- und Oberwallstrasse wollte W. gerade eine angefangene Arbeit vollenden, als ihm Hammer und Säge in die Hände entfielen, und als man ihn aufhob, war W. bereits tot.

Wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen ist gestern der 40 Jahre alte Wilhelm B. aus der Mühlstrasse 42 verhaftet worden. B. wird beschuldigt, sich an seiner zehnjährigen Tochter in schwerster Weise vergangen zu haben. Aus Furcht vor der väterlichen Züchtigung hatte das unglückliche Kind anfangs der Mutter gegenüber geschwiegen.

Eine blutige Revoluzzerie hat sich gestern morgen in dem Hause Kastanienallee 55 abgespielt. Bei dem dort etablierten Lihemacher Jager war ein Einbrecher bei einem Einbruchdiebstahl ertastet worden. Um sich seiner Verhaftung zu entziehen, gab er auf seine Gegner Revolverschläge ab, die aber glücklicherweise ihr Ziel verfehlten.

Neber fortwährende Störung der Nachtruhe geht und von Anwohnern des Nordufers folgende Klage zu: Schon vor einem Jahre beschwerten sich die Anwohner am Nordufer in der Nähe des Reichow-Krankenhanfes, daß sie durch die Kohlenförderung der Berliner Elektrizitätswerke am Südufer in ihrer Nachtruhe erheblich gestört werden.

Die Fortbildungsschule für Schwachbegabte hat sich während ihres kurzen Bestehens als eine außerordentlich segensvolle Einrichtung der Stadt Berlin erwiesen. Sie ist die einzige Schule ihrer Art in ganz Deutschland, und ihre Notwendigkeit und hervorragende Bedeutung in Dienste der Schwachen wurde noch kürzlich auf dem in Charlottenburg abgehaltenen 6. Deutschen Hilfsschulstag in einer einstimmig gefaßten Resolution anerkannt.

Arbeiter-Bildungsschule. Fortschrittskursus Nationalökonomie. Am 22. d. Mts. fällt Zusammenkunft aus. Die nächste Unterrichtsstunde findet Montag, den 29. April, statt.

Die studentischen Unterrichtskurse für Arbeiter und Arbeiterinnen wollen den Hörern, besonders älteren Arbeitern, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, zu einer gründlichen Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern, in Deutsch, Rechnen, Geometrie und Geographie, Gelegenheit bieten.

Auf der Dreptow-Sternwarte spricht Dozent Jens Rügen am Sonntag, den 21. April, nachm. 5 Uhr über: „Rebelle und Sternhausen“, abends 7 Uhr über: „Ist der Mond bewohnt?“

Geneser ist die Kleine Markusstrasse von Markusstrasse bis Krautstrasse behufs Asphaltierung vom 19. d. M. ab.

Feuerwehrbericht. Im „Trianon-Theater“, an der Ecke der Georgen- und Prinz-Friedrich-Strasse, entstand gestern abend um 10 Uhr während der Vorstellung auf der Bühne elektrischer Kurzschluss in der Lichtleitung. Die Dampfe waren durchgeschmolzen. Das Publikum blieb ruhig. Außerdem hatte die Feuerwehr nur noch in der Fruchtstrasse 87 zu tun.

Wasserstand am 12. April. Höhe bei Rixdorf — Meter, bei Dresden + 50 Zp. — Höhe bei Magdeburg 2,61 Meter. — Oder bei Stahlför 3,27 Meter, Höhe — Oder bei Breslau + 0,44 Meter. — Oder bei Berlin 3,30 Meter. — Rheinfähndung 9,16 Meter.

nichts finden, auch ließ sich durch ein solches Gutachten nicht feststellen, ob die Frau die Wahrheit sage und ob der Kontrolleur sich geirrt habe. In der Sitzung wurde betont, daß selbst, wenn alles wahr wäre, was man der Trichinenbeschauerin vorwerfe, eine sofortige Entlassung nach 20 Dienstjahren eine unerhörte Härte sei.

Der Kriminalschutzmann 5250 Dietrich II hat bekanntlich unter dem Namen „Hausdiener Ernst Philipp“ sein „Handwerk“ in der sozialdemokratischen Organisation entfaltet. Nun gibt es in der Tat in den Parteioptionen Leute mit dem Namen Ernst Philipp, die aber großen Wert darauf legen, nicht mit dem Kriminalschutzmann Dietrich verwechselt zu werden, weil sie den Namen Philipp mit Recht führen.

Inzwischen bildet das Schaufenster unserer Expedition immer noch einen großen Anziehungspunkt des vorübergehenden Publikums. Es lohnt sich aber auch der kleine Zeitverlust, um sich das Bild des als Kriminalschutzmann Dietrich II entlarvten „Hausdiener Ernst Philipp“ anzusehen. Nicht so sehr der Person wegen, die sich die Beschauer bald eingepreßt haben werden, als vielmehr wegen der Situation, in der der überschlau abgehandelte Alexanderplatz betroffen wurde und die auf dem Bilde in wahrheitsgetreuer Weise zum Ausdruck kommt.

Nicht betreten über den Meinsfall der politischen Polizei ist das Organ der Schöne-Brodhufen, die sonst so geschwätige „Post“. Ganz vorübergehen kann sie an der peinlichen Sache nicht und so bringt sie es über sich, über die so fatale Geschichte sich mit folgender Bemerkung hinwegzusetzen:

„Aus dem Berliner Polizeilump“ überschreibt der „Vormärts“ einen 2/3 Spalten langen Artikel, in dem mit großem Behagen und sehr umständlich erzählt wird, daß die Berliner Sozialdemokraten einen Kriminalschutzmann entlarvt haben, der sich unter falschem Namen als „Genosse“ in die sozialistischen Organisationen eingeschlichen hatte, um zu spionieren. Köstlich ist, daß sich hierüber Anhänger einer Partei entrüsten, die selbst einen vollständigen Spionendienst eingerichtet hat, der sogar auch den eigenen „Genossen“ gegenüber in Aktion tritt.

Raubzüge im D-Zug Berlin-Bln. Einer Reihe von Reisenden, besonders Damen, die den Kölner D-Zug ab Berlin Potsdamer Bahnhof benutzten, sind bald nach der Abreise Vergegenstände, Portemonnaies usw. abhanden gekommen.

Der Himalaya des Byzantinismus. Die Monte-Carlo-Operngastspiele, die von boshaften Leuten als Klammere für Monte-Carlo — die Spielhölle eingeschloffen, die ja das Fundament dieses befreundeten Staates bildet — aufgeführt werden, haben eine Reihe französischer Künstler nach Berlin gebracht. Sie sind vom Kaiser eingeladen, bewirtet und geehrt worden. Zum stillen und halbblauen Berger mancher Patrioten, die schmerzlich ähnliche Erfahrungen für bedeutendere deutsche Künstler vermissen.

Die französischen Künstler wissen aber auch trotz ihrer Republik, wie ihnen der Reich lassen muß, ihrem Gastgeber und Bewunderer sich dankbar zu erweisen. Ergraute Hörsinge könnten von ihnen lernen. Welch ein Plan, welche unverfälschte Louis XIV. Kultur spricht aus den schmelzhaften Hymnen, die sie in Pariser Blättern anstimmen. Als Unversalgenie erscheint der deutsche Kaiser in dieser effektvollen Beleuchtung.

Einem dreifachen Clubbruch unternahm am Donnerstag in später Abendstunde ein Epiphane in der Wohnung des Großdeputierten Wilhelm Müll, Oranienstr. 204 wohnhaft. Der Einbrecher erbeutete nach Sprengung der Tür mittels Wetzsteine eine Anzahl Schmuckgegenstände. Bei seiner Tätigkeit überrascht, versuchte er zu ent-

kommen. Es gelang jedoch, den Flüchtenden am Heinrichsplatz zu ergreifen und ihn der Polizei zu übergeben.

er Vorauszahlung des Lohnes beanspruchen. Die behördlich festgesetzten Lohnsätze sind: für Reinigung eines Damenrocks durch Abkratzen 10 Pf., im übrigen für Abkratzen jedes Kleidungsstückes 5 Pf., für Reinigung des Schuhwerks von Staub und Schmutz 10 Pf. und für Reinigung und Putzen (mit Wäsche, Creme usw.) 20 Pf.

Schöneberg.

Einen fürmischen Verlauf nahm eine am Dienstag von der Schöneberger Fleischerei einderufenen vertrauliche Versammlung. Der Zweck dieser Versammlung sollte sein, wie der Obermeister mitteilte, eine Innungsrankenfasse zu gründen. Und da hierzu auch ein Gesellenauschuss notwendig sei, so habe man die bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen eingeladen. Außer den vertraulich eingeladenen war unter anderem auch der Vorsitzende der Organisation der Schlächtergesellen Genosse Bergmann erschienen. Selbiger meinte, daß hier nicht der geeignete Ort sei, einen Gesellenauschuss zu wählen, da schließlich erst einmal untersucht werden müßte, ob auch die zu Wählenden die Interessen der Gesellen zu vertreten geeignet seien. Der Obermeister erwiderte, daß die Wahl nur der Form halber vorgenommen werden solle, da die Innung keine Lust mehr habe, der Ortsrankenfasse anzugehören. Der Meister Paulus erklärte, die Ortsrankenfasse treibe nur Wucher, eine Anzahl Mitglieder seien zu faul zu arbeiten und nützten die Klasse nur aus. Bergmann ging nun mit den Herren schonungslos ins Gericht; es sei, meinte er, eine Gemeinheit, die Klasse als ein Wucherergeschäft hinzustellen. Die Herren sollten zunächst einmal dafür sorgen, daß der Stellenwucher beseitigt würde. Unter großem Radau der Meister legte Genosse Bergmann dann den Gesellen die Gründe dar, die die Meister zur Gründung einer Innungsrankenfasse verleiteten. Genosse Henkel betonte die Vorzüge einer starken Klasse; auch während seiner Ausführungen entstand großer Tumult. Als Bergmann, nachdem man ihm bereits das Wort entzogen hatte, nochmals zu sprechen versuchte, entstand ein Heidenlärm, der sich noch steigerte, als aus der Mitte der Versammlung aufgeföhrt wurde, abstimmen zu lassen. Die Nervosität der Schlächtermeister erreichte den Höhepunkt, als Bergmann unter die Gesellen sogar die Verbandzeitung verteilte. Unter lautem Schimpfen verließen die Scharmacher den Saal. Hoffentlich lassen sich die Schöneberger Schlächtergesellen von den Innungsmeistern nicht einfangen.

Groß-Lichterfelde.

Die grauenhaft verkrümmelte Leiche eines jungen Mannes wurde vorgestern früh auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Halle a. S. in der Nähe der Station Groß-Lichterfelde-Süd aufgefunden. Anscheinend handelt es sich um einen Lebensmüden, der sich in selbstmörderischer Absicht von einem Eisenbahnzuge hat überfahren lassen. Der Kopf, der rechte Fuß und die rechte Hand waren vom Körper getrennt, letzterer entliehlich zugerichtet. Die Personalien des Toten konnten bisher nicht festgestellt werden, da Vertaschen und Papiere nicht vorgefunden wurden. Er war bekleidet mit grauem Jackett, schwarzen Beinleidern, Strickweste, blauer Leinwandhülle, Sandalen, grauer Mütze ohne Schirm und grauen Strümpfen. Der Unbekannte ist 1,80 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat schmales bartloses Gesicht und dunkles kurzgeschorenes Haar. Die Leiche wurde nach dem Groß-Lichterfelder Kreis-Krankenhaus geschafft.

Steglitz.

Die verschobene Gemeindevahl. Die Wahlen der dritten Klasse im ersten Bezirk scheinen unter einem besonderen Glückstern zu stehen. Nachdem nun endlich nach der erklärten Ungültigkeit der vorjährigen Wahlen der so lange ersuchte Wahltermin auf Montag, den 22. April, festgesetzt war, erschien zur allgemeinen Ueberraschung gestern eine amtliche Bekanntmachung des Gemeindevorstehers, die die Wahl aufhebt und auf Montag, den 6. Mai, verlegt. — Der Tod des Gemeindevorordneten Sebastian, des bekannten Scharfmachers im Tischlergewerbe, soll die Veranlassung zu dem immerhin ungewöhnlichen Beginn des Gemeindevorstehers sein. Die durch diesen Todesfall nötige Ersatzwahl soll voraussichtlich am 6. Mai gleich mit erfolgen.

Zehlendorf.

Wegen Schulversummits seines Sohnes hatte sich vor einigen Tagen vor dem Groß-Lichterfelder Schöffengericht Genosse Paulik zu verantworten. Am 23. Januar abends 8 Uhr fand in der hiesigen Gemeindefesthalle eine patriotische Feier zum Geburtstag des Kaisers statt. Paulik war der Meinung, daß er sein Kind nur zu den üblichen Schulstunden zu schicken verpflichtet sei, weshalb er seinem Sohne den Besuch dieser Schulfeier verbot. Die Folge war, daß gegen P. vom Amtsvorsteher eine Polizeistrafe von 2 M. wegen Schulversummits seines Sohnes verhängt wurde. Hiergegen erhob Paulik Widerspruch. Gefragt, ob er den Widerspruch nicht lieber zurücknehmen wolle, erklärte er, er wolle eine prinzipielle Entscheidung vom Gericht darüber, ob er verpflichtet sei, sein Kind noch abends um 8 Uhr im Januar, also bei völliger Dunkelheit, in die Schule zu schicken. Bei der Zeugenernehmung erklärte der Lehrer Lichte, die Schulfeier sei deshalb zu so später Stunde angesetzt gewesen, um auch den Eltern (!) Gelegenheit zu geben, daran teilzunehmen. Leider sei die Beteiligung der Eltern trotzdem sehr schwach gewesen. Das Gericht bezog sich auf eine Verordnung des Schulkollegiums, wonach Eltern verpflichtet sind, auch zu so später Stunde noch ihre Kinder in die Schule zu schicken, infolgedessen sei der Widerspruch zurückzuweisen und der Strafbesehl zu bestätigen.

Brix.

Die am Dienstag stattgefundene Generalversammlung des Wahlvereins ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Genossen J. Kuer in der üblichen Weise. Nach dem Vorstandsbericht fanden im ersten Vierteljahr statt: neun Vorstandssitzungen, vier Vereinsversammlungen, vier Volksversammlungen, vier Flugblatt- und vier Handzettelsverteilungen. Die Hausagitation am 24. Februar ergab eine Aufnahme von 88 Mitgliedern für den Wahlverein und eine Zunahme von 82 „Vorwärts“-abonnenten. Die Mitgliederzahl ist somit im Vierteljahr von 202 auf 257 gestiegen. Die Einnahme betrug 223,32 M.,

der eine Ausgabe von 76,80 M. gegenübersteht. Für die Reichstagswahl wurden aufgebracht 850,10 M. und 400,95 M. veranschlagt. Genosse Schliebitz erstattete den Bericht der Gemeindevorleiter, der vom Genossen Händel noch ergänzt wurde. An der Kritik des Stats beteiligten sich noch die Genossen Soldner, Raay, Schröder und Wenthmann. Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab Genosse Händel. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Daag, Richter und Friedrich delegiert.

Eine erregte Debatte führte noch der Aufruf des Parteivorstandes zur Kaiserfeier herbei. Genosse Schröder gab der Meinung Ausdruck — die auch die Mehrheit der Versammlung teilte —, daß der Passus: „wo die Bewußtheit besteht, daß die Arbeitsruhe am Freitag zu einer Aussperrung führt, unter den obwaltenden Umständen von einer Arbeitsruhe abzusehen“ — die Kaiserfeier für die Zukunft illusorisch mache, indem die Unternehmer nur mit der Aussperrung zu drohen brauchten und dann die Arbeitsruhe unterließen. Im gleichen Sinne äußerten sich noch die Genossen Soldner, Richter, Blasing, Dirich und Friedrich, während die Genossen Händel und Raay diese Versicherungen nicht teilten und die Mahnung des Vorstandes aus den gegebenen Verhältnissen erklärten. Alle aber waren der Ansicht, daß die Veröffentlichung im „Vorwärts“ besser unterblieben und auf anderem Wege zur Kenntnis der Genossen gebracht werden wäre.

Pankow.

Die Gemeindevorsetzung beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der Verlegung und anderweitigen Regelung des Wochenmarktes sowie der Ausbesserung der beiden durch den Abriß der Gebäude in der Breitenstraße gewonnenen Plätze. Die vorgelegten Pläne, in denen von der Verlegung des Wochenmarktes Abstand genommen ist, fanden die Zustimmung der Vertretung. Der formelle Beschluß über einen Antrag zur Ordnung für die Ausbesserung der direkten Gemeindeflächen wurde angenommen. Bewilligt wurden des weiteren die Mittel in Höhe von 4000 M. zur Ausbesserung der Brausebadanlagen in der vierten Gemeindefläche. Ein Antrag des Eisenbahnfiskus auf Erwerb einer Fläche zur Gleisverbreiterung wurde an die Kommission verwiesen, um zu versuchen, daß auf gütlichem Wege dem Bunde der Gemeinde betreffend die Straßenverbreiterung in der Florastraße nähergetreten wird. Die Entschädigungen in Höhe von 25 M. pro Lehrerin, welche an einem Spielplatz teilgenommen hat, wurde angenommen. Das von unseren Genossen in der letzten Sitzung gerügte Verhalten der Lehrer, daß diese oft den Unterricht unterbrechen, um in der Kirche Orgel zu spielen, veranlaßte die Schulleitung zu einer Verächtigung, in welcher die Tatsache wohl zugegeben, aber die Angelegenheit im großen und ganzen abgemildert wurde. Genosse Freiwald wies die Verächtigungsversuche in scharfer Weise zurück, was ihm einen Ordnungsruf des Bürgermeisters einbrachte. Der Gemeindevorordnete Lehrer Schweinhagen als Vertreter der Lehrerinteressen glaubte besonders darauf hinweisen zu müssen, daß die Regierung über Schulinternas zu bestimmen hätte und nicht die Gemeinde, die hätte nur zu zahlen und Schulen zu bauen. Außerdem wurde hervorgehoben, man solle doch das religiöse Gefühl der Mehrheit der Versammlung nicht verletzen. Damit entschied die Verächtigung in die Verlesung.

Rosenthal.

Wegen der Weiterführung der städtischen Siemens u. Halske-Bahn Mittelstraße—Nieder-Schönhausen nach Rosenthal-Wilhelmsruh schweben zurzeit Verhandlungen. Die Straßenbahnverwaltung fordert einen Beitrag von 70 M. pro laufendes Meter der zu verlängernden Strecke.

Vermischtes.

Vulkanausbrüche und Erdbeben.

Der Vulkan „Fuehne“ in Chile ist nach einer Meldung des „Sun“ aus Lima noch in lebhafter Ausbruchstättigkeit. Neue Krater haben sich geöffnet. Der Schaden in der umgebenden Landschaft ist ungeheuer. Fortdauernd geht heißer Aschenregen nieder, und es erfolgen immer wieder Erdstöße, die von Explosionsvorgängen unter der Oberfläche begleitet zu sein scheinen. Mehrere Bäche, die Trinkwasser führten, sind trocken geworden.

Die Zahl der Opfer des jüngsten Erdbebens wird nach einer Meldung aus Sipasa auf 600 Tote veranschlagt. Hierin sind nicht einbegriffen die Opfer kleinerer Ortschaften, mit denen keine Verbindung besteht. Sämtliche Ortschaften südwestlich von Sipasa in der Richtung auf Solmita haben gelitten. In den durch das Erdbeben im Erdbeben entstandenen Rissen sollen mehrere Personen verschwinden sein. Die in Chapalaese existierenden Flumellen überschwemmten und beschädigten die Ufer. Auch die Stadt Manzo-gillo ist stark beschädigt. Wie gerüchtheilweise verlautet, sind in der Umgegend von Callente mehrere Vulkane in Tätigkeit getreten.

Ein in Galveston eingetroffenes Fischerboot berichtet, daß am Montagabend der südliche Teil des Golfes von Mexiko durch das letzte Erdbeben eine vollständige Veränderung erfahren hat. Auf der Meeresoberfläche zeigten sich starke Strömungen und haushohe Wellen, von denen einige eine Höhe von 75 Meter erreichten. Die Vissorrate des Fischerbootes schmolzen innerhalb zwei Stunden.

In Manila wurden gestern früh zwei heftige Erdbebenstöße verspürt. Soweit Berichte vorliegen, ist kein Schaden entstanden.

Neue große Fernbeben

sind in der gestrigen Nacht von den Instrumenten des geodätischen Instituts in Potsdam aufgezeichnet. Der Anfang des ersten Bebens wurde vorgestern abend 10 Uhr 15 Minuten verzeichnet, das zweite gestern früh um 1 Uhr 6 Minuten. Die gemessene Bodenbewegung in Potsdam betrug 1/2 Millimeter. Der Erdbebenherd befindet sich in einer Entfernung von 10 000 Kilometer. Beide Beben scheinen demselben Herde anzugehören.

Ein Luftmord. In Niedermendig ist nach einer Meldung aus Koblenz ein zwölfjähriges Mädchen auf dem Felde tot auf-

gefunden worden. Es liegt Luft in o r b vor. Als der Lat bringen verdächtig wurden der Tagelöhner Gelsenich aus Trier und der Korbmadler Weinand aus Demm verhaftet.

Schiffszusammenstoß. Der dänische Kohlendampfer „Urania“, der vorgestern abend in Hamburg aufgelaufen war, stieß bei Brantbützel mit dem auskommenden deutschen Kohlendampfer „Vorkum“ zusammen; letzterer wurde so schwer beschädigt, daß er in sinkendem Zustande auf Strand gesetzt werden mußte. Die „Urania“ kehrte nach Hamburg zurück.

Hochwasser auf der Donau. Nach einer Meldung aus Semlin ist die Donau aus den Ufern getreten und hat ein großes Gebiet überflutet.

Eine Feuersbrunst zerstörte gestern in Montreal eine Waschanstalt; mehrere Frauen und junge Mädchen, die sich in den oberen Stockwerken befanden, verbrannten. Sieben Frauen sprangen aus dem Fenster auf die Straße hinab und erlitten schwere Verletzungen. Bisher wurden zwei verkohlte Leichen aufgefunden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 10, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelskammer-Gesellschaft, Turmhaus nach Lindstr. 101), wochentags von 7 bis 9 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

- G. 1. Admarck sand um 12 Uhr Post. — A. M. 100. Wenden Sie sich direkt an den Rektor oder an den Kassier. — Herrsch. Wenden Sie sich direkt an das entsprechende Amt. — A. 100. Die Rittschärde hat mit der Heiratsangelegenheit nichts zu tun. — G. 100. 1. Wenn das Mädchen bei der Uebnahme der Verpflichtung volljährig war, so ist leider gegen die Forderung nichts mehr zu machen. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, so soll das Mädchen die Forderung ablehnen. 2. Rein. — R. G. 14. Prinzentr. 65 bei Hinge. — E. P. 100. Ein schriftlicher Vertrag ist genügend. Einen Entwurf können Sie geben müssen wir ablehnen. Wenden Sie sich an einen Anwalt. — E. P. 25. Ja. — G. R. Für die einzelnen Gemeinden verschieden sind die Stunden festgelegt. — Zw. 24. Betrag für Geschäftsanteil 200 M., so halten Sie mit diesen 200 M. und mit weiteren 200 M. — Eisenstraße. Einen gesetzlichen Tarif für Heiratsangelegenheiten gibt es nicht. Die Gebühren unterliegen keiner Vereinbarung. Ist keine Vereinbarung getroffen, so hat das Gericht zu entscheiden, ob die Gebühren angemessen sind. Als Anhalt für die Angemessenheit in Berlin und Umgegend dienen die Gebühren und den gerichtlichen Sachverständigen die vom Oberamtsrat für seine Mitglieder festgesetzten Lagen und die vom Vorgesetzten und Regierungspräsidenten als angemessen bezeichneten Rindgebühren. Die Vereinbarte legt für eine Einbindung 10—30, für den Tagesbesuch 1—2 M. fest, die Rindgebühren der Behörden erachtet 4—10 M. für die einfache Einbindung, für einen Tagesbesuch 50 Pf. für angemessen. — Waabst A. 100. Geschlechtlicher Umgang zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie ist seit Anfang bis zu 2 Jahren durch § 173 St.-G.-B. bedroht. Verhörmögerte sind Schwieger- und Stief-Eltern und Kinder. Auch nach Aufhebung der betreffenden Ehe ist der Umgang strafbar. — A. P. 909. Sie befinden sich im Unrecht. 116 A. R. Wenn die betreffende Photographie Ihnen geschenkt war, nein. — G. W. Sam. 29. Wenn Sie nicht bekannter schriftlicher Vertrag nicht etwa Gegenteiliges besagt, so können Sie die Karte einbehalten. — G. R. Charlottenburg. Nicht vor einem Jahre. — G. P. 46. Sie können vollen Schadenersatz verlangen. Den Beweis für die Höhe des Schadens haben Sie zu führen, wenn es zu einer Einigung nicht kommt. — G. P. 241. Ja. — G. R. 86. 1. und 2. Ist über Rindgebühren nicht vereinbart, so besteht für Dienstmädchen eine Frist von sechs Wochen zum Quartalsbesuch. Die betreffende könnte also erst am 1. Juli gehen. 2. Kinder ja. — A. P. 99. Uns nicht bekannt. — G. P. 100L. Ja, hauptsächlich aber im Rindgebührenverhältnis. — G. P. 3. Sie möchten an das Amtsgericht sich wenden. §§ 1314 und 1669 B. G. B. bestimmen: Wer ein schickes Kind hat, das minderjährig ist oder unter seiner Vormundschaft steht, darf eine Ehe erst eingehen, nachdem ihm das Vormundschaftsgericht ein Zeugnis darüber erteilt hat, daß eine Auseinandersetzung in Ansehung der Verwaltung unterliegenden Rindvermögens stattgefunden hat oder daß eine Auseinandersetzungspflichtigkeit nicht besteht. Teilen Sie dem Amtsgericht den Sachverhalt mit und beantragen Sie, Ihnen zu beschleunigen, daß einer zweiten Ehe nichts im Wege steht. — W. G. D. Mai bis Dezember 1904. — A. R. 57. 1. Ja. 2. Im Bestrebenfall müssen Sie spezialisiert die Schuld und die Vermögensmittel aufzählen. — W. R. 15. Ihr Vater soll beim Volljährigwerden (falls er in der Provinz wohnt, beim Landrat) den Antrag stellen, die Rindvermögensrente auf Grund des Gesetzes vom Mai 1895 ihm zu bewilligen. — G. R. 10. Leber nein. — Gebrauche 100. 1. Rein: das Gesamtvermögen wird eingeschätzt. 2. Rein, machen Sie aber eventuell den Versuch. — D. M. 2. Ohne Zustimmung des Vaters können Sie vorgelegt den Vertrag nicht aufheben. — G. P. 9889. 1. und 2. Rein. — A. R. 20. Klagen Sie auf Einhaltung des Verlehrsvertrages und Schadenersatz beim Amtsgericht. Die Berlin ist im Unrecht. — Verlehrs-genosse 111. Das Gesetz kennt keinen Katalog an sich stets unpfändbarer Sachen. Unpfändbar sind die unentbehrlichen Sachen. In diesen würden im Streitfall (auf Beschwerde gegen eine Gerichtsbeschlussempfänger) entscheidet das Amtsgericht wohl sämtliche von Ihnen aufgeführten Sachen gerechnet werden. — G. R. 90. 1. bis 3. Rein. — A. R. 14. 1. Ja. 2. Bestimmte Firmen, Kerze, Umwälze usw. zu empfehlen. Lehnen wir grundsätzlich ab. — J. P. 100. 1. Ja. 2. Rein. — G. P. 100. 1. Ja. 2. Rein. — G. P. 2. Als Köpfer werden Sie sowohl Ihre Mutter als Ihren Vater, zur Erbchaft gehören die Altkas und Poffina (Schwaben). — A. T. 5. Verjährung liegt nicht vor. Sie könnten nach fruchtlosem Sühneversuch (der ist nur erforderlich, wenn der Gegner in derselben Gemeinde wie Sie wohnen) Verlehrsverlehrs erheben. — Verlehrs. Wenden Sie sich an die Verlehrsungsanstalt Berlin (Königscher Park) zur Entscheidung. Die Entscheidung, ob eine Hausreinigerin inmalenversicherungspflichtig ist, hängt nach der Rechtsprechung von der Höhe der Wohnung ab. — 999. Reineswegs. — Grunat 200. 1. 1878. 2. In Berlin. 3. Rein. — A. R. 14. Wir haben keine Veranlassung, die betreffende Klasse zu empfehlen. — G. P. 100. Das Gewerbesteuergesetz liegt in jeder öffentlichen Bibliothek aus. — G. P. 77. Wenn keine andere Rindgebührenvereinbarung ist, so besteht für Ihre Schwägerin als Dienstmädchen eine Rindgebührenfrist von sechs Wochen zum ersten des Quartals. Ihre Schwägerin hat also Anspruch auf Lohn bis zum 1. Juli. Außerdem hat die Herrschaft die erforderliche Verlehrsung und ärztliche Behandlung sowie die erforderlichen Krankheitskosten auf die Dauer von insgesamt sechs Wochen zu gewähren. Diese Kosten können aber auf den für die Zeit der Erkrankung geschuldeten Lohn aufgerechnet werden.

Grosser Ausverkauf

Deutsche und Perser Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Stores, Tischdecken, Läuferstoffe, Diwandecken u. Felle

Wegen Umbau und Hinzunahme der 1. Etage muß das Lokal vollständig geräumt werden und soll das Warenlager in Höhe von ca. 150 000 Mark auf das Mindeste aus-

verkauft werden. Um dieses zu erreichen, sind die Preise effektiv ca. **40%** herabgesetzt und neben den früheren deutlich vermerkt.

Teppich-Haus

B. Hurwitz,

Rotes Schloß
vis-à-vis dem National-Denkmal.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Kein Aprilscherz!

sind die unglaublich billigen Verkaufspreise unserer allbekanntesten Konfektionshäuser



Wir empfehlen unserer geehrten Kundschaft sich unsere ungeheuren Lager vor Einkauf zu besichtigen. Unsere Lager betragen zurzeit ungefähr

3/4 Millionen Mark

Hiermit geben wir von einzelnen Artikeln die Preise bekannt:

Herren-Anzug, grau, gestreift und kariert, in hell und dunkel Stück	7 85 M.
Herren-Anzug, blau Cheviot u. gemusterte Buckskin, sehr haltbar	11 50 M.
Herren-Anzug, zweireihig, neueste Fassung, in allen Farben	14 50 M.
Herren-Anzug, prima Kammgarn, in allen erdenklichen Mustern	17 75 M.
Herren-Anzug, das Wunder Berlins, Maß-Ersatz	22 50 M.
Herren-Paletot, hell und dunkel kariert	7 25 M.
Herren-Paletot, in allen Mustern, mit Sattel	9 75 M.
Herren-Paletot, prima Ware, seltene Gelegenheit, das Neueste, mit und ohne Seide	13 50 M.
Herren-Paletot, prima Kammgarn, Modell 1907, auf Seide	18 00 M.
Herren-Paletot, das Wunder Berlins, Maß-Ersatz	22 50 M.

Burschen-, Knaben- und Kinder-Anzüge und Paletots sowie Herren-, Burschen- und Knaben-Hosen zu jedem nur annehmbaren Preise.

Ein Posten zurückgesetzter Herren-Anzüge und Paletots unglaublich billig.

Neue Nummer 85 Chausseestr. 85 Neue Nummer 137 Gr. Frankfurterstr. 137
alte Nummer 80 alte Nummer 80

9 Rosenthalerstraße 9, 29-30 Kottbuser Damm 29-30
Ecke Auguststraße

Nur kein Neid. | Schöneberg, Hauptstraße 10 | Wer kann, kann.
Ecke Vorbergstraße.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Illustrierte Preisliste kostenlos!

Spiritus-Bügeleisen

für Haus und Reise.
Centrale für Spiritus-Verwertung
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70c
Ecke der Stargarderstraße.

Spezial-Haus guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß.

Frühjahrs-Anzüge • Frühjahrs-Paletots
in den neuesten Mustern.

Jünglings- und Knaben-Bekleidung
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.

Werktags-Bekleidung für jeden Beruf.

Unsere Abteilung
Anfertigung feiner Herren-Moden
nach Maß unter persönlicher fachmännischer Leitung
unseres Herrn Slupecki, welcher langjährig als erster Zuschneider tätig war, steht unübertroffen da.

Leske & Slupecki,
Schönhauser Allee 70c, Ecke der Stargarderstraße.

Arbeiter-Berufs-Kleidung

Aeltestes Spezial-Geschäft
3 Mühlendamm 3
und Kottbuserdamm 95.
Adolf Wecker.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige 15523

Herren-Garderoben
Grün für Nach-Anfertigung nach Maass.
Tägliche Auslieferung.

Julius Fabian,
Schneidemeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, II
Gang nach Straßberger Platz.

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand aufgedruckt.

Hochelegante Rock-Anzüge

aus modern karierten und gestreiften Stoffen
N. 28, 33, 38, 42, 45, 48.

Jackett-Anzüge

aus dauerhaft modern. Stoffen in vornehmster Verarbeitung für jede Figur in tausendfacher Auswahl fertig am Lager
M. 18, 22, 26, 30, 33, 36, 40, 45

Anfertigung nach Maß
in eleganter Ausführung, tadelloser Sitzend, zu billigen Preisen.

Heitinger & Co.

Berlin SO., nur Oranienstr. 40-41.
Deutsche Compagnie.
Preiskurant gratis und franko.
Großes Lager in Kleidung für starke Herren.

Frühjahrs-Paletots in allen Preislagen.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.

(Kein Laden) am Oranienplatz.
Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!

Weiche Herrenhüte v. 1,50—7,00 Steife Herrenhüte v. 1,90—7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Nur fehlerfreie moderne Ware.
Grösste Auswahl in Filzhüten, Cylindern, Strohhüten und Mützen.

Reederei Nohling.

Morgen sowie alle Sonntage 9 Uhr früh, 2 1/2 Uhr mittags, mit Musik
Zwiebusch nach der Berliner Schweiz Gosener Berge.
Abfahrtsstelle: Restaurant Schultheiß, Jannowbrücke.
Preis hin und zurück 75 Pf., Kind 50 Pf. Rückfahrt 7 Uhr abends.
Dampfer und Motorboote zu Ausflügen billigst zu haben.
Sofortige Bedingungen. Probezeit gratis.

Dampfer-Extrafahrten mit Musik.
Jeden Sonntag nach
Voigts Krampen (Berliner Alpen).

Abfahrt in Berlin an der Waisenbrücke
vormittags 9 1/2, — nachmittags 2 1/2 Uhr.
Fahrpreis hin und zurück 75, einfach 50 Pf.
Diese Fahrten finden auch am 1. Mai statt.
Reederei Kahlent.

Jeder Herr lese

Anzüge Paletots

garantirt schnell liefern
Anzüge nach Maass 40 M.,
Paletots nach Maass 38 M.
Täglich, Sonntag, verkaufen wir zurückgesetzte

die aus feinsten Stoffen gefertigt sind, jetzt 18—38 M., mod. Rock-, Gehrock-Anzüge, Hosen, Regenmäntel, Westen, Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppen.

Nathan Wand

129 Stalhoferstr. 129.
Die schönsten 45692*
Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu fertig
Monats-Garderobe von Kavaliereu getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziel Bau-Anzüge sind in großer Auswahl stets zu haben, billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Stalhoferstr. 129.
Hochbahnhof Kottbuser Tor.
Bitte auf Handnummer zu achten.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 44112*
Haut- und Halsleiden,
Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Prachthau der „Arminhallen“

Kommandantenstraße 58/59, neben Gebr. Herrfeld-Theater.
Eröffnung Anfang Oktober d. J.

Wir empfehlen Festhülle (mit und ohne Bühne) 1150, 700, 400, 250 und 100 Personen fassend. 5 Vereinszimmer. 8 moderne Parkett-Kegelbahnen.
Bestellungen erbitten 46452*

Fernsprecher: Gebr. Miellitz Kommandantenstraße 21 II.
Amt I, 8985.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Wiederholungs-Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Aus Lamm- oder einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Qualifizierte Pilot-Laschen. Große Hüften umfassen. Die Herkules-Hose 4 M. 50

Monteur-Jacke „Edison“, edelblau Körper oder Dunkel 2 M. 65
Monteur-Hose „Edison“, edelblau Körper oder Dunkel 3 M. 25
Renscher-Hosen 10,50, 5 M. 75
Gefüllte Mantel-Jacke 19,—, 10,50
Waler-Mittel 3,—, 2,50, 2 M. 25
Wesanter-Mittel (braun) 3,—, 2 M. 50
Weiße Lederhosen 4,50, 3 M. 25
Wescher-Mittel-Anzüge, blau, 5 M. 50
Weiße Jacke für Herren, Stellen-Renditore, Küche usw.
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 24/25, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Haupt-Katalog gratis und franco.
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schnittlänge, bei Jacken und Mitteln die Bundweite anzugeben. 30542*

Wachdruck verboten!

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Moden
Erste für Maass.
Mass-Anfertigung.
feinste Verarbeitung
Garantie-tadellos, Sitz.

J. Kurzberg

An der Jannowbrücke 1, I.
Direkt am Bahnhof.

Wer will Geld sparen, kauft

46332*

Monat-Anzüge	v. 9,00 M.
Abend-Anzüge	12,00
Pfand-Anzüge	10,50
Parti-Anzüge	12,00
Gehrock-Anzüge	14,00
Anzüge, Ersatz f. Wagh.	19,00
Paletots	9,00
Hosen	2,00

Zentral-Keller, Berlin SO.,
Neanderstraße 35.
3 Min. von Städt. Jannowbrücke,
an der Köpenickerstraße.
— Straßenbahn-Verbindung. —

Spezial-Möbel-Halle

Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.

Extra-Abteilung
verliehen gewosener Möbel.
Wöchentliche od. monatl. Teilzahlung gestattet!

Anton Boekers Ball-Salon
Gabe noch Sonnabends und Sonntagssäle zu vergeben, auch sind Berlinzimmer in der Woche frei.
Anton Boekers, Weberstr. 17,
T. H.: VII. Nr. 13414. 44282*

Englischen Unterricht,
einzeln und im Zirkel, ertheilt 36372*
Gertrud Swienty,
Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Klostergarten — Plötzensee.

Meinen Freunden und Bekannten zur gest. Nachricht, daß ich das Stabliement „Klostergarten“ übernommen habe und bitte um ferneres Wohlwollen.
Für Sommerfeste empfehle den Vereinen meinen großen 3000 Personen fassenden Garten sowie großen Saal. Zwei verbede Kegelbahnen.
Hochachtungsvoll C. H. Peters,
Klosterberg, Plötzensee, Gesellschaftshaus.

Achtung!

Maurer-Anzüge Arbeiter-Kleidg. umgezogen a. d. Brunnenstraße 158. Gelber Laden.

Literarische Rundschau.

Das Ende des Reiches. Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Von Kurt Eisner. Verlag Buchhandlung Vorwärts.

Das Werk will, um mit der Vorrede zu sprechen, einen Beitrag zu dem großen Problem der politischen und wirtschaftlichen Begleitung der europäischen Kulturen liefern und hauptsächlich Materialiensammlung sein. Als bloße Materialiensammlung ist es jedoch nicht anzupreisen. In fünf weitangelegten Kapiteln gibt es eine Schilderung vorzugsweise der politischen und diplomatischen Zustände und Begebenheiten Preußens in den letzten anderthalb Jahrzehnten vor dem Zusammenbruch des Jahres 1806.

Es ist, um das vorwegzunehmen, ein Verdienst des Werkes, eingehender auf zeitgenössische Quellen zurückgegriffen zu haben. Dem sozialdemokratischen Schriftsteller sind die amtlichen Archive verschlossen. Was aus ihnen veröffentlicht wurde, ist zum größeren Teile verstümmelt und in seiner wahren Gestalt durch eine serbille Geschichtsschreibung verdeckt. Es hat der byzantinischen Hauslegende dienen müssen, die in keinem Lande üppiger wuchert als in Preußen, weil nirgendwo soviel an dynastischer Borniertheit und Verfidie zu verdecken war. Hier bietet nur die zeitgenössische Literatur eine wenn auch nicht vollwertige Ergänzung. Denn ein Bürgertum im modernen Sinne war am Schluss des 18. Jahrhunderts erst im Entstehen und sein Klagengeismus wagte sich politisch kaum hervor; das Zeitungswesen ist noch völlig in den Kinderschuhen und das ganze Schrifttum unterlag einer strengen Zensur. Trotzdem ist die Ausbeute, die der Verfasser liefert, eine reiche. Erwähnt sei u. a. die stärkere Heranziehung der sogenannten Pamphletliteratur. Zweifellos ist sie nur mit Vorsicht zu gebrauchen, aber sie bietet doch des Historischen die Fülle und Fülle und ohne Frage mehr als in anderen Ländern unter anderen Verhältnissen. War und ist doch die preussische Wirklichkeit nichts anderes als ein fortlaufendes Pamphlet auf Recht und Vernunft.

Der Titel des Buches schmückt einigermaßen nach Empfindung und greift, wie schon aus der näheren Beschreibung der Aufgabe hervorgeht, die der Verfasser sich gestellt hat, über den Rahmen dieser letzteren hinaus. Im federicianischen Staat potenzieren sich wohl die Ursachen, die zum Zerfall des tausendjährigen deutschen Reiches führten und seine Geschichte läßt sich zu einer solchen des gesamten Reiches erweitern. Da aber der Verfasser das letztere weder getan noch beabsichtigt hat, so hätte auch der Zwiespalt zwischen dem etwas romanhaften Titel und dem Inhalt des Werkes vermieden werden sollen.

Diejenigen Parteien sind am besten gelungen, bei denen der Verfasser die Erfahrungen und die Schulung des politischen Tageschriftstellers zu bemerken in der Lage war. Die Darstellung der politischen Situationen und der diplomatischen Kreuz- und Querzüge zeugen von großer Kenntnis des Details. Die Ereignisse treten in lebendiger Anschaulichkeit entgegen, manches, wie der Waiteußer „Neutralitätsbruch“, der Jarentult der Königin, die widerliche Poffenjane, die sie zu Kistli vor Napoleon aufführte, u. a. wird durch neue Gesichtspunkte beleuchtet. Einzelne Charaktere freilich scheinen uns verzeichnet, einzelne Begebenheiten nicht in ihrer vollen historischen Tragweite erkannt. So kommt u. a. die gefallsüchtige, verschwenderische, intrigante Königin, die sich besaß, nur drei Gänge zu Mittag zu haben, während unter ihren Augen die Provinz Ostpreußen von den Russen schonungslos verwüstet wurde, zu glimpflich weg. Ihre Feindschaft gegen den Reichsfürstentum vom Stein ist nicht mit der genügenden Schärfe hervorgehoben. Ueberhaupt findet die Persönlichkeit Steins seitens des Verfassers nicht die rechte Würdigung. Wenn schon die gleichmäßige Vesteuerung der Getreidefabrikation, des Schlagsens und des Weizenbrodens, die Stein 1806 nach seinem Eintritt in das Generaldirektorium vorschlug, um eine größere Gleichheit zwischen Stadt und Land anzubahnen, als „liberale kapitalistische Tendenzen“ angesehen werden, so schießt das auch über das Ziel hinaus. Auch Steins Vorstoß gegen die Kabinetsregierung scheint in seiner vollen, von Stein beabsichtigten Bedeutung nicht erfasst. Ihm handelte es sich nicht um einen Kampf gegen Symptome, sondern gegen das System, und er war einer der wenigen, die die Notwendigkeit eines völligen Systemwechsels begriffen. Dieser aber präsentierte sich vor Jena zunächst als Personalfrage in der Regierung, die gelöst werden mußte, sollte überhaupt die Aussicht auf weitere Reformen sich eröffnen. Indem Stein gegen das Doppelregiment von Kabinett und Ministerium und die zweifelhafte Persönlichkeit und politischen Lagebeide in der Regierung vom Jena zog, trat er den Krebsgeschaden des Regierungssystems gerade in seinen beiden charakteristischen Symptomen, Punkte, wo eine Reformfähigkeit hätte einsehen können und müssen. Daß nicht einmal diese Frage zu lösen gelang, zeigt nur, wie völlig unmöglich Reformen vor Jena geworden waren. Auch in anderer Hinsicht ist über die Persönlichkeit und Tätigkeit Steins etwas knapp und kurz hinweggegangen.

Am wirksamsten und eindrucksvollsten wird die Darstellung dort, wo die Quellen selber reden, vor allem im dritten und vierten Kapitel, die den wirtschaftlichen und politischen Zuständen Preußens seit der Verfassungsgewinnung gewidmet sind. Der vernichtenden Wucht des Quellenmaterials vermag sich der Leser nicht zu entziehen. Es ist eine Abrechnung mit der landläufigen Legende, die nicht ohne dauernde Wirkung zu bleiben verdient. Wir müssen es uns erlauben, aus dem Vielen Einzelnes zu zitieren; es mag genügen, auf diese Teile des Werkes als die wissenschaftlich und politisch fruchtbarsten hingewiesen zu haben. Durch die Schlage von 1806 und 1848 ist die Position des Junkertums wohl erschütterter, aber nicht vernichtet worden. Es dominiert heute noch in Deutschland und die Unterjochung seiner „historischen Rechtsmittel“ ist daher für die Arbeiterklasse, die sich den junkerlichen Schnapphähnen je länger je mehr ausgeliefert sieht, stets von größtem Interesse. Um so willkommener wird manche gute Waffe sein, die das Werk bietet. In einer Einschränkung allerdings sehen wir uns auch hier genötigt. Der Verfasser ist uns mit dem Königtum noch zu schonend umgegangen, wir hätten an manchen Stellen eine noch schärfere Hervorhebung seiner totalen Abhängigkeit von der junkerlichen Hauspolitik gewünscht. Bisweilen scheint es, als sei der Verfasser der Meinung, im Ministerium sei mehr das junkerliche, im Kabinett mehr das bürgerlich-städtische Element zur Geltung gekommen. Darin liegt u. E. eine Verkennung des historischen Ursprungs der Bureaucratie. Der absolute Staat bedurfte ihrer zur Bewältigung der verwaltungstechnischen Aufgaben. Friedrich Wilhelm I. versuchte, sich in ihr ein gewisses Gegengewicht gegen das Junkertum zu schaffen. Aber nachdem die Junker schon früher nur gegen Anerkennung der vollen Güterherrlichkeit und ihrer sonstigen Privilegien die Errichtung eines stehenden Heeres gestöhnt hatten, seitdem sie aus diesem in immer höherem Maße eine feste Stütze zu machen wußten, war diese Politik von vornherein zur Ausfallslosigkeit verurteilt. In Preußen ist niemals wie in Frankreich der Versuch gemacht worden, dem Absolutismus mit Hilfe des aufkommenden industriellen Bürgertums zum Liebergewicht zu verhelfen, und hätten selbst die preussischen Könige Reizung dazu begehrt, er hätte nicht unternommen werden können, weil die Bourgeoisie der Monarchie und des Handels nahezu völlig fehlte. So schritt die Politik Friedrich Wilhelms I. und wurde von Friedrich II. völlig preisgegeben, um auch von dessen Nachfolgern nicht wieder aufgenommen zu werden. Die Bureaucratie war seitdem nichts anderes als die Exekutive des durch den Absolutismus absolut herrschenden Junkertums und in der Kabinetsregierung kamen „städtische Interessen“ nur soweit in Frage, als sie die Privatschule des Oberjunkers, des Königs, betrafen.

Ueber die Art, wie der Verfasser sich mit der sogenannten historischen Schule, den Romantikern, überhaupt mit der philosophischen und literarischen Widerspiegelung der Klagengegenstände jener Tage abfindet, wäre manches zu sagen. Wir nähern uns damit den Teilen des Werkes, die als die schwächeren bezeichnet werden müssen. In Kritiken, die in der Parteipresse über das Buch veröffentlicht worden, ist die Reiferschaft gerühmt, mit der der Verfasser die materialistische Geschichtsmethode handhabt. Es soll anerkannt sein, daß der Verfasser sich bemüht hat, zum wirtschaftlichen Untergrund der Erscheinungen vorzudringen, daß sein Werk auch in geschichtsmaterialistischer Hinsicht manchen fruchtbareren Gedanken enthält. Aber auf der anderen Seite sind doch wirtschaftliche Erscheinungen unberücksichtigt gelassen, die zum vollen Verständnis der Ereignisse unerlässlich waren. Wir sehen dabei über kleinere Züge hinweg; so wenn die politische-nationale Herrschaft als Ursache dafür angesehen wird, daß in Deutschland Klassenbewegungen unmöglich waren, während es sich im Grunde hierbei um die Wirkungen der noch feudal gebundenen Wirtschaftsweise handelte; so wenn die Kaiserkrönung Napoleons als Ursache des Stimmungsumschwungs in Deutschland wider Frankreich angesehen wird, während der Umschwung seinen wirklichen und tieferen Grund in der Wirtschaftspolitik Napoleons Deutschland gegenüber besaß. Was wir in erster Linie vermissen, ist eine Darlegung der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands selbst. Der Verfasser erörtert wohl des näheren die wirtschaftliche Stellung des Junkertums und der ostelbischen Landbevölkerung; auch auf die bäuerlichen Verhältnisse des Westens geht er ein und sucht ihre Unterschiede — nicht in allem zutreffend — von der Landwirtschaft des Ostens her abzuleiten. Aber schon die Schilderung der wirtschaftlichen Stellung der ostelbischen Städte läßt manches zu wünschen. Beiläufig wird wohl die schlesische Textilmanufaktur erwähnt; doch von der sommerzeitlichen Bedeutung der Seefahrt, ihrem Export und Import, ihrem Einfluß auf das Wirtschaftsleben der Romandie erfahren wir so gut wie nichts. Noch weniger ist der Stadtproduktion des Westens Rechnung getragen. Und doch liegt in der höheren industriellen Entwicklung, in der abweichenden wirtschaftlichen, rechtlichen und selbst politischen Stellung der Städte des Westens nicht nur der Schlüssel zum Verständnis für die Scheu, die Preußen vor Eroberungen im Westen hegte, sondern der ganze Stellung Preußens zu den Anfängen der französischen Revolution und zur deutschen Politik Napoleons, die Erklärung dafür, daß Napoleon an der Elbe Halt machte und in gewissem Sinne Halt machen mußte und für vieles andere. Der preussische Staat, der sich mehr und mehr auf den Osten konzentrierte, im polnischen Raub, Arrondierung, Ausdehnung und ein wirtschaftlich geschlossenes Produktionsgebiet suchte und vorübergehend ausbaute, war nicht nur ein feudaler, sondern politisch ein Staatenstaat. Der Fortschritt, den hier Jena brachte, war die Zerstümmerung des Kaiserreichs, während im Westen die Stadtproduktion über die feudale Wirtschaftsweise hinausgewachsen war, die französische Invasion die Sprengung der wirtschaftlichen Fesseln bedeutete. So waren die Wirkungen der napoleonischen Kriege, wiederum in der gleichen Richtung auf Befreiung vom Feudalismus gelegen, wiederum sie die politische Annäherung von Ost- und Westdeutschland ermöglichen, doch für beide Gebiete verschiedene, entsprechend der verschiedenen wirtschaftlichen Struktur vor allem der Städte.

In der Vergewaltigung Preußens Oesterreich gegenüber sieht der Verfasser den Grundgedanken von Preußens auswärtiger Politik. So richtig dies ist, so findet es in dem eben gesagten seine Begrenzung. In Vergewaltigungen im Westen konnte dem preussischen Junkertum nicht viel gelegen sein. Daher die Leichtfertigkeit, mit der Preußen sich mit der Abtretung des linken Rheinuferes einverstanden erklärte, ein Reichsvertrag, den die Darstellung unseres Buches in eine ungewöhnliche und verdienstvolle Bedeutung gerückt hat. Daher die Sucht, Oesterreich im Westen abzulegen und ihm dort Schwierigkeiten zu bereiten, daher die Verbindung der preussischen Diplomatie mit den Jakobinern und Montagnards, über die der Verfasser auffälligerweise leicht hinweggeht, daher die Politik der Demarkationslinie, die nichts anderes war, als das junkerlich ostelbische Wirtschaftsmodell in Politische übertragen. Doch die Politik der Demarkationslinie hat noch eine andere Seite, die der Verfasser ebenfalls übersehen. Die preussischen Junker hatten die Bildung des Handelskapitals in den Seestädten nicht verhindern können. Anders ihre polnischen Brüder, die den Getreidehandel in ihren eigenen Händen monopolisiert und so das Aufkommen einer modernen bürgerlichen Schicht überhaupt unterbunden hatten. Nach dem polnischen Raub und den damit verbundenen Güterkonfiskationen versuchten die preussischen Junker in die Rahmen ihrer polnischen Kollegen zu treten. Die Aufstellung Polens und die Politik der Demarkationslinie nahm den Charakter eines Kampfes der Junker wider das Handelskapital der Seestädte an.

Der Verfasser sucht den Grund für den Anstich Preußens an die englische Politik in den Exportinteressen der Junker. Gewiß war der englische Markt für sie ein wichtiges Absatzgebiet. Aber in der Ausschließlichkeit, mit der der Verfasser die Behauptung aufstellt, ist sie nicht richtig. Auch für das Junkertum kamen zumal nach dem polnischen Raub bedeutende Exportinteressen auf dem spanischen, holländischen, französischen Märkten in Frage, wofür ein nicht unbedeutlicher Prozentsatz ihres Getreides ging. Gerade diese geteilten Marktinteressen haben zum guten Teile die Spannennde, unzuverlässige und perfide Haltung der preussischen Diplomatie verursacht. Was schließlich zum Anschluß an England drängte, war der Umstand, daß die englische Flotte jederzeit die Ostsee sperren und so den ganzen preussischen Handel lahm zu legen vermochte, war der russische Druck, dem Preußen nach der polnischen Annektion noch rettungslos verfiel als zuvor, war nicht zuletzt die hasende Abneigung gegen die westdeutsche Industrie, die in der Hauptsache auf die Verbindung mit Frankreich, Holland und Belgien angewiesen war und deren kapitalistischer Aufschwung dem Junkertum gefährlich werden mußte.

Nach dem Gesagten wird es nicht verwundern, wenn der Verfasser auch die deutsche Politik Napoleons nicht richtig aufgefaßt hat. Er hebt selbst hervor, wie Napoleon das gesamte linksrheinische Gebiet durch hohe Schutzzölle auch vor dem übrigen Kontinent begünstigte; er betont, wie in den Verwaltungskollegien, die in den Städten des westlichen Deutschlands geschaffen wurden, das Grundbestimmtelement die Oberhand behielt. Napoleon kannte seinen historischen Rechtsmittel sehr gut, er wußte, daß er in der Befreiung des Bürgertums vom Feudalismus bestand. Die drohende Koalition des kontinentalen Feudalismus war zudem auf die Dauer nur unschädlich zu machen, wenn ihm die wirtschaftliche Grundlage entzogen ward. Die Maßnahmen, die Napoleon nach dieser Hinsicht in Deutschland ergriff, waren durch das Interesse Frankreichs geboten und machten Halt, wo die französischen Interessen ins Spiel kamen. Sie waren Maßnahmen der Politik und zwar einer von ausländischen Interessen diktierten Politik. So geräumte Napoleon das ostelbische Systemwesen und ließ doch im übrigen dort so ziemlich alles beim alten, von einigen Erleichterungen abgesehen, die er aus politischen Gründen den unteren Volksschichten gewährte und die das hohe Lob nicht rechtfertigen, das der Verfasser ihm diesfalls erteilt. Befriedigt der Elbe ging er weiter und mußte er weiter gehen, weil die Entwicklung an und für sich schon weiter fortgeschritten war. So schuf er hier jene Reihe von Mittelstaaten, die Frankreich politisch nicht gefährlich werden konnten, deren politische Vormachtigkeit der

französischen Industrie jedoch ein bequemes Marktgebiet sicherte. Napoleon benutzte auf deutschem Boden die wirtschaftliche Befreiung als politisches Mittel, und doch hatte er kein Interesse daran, der französischen Industrie einen neuen Konkurrenten groß zu ziehen. Deshalb die großen Vorteile, die er dem linksrheinischen Gebiet an Zöllen, Ausfuhrerleichterungen und Einfuhrverboten gewährte. Der politische Ausdruck dieser industriell-kapitalistischen Schutzzölle und Handelspolitik ist Napoleons Kaiserium. Die deutsche Politik Napoleons ist in ihrem inneren Wesen zwiespältig. Napoleon war nicht der deutsche, er blieb der französische Caesar. Daher der spätere Haß der deutschen Patrioten wider ihn, daher die Leichtgläubigkeit, mit der das deutsche Bürgertum sich für die sogenannten Befreiungskriege begeistern ließ, um der Reaktion der heiligen Allianz in jener politischen Unfähigkeit und Verblendung, die es stets ausgezeichnet hat, ins Wasser zu laufen.

Die unrichtige Bewertung der deutschen Politik Napoleons führt den Verfasser zu einer unrichtigen Bewertung der Persönlichkeit jenes. „Der französische Konsul wie der Kaiser erscheint als Held eines abwehrenden, aufgezwungenen Vergewaltigungskampfes wider den britischen Universalpotentismus, er streitet für die ökonomische Entwicklung nicht nur Frankreichs, sondern des europäischen Kontinents.“ Ist so aus dem Wilde der französischen Kaiserzeit und aus dem politischen Charakter Napoleons jeder Zug eines ehrgeizigen und perfiden Weltunterdrückers bis auf den letzten Rest getilgt, so ist Napoleon immer doch nur der revolutionäre Vorläufer der bürgerlichen, kapitalistisch-industriellen Entwicklung auf dem europäischen Festlande, nicht aber der Revolutionär der Weltfreiheit, nicht der Träger und Bringer der Demokratie.“ Napoleon war das Schwert, das die französische Bourgeoisie gegen die Koalitionspolitik führte. Er tritt auf als der Vollstrecker ihrer Interessen und so wenig wie die letzteren erscheint sein Charakterbild frei von Ehrgeiz und Expansionslust. Keineswegs ist es die bloße Selbsterhaltung, die auf französischer Seite das alleinige Wort führt. Die französische Bourgeoisie hatte an der Kriegperiode ein ebenso materielles Interesse wie die englische. Gerade unter dem Druck der gewaltigen Anforderungen, die die Armeeleistungen an sie stellten, redete sich die französische Industrie kapitalistisch aus, lernte sie Massenproduktionen großen Umfangs bewältigen. Damit soll nicht geleugnet sein, daß das bürgerliche Frankreich fortgehe um die Existenz kämpfte, nur die Tatsache soll betont werden, wie der Selbsterhaltungstrieb beständig in Handelsinteressen umschlug und so in dialektischer Bewegung den Krieg ergaben half. Beide Gesichtspunkte müssen herangezogen werden, wenn man die Epoche der Revolutionskriege würdigen und verstehen will.

Ein sonderbares Cuiuspropter unterläßt dem Verfasser bezüglich der Revolution selbst. Die politische Gleichheit, meint er, sei in Deutschland in eine soziale umgewandelt und erweitert worden und so aus der Ethik der Revolution der geschlossene Handelsstaat Fichte's entstanden. Es wäre demnach das Prinzip der Revolution in Deutschland theoretisch schärfer ausgeprägt gewesen als in Frankreich selbst. Abgesehen davon, daß man in Frankreich dem utopischen Gleichheitskommunismus der Jakobinen begegnet, heißt es die Träger der Volkserhebung und Volksbewaffnung doch unterschätzen, wollte man annehmen, sie hätten sich mit der politischen Gleichheit begnügt, ohne die soziale anzustreben. So scharf der Kontext das individuelle Eigentumsrecht betonte, so sehr suchte er die soziale Gleichheit der Vermögen zu verwirklichen. Mittels des Erbrechts, durch die unbedingte gleiche und obligatorische Teilung der Vermögen im Rahmen der Familie und die Abschaffung des Substitutionsrechts sollte das Ziel erreicht werden. Man weiß, was daraus geworden. Das revolutionäre Kleinbürgertum ward von der Großbourgeoisie verdrängt, der Kontext von der Direktorialregierung abgelöst, die Gesetzgebung des Kontexts durch den Code civil verewässert. Aber die soziale Gleichheit als Vorbedingung und Garantie der politischen ist von der Revolution scharf betont, ihre Durchführung bewirkt ertrübt worden.

So verlockend es wäre, dem Verfasser auf das Gebiet der universalen englisch-französischen Beziehungen und Gegenstände zu folgen, muß es bei dem Gesagten, um die Besprechung nicht allzu weit auszudehnen, sein Bewenden haben. Auch auf einzelne gewagte Behauptungen, die sich in dem Werke verstreut finden, können wir nicht eingehen. So ist es, um nur ein Beispiel der letzteren Art herauszugreifen, nicht richtig, wenn der Verfasser beiläufig behauptet, die Wehrpflicht sei bereits in der ältesten deutschen Verfassung enthalten. Von einer Wehrpflicht ließe sich das höchstens im Rahmen der Sippe reden; im übrigen aber kannte die älteste deutsche Zeit nur ein Wehrrecht.

Wenn sich auch nicht sagen läßt, daß der Verfasser in der Anwendung der geschichtsmaterialistischen Methode eine besonders glückliche Hand bewiesen hat, so bietet sein Werk doch vieles Anregende und in der Detailforschung vieles Verdienstliche. Es kann den Genossen zur Lektüre angelegentlich empfohlen werden. D. Laufenberg.

Eingegangene Druckschriften.

- „Mars“, Halbmonatsheft für deutsche Kultur. Herausgeber: E. Thoma, D. Orff, K. Langen, R. Kram. Zweites Aprilheft 1907. Preis 1,20 M.
- Der Kunstwart. Rundschau über Dichtung, Theater, Kunst. Herausgeber: A. Henning. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. Vierteljährlich 3,50 M., das einzelne Heft 70 Pf.
- „Neue Gesellschaft.“ Heft 3. Herausgeber Dr. G. Braun und Hg. Braun. Verlag Berlin W. 15.
- Der Zukunftsstaat. Eine Skizze von B. Cremat, Hauptmann a. D. Preis 50 Pf. Selbstverlag des Verfassers in Großlichtersfeld.
- Praktische Unterrichtsblätter für jedermann. Monatlich zweimal. Vierteljährlich 80 Pf. Verlag der Pratischen Unterrichtsblätter Wilmersdorf-Berlin.
- Der Mensch und die Erde. Lieferung 20 und 21. Herausgegeben von D. Franer. 120 Lieferungen a 60 Pf. Verlag Bong u. Co., Berlin W. 57.
- Geschäftsbericht des Arbeiter-Radschreiberbundes „Solidarität“ für das Jahr 1906. 199 Seiten. Gutenberg-Verlagsdruckerei Berg u. Schulte, Halberstadt.
- Der Kulturkampf in Vergangenheit und Gegenwart. Von G. Wengert. 61 Seiten. Verlag O. Wigand, Leipzig.
- Der Pfarrer. Von G. Ritter. 176 Seiten. 2 B. Verlag G. Oesfel in Leipzig.
- Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Heft 4. Herausgeber Dr. A. Hoff. Vierteljährlich 6 M., Einzelheft 2 M. Verlag A. Deichert (G. Wöhme), Leipzig.
- 8. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Altona S.-M. für das Jahr 1906. 44 Seiten. Selbstverlag.
- Religionshygiene. Von Oberarzt Dr. J. Bresler. 1 R. Verlag C. Buchholz in Halle a. S.
- Die wirtschaftliche Bedeutung des Detailreisens und seine gesetzliche Regelung in Deutschland. 31 Seiten. Verlag des Zentralvereins für die Interessen des Detailreisens, Wiesbaden.
- 6. Jahresbericht des Arbeitersekretariats in Lübeck. 75 Seiten. Selbstverlag.

